

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 3. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 1,10 M., monatlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die festgesetzte Annoncen-Gebühr oder deren Raum 40 Pf. für vollständige und gewerkschaftliche Betriebs- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“ das erste (eingedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Preußen — eine russische Spigelprovinz.

Die Verfolgungen und Drangsalierungen, denen die in Deutschland dauernd oder vorübergehend weilenden Russen und Russinnen ausgesetzt sind, spotten jeder Beschreibung. Von Tag zu Tag wehren sich die Nachrichten darüber, fort und fort werden uns neue unerhörte Fälle gemeldet, so daß wir es für unsere Pflicht halten, das von uns gesammelte Material der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wir beschränken uns dabei auf die Schilderung der krassen Fälle.

Zur Veranschaulichung der Russen ist ein ganzes Heer von russischen, in Deutschland approbierten Spiegeln engagiert. Der Oberstspiegel ist ein Herr, der von seinen Untergebenen ehrfürchtig als „Exzellenz“ angeredet wird. Sein Gehalt, das er von der russischen Regierung bezieht, ist in der That das einer „Exzellenz“, er bekommt jährlich 30 000 R., also genau so viel wie ein preussischer Minister. Seine Verhältnisse ermöglichen es ihm, in einem Vorort, wo er als Ingenieur gemeldet ist, eine Villa zu bewohnen.

Nicht ganz so hoch, aber doch immerhin auskömmlich besoldet — er bezieht aus Rußland monatlich 600 R. — ist ein „Baron“, der den Spigelnamen (nach Verbrecherart tragen alle diese Gentlemen Spigelnamen) Michel trägt, ein kleiner, schwächlicher Mann von aristokratischer Figur, der einen unruhigen, schätziernen Einbruch macht, seit etwa einem halben Jahre verheiratet ist und bis dahin als Junggeselle mit eigener Wirtschaft in Charlottenburg wohnte.

Dem „Baron“ sind eine Anzahl Helfer beigegeben, u. a. Karl Wolz genannt Hansen, Neuhaus genannt Seltmann und ein gewisser Schlieper. Einen von diesen Ehrenmännern wollen wir ausführlicher vorführen.

Karl Wolz, geboren im Jahre 1875 in Stuttgart, verheiratet mit Agnes Wolz, wohnte bis zum 12. Februar 1902 in Berlin, Feinstraße 60, und zog dann nach Charlottenburg, Selenheimerstr. 4. In Berlin war er als Kaufmann, in Charlottenburg dagegen als Beamter tätig. Er war früher Matrose, hatte an beiden Unterarmen Tätowierungen, die er sich jetzt hat ausbrennen lassen; die Narben sind noch zu sehen. Auch sonst ist er leicht erkennbar durch seine karl hervorwachsenden Zähne und seine tiefstehenden, Chinesen ähnliche Augen. Mit Vorliebe hielt er sich bis vor kurzem am Stuttgarter Platz in Charlottenburg auf, von wo aus er die Russen beobachtete. Löste sich ein Russe ein Billet, so stand hinter ihm der Spiegel am Schalter, um sich gleichfalls ein Billet in derselben Richtung zu lösen und seinen Schutzbefehlenern zu begleiten. Den Wolz unterstützt seine Schwägerin, die er gut dressiertes Kind von etwa zwölf Jahren, das bei ihm wohnt und für dessen Erziehung seine Frau Pflegegebet erhält. Wolz ist sich seines unangenehmen Treibens wohl bewußt; es ist deshalb, vielleicht auch wegen seiner grenzenlosen Ungeschicklichkeit, schon wiederholt zu Familienscenen gekommen. In einem Brief seiner Mutter aus dem Frühjahr vorigen Jahres — einem lehrreichen Dokument der Spiegel- und Spiegelmutter-Psychologie — heißt es unter anderem:

„Habe diesen Morgen Deinen Brief erhalten und bin einigermaßen ruhiger; aber wie soll man sich so lange verbergen, wie Ihr auszieht und wieder einzieht, das kann man doch nicht so geheim, bei Euren Hausfrauen wird gewiß auch nachgefragt, ob es niemand sieht oder hört, da darf man ja nicht einmal sprechen. Doch Dein Chef erfährt, daß Du in Wanklingen als Kriminalbeamter bekannt bist, ist ungläublich, die wollen Euch nur auf die Probe stellen, vor allem thut nur Stiefel, Kleider (Montierungsfäden zur Spiegel-Amstracht. Ann. der Redaktion.) usw. auf die Seite, denn da könnte einmal unerhoffter Besuch kommen. Sonst mir aus kommt auch nichts heraus, da soll sich nur zuerst Agnes in acht nehmen, denn allem nach ist sie doch die Hauptschuldige von Hermsdorf her. . . Für Karl wäre es doch am Ende besser gewesen, er hätte Agnes zuerst mit den Kindern weggeschickt, als immer in der Angst leben, verraten zu werden. Ihr müßt nun aber tüchtig auf der Hut sein.“

Was die Bezugnahme dieses Briefes auf Hermsdorf betrifft, darüber weiter unten Näheres. Hier sei nur noch mitgeteilt, daß Wolz monatlich 175 R. russisches Gehalt hat.

Neuhaus, genannt Seltmann, bezieht von „Wäterchen“ 150 R. monatlich, wohnt gleichfalls in Charlottenburg und ist nebenbei Feuerversicherungs-Agent; es ist ein starker, kräftiger Mann, mit dunkelblondem Vollbart. Allerdings ist auf die Partracht kein allzu großes Gewicht zu legen, denn sowohl er als Wolz wechseln von Zeit zu Zeit die Partracht, um sich unkenntlich zu machen.

Der jüngste der Ehrenmänner ist Schlieper; er muß sich vorläufig mit 125 R. monatlicher Jarensubvention durchschlagen. Seine Anstellung erfolgte durch Vermittlung eines Kriminalwachmeisters. Er ist ein großer, blonder, kräftiger Herr, einem Löffler ähnlich und hält sich ebenso wie Wolz gern auf dem Stuttgarter Platz auf.

Alle genannten Spiegel, mit Ausnahme des „Barons“ sind auf bloßwörtliche Kündigung angelegt. Doch klagen die „Herren“ sehr darüber, daß sie manchmal drei- bis viermal ins Spigelbureau laufen müssen, ehe sie ihren Judaslohn erhalten. Für Extraleistungen giebt es besondere Gratifikationen; bare Auslagen werden ihnen vergütet, und hierbei machen sie ab und zu auch einen kleinen Reiback („Vertrauensspeise“).

Nun zu der erwähnten Sache in Hermsdorf! Hier wohnt ein Russe Dr. v. W., welcher, wie alle im Ausland lebenden russischen Intellektuellen, der russischen Regierung verdächtig ist. Wolz wurde mit seiner Ueberwachung betraut; er sollte beobachten, was Dr. v. W. treibt und falls dieser nach Rußland abreisen würde, sofort nach dort telegraphieren. Wäre es gelungen, Herrn Dr. v. W. an der Grenze zu fassen, so hätte Wolz für seine Bemühungen 600 R. extra bekommen. Wolz mietete sich also neben seiner Wohnung in Charlottenburg in Hermsdorf, Wahnstr. 1, ein möbliertes

Zimmer zum Preise von monatlich 30 R. Liquidiert hat er dafür dem Spigelbureau gegenüber 45 R. Um ans Ziel zu gelangen, bediente er sich der gemeinsten Mittel. In Verkleidung, aber doch nicht so, daß er nicht erkennbar wäre, suchte er eines Abends mit Hilfe zweier Komplizen in das Zimmer des Herrn Dr. v. W. zu blicken, um zu beobachten, was dieser treibe oder wer sich bei ihm aufhalte.

Er hat es auch verstanden, sich Einblick in Telegramme, die Dr. v. W. empfangt und abschickt, zu verschaffen.

Die Berichte des Wolz müssen wohl seinen Vorgesetzten nicht genügt haben. Deshalb erschien eines schönen Tages der „Baron“ in höchst eleganter Person mit einem andern Spiegel in Hermsdorf und die Ehrenmänner hatten im Wirtshaus Treff eine lebhaft unterredung, suchten im Aufschluß daran einen Schloffer auf, der ihnen für die Summe von 20 Mark, welches Geld zugleich als Schweigegehalt diente, die Wohnung des Herrn Dr. v. W. öffnete, und hielten hier in Abwesenheit des Wohnungsinhabers und ohne diesen vorher und nachher zu benachrichtigen, Handlung. Mitgenommen haben sie bei diesem dreifachen Einbruch anscheinend nichts.

Wolz selbst befand sich auch oft in Geldnöten. Eines Tages drohte er sogar zu streiken, er telegraphierte an den „Baron“: „So fort Geld schicken, laun sonst nicht weiter arbeiten!“ (Man beachte das Wort „arbeiten“.)

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat in der vorigen Session des Reichstages, als von sozialdemokratischer Seite bereits das russische Spigelwesen in Preußen aufgedeckt wurde, zugestanden, daß russische Spigelbeamte sich hier aufhalten dürfen und er suchte diese schändliche Untertätigkeit unter die russischen Wünsche durch die Ausfuhr zu entschuldigen, es handle sich nur um die Ueberwachung von — Anarchisten, welche Gewaltthatigkeiten vorbereiten. Schon damals wurde bewiesen und die jetzt bekannt gewordenen Thatsachen, die wir oben schilderten, bestätigen es, daß in Wirklichkeit diese russische Spigelbeamte zur Beobachtung, Ausundsichtigung, Wemurkundung aller ihrer Bestimmung ist, die irgendwie militärisch sind, in Rußland bessere Zustände vorzubereiten. Dies sollte russische Streben unterstützen der preussische Staat, indem er dieses Spigelwesen duldet und hegt. Zu Gunsten der russischen Barbarei opfert Preußen den Rest eigener Kulturwerte. Wie lange wird die öffentliche Meinung Deutschlands solche Kulturverderb dulden?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar.

Die politischen Neujahrsempfänge

sind auch in diesem Jahre ohne jede Sensation verlaufen. Die ausgetauschten Reden wiederholten nur in banalen Allgemeinheiten die oft genug präciser markierten Auffassungen der Regierungen resp. Parteien.

In Wien war diesmal jede Kundgebung unterbunden. In Budapest verbreitete sich der Ministerpräsident Tisza über den Parlamentarismus in allgemeinen und die Schädlichkeit der unerbittlichen Obstruktion einer kleinen Minorität. Man spricht vielfach von dem allgemeinen Niedergang des Parlamentarismus. Er sei jedoch der Ansicht, daß der Parlamentarismus nur bei solchen Nationen einen Verfall anzeige, deren öffentliches Leben überhaupt krankhafte Gebrechen aufweise. Die ungarische Nation werde die Probe, auf die sie jetzt durch die Obstruktion gestellt werde, siegreich bestehen. Sie dürfe den Glauben an den Parlamentarismus nicht verlieren, da dieser die einzige Befestigung ihres nationalen Daseins, ihrer nationalen Bestrebungen bilde. (Lebhafter Beifall.) Er könne an die cynische Hartnäckigkeit der noch obstruierenden verschwundenen Minorität, die sich mit der öffentlichen Meinung, mit der Mehrheit des Parlaments und mit den nationalen Interessen in Widerspruch setze, nicht recht glauben. Die Nation müsse die unerschütterliche Weisheitsdepotillit fallen lassen, da die Interessen des Ungarns sich mit denjenigen der Dynastie und den wohlverstandenen Interessen der Großmachtstellung der Monarchie vollkommen in Einklang befänden.

Auf eine Begrüßungsansprache der nationalen Dissidenten erwiderte Graf Albert Apponyi mit einer längeren Rede, in der er ausführte, daß die Politik der gegenwärtigen Regierung ihm keine volle Würdigung dafür biete, daß sie die nationalen Bestrebungen in ihrer Gesamtheit verwirklichen werde. Er könne sie daher nicht unterstützen. Die sogenannten militärischen Zugeständnisse böten keine Sicherheit für die Politik der Regierung, da sie wohl geeignet seien, einen gewissen Waffenstillstand herbeizuführen, jedoch zur Befriedigung aller berechtigten Wünsche der Nation nicht genügen.

In Paris hielt bei dem Empfang des diplomatischen Corps der päpstliche Nuntius Lorenzelli eine Ansprache, in der er ausführte, das Jahr 1903 habe einen internationalen Frieden gebracht, zu dem die Haltung Frankreichs sehr wesentlich beigetragen habe. Der Nuntius erinnerte sodann an den Tod Leo XIII., der die 25 Jahre seines Pontifikats den höchsten Interessen der Menschheit gewidmet habe. Präsident Loubet erwiderte, Frankreich vergesse nicht, in welchem Maße die Welt den Frieden auch der klugen Haltung der auswärtigen Regierungen verdanke. Dieser Klugheit und dem guten Willen, Konflikte zu vermeiden, seien die Konventionen entsprossen, die große Mächte in richtiger Würdigung der unzerstörlichen Grundzüge, nach welchen die auswärtige Politik Frankreichs geleitet werde, mit Frankreich geschlossen hätten. Loubet brückte sodann sein Bedauern über den Tod Leo XIII. aus und schloß mit den besten Wünschen für die Staatsoberhäupter.

In hierikalischen Kreisen hat die Zurückhaltung Lorenzellis, der die antikirchliche Campaigne mit keiner Silbe erwähnte, ziemlich verärgert. In Rom hielt beim Empfange der französischen Gesandtschaften Barrère eine Ansprache, in der er die italienisch-französischen Freundschaft feierte.

Die Neujahrsempfänge in Brüssel und New York verliefen gleich belanglos.

Als Stille vor dem Sturme deutet man in England das Ausbleiben von Nachrichten aus Ostasien. Zum erstenmal seit Beginn der ostasiatischen Krisis sind am Sonnabend nämlich die Londoner Blätter und Depeschentagenturen ohne jede Nachricht aus Japan. Da die englischen Blätter in Japan zahlreiche Korrespondenten unterhalten und die japanische Censur bisher milde gehandhabt wurde, nimmt man an, daß die Telegramme absichtlich aufgehalten worden sind. „Daily Telegraph“ bringt an herborragender Stelle seitgedruckt folgende Auslassung: „Selbst in diplomatischen Kreisen, die bisher eine hoffnungsvolle Auffassung bezüglich einer friedlichen Lösung der ostasiatischen Frage hegten, wurde gestern anerkannt, daß ein Bruch zwischen Japan und Rußland fast unvermeidlich ist. Rußland und Japan sind beide nicht Willens, in ihren Forderungen nachzugeben, und keines der beiden Länder ist geneigt, die Vermittlung einer befreundeten Macht anzunehmen. Man glaubt, daß Japan binnen wenigen Tagen einen entscheidenden Schritt thun wird, falls nicht vorher eine versöhnliche Nachricht aus Petersburg abgeht, eine Möglichkeit, auf die man in denjenigen Kreisen, die sich nach Lage der Dinge am besten ein Urteil bilden können, nicht rechnet.“

Auch der gewöhnlich gut unterrichtete und häufig inspicierte „Daily Graphic“ hört, die in den letzten 24 Stunden in London eingetroffenen Nachrichten rechtfertigen eine wachsende Besorgnis hinsichtlich der Lage in Ostasien. An bestunterrichteter Stelle glaube man, Rußland sei zu einer Entscheidung gekommen, die den Ausbruch von Feindseligkeiten beschleunigen müsse. Großbritannien und Frankreich machten die äußersten Anstrengungen, um eine friedliche Verständigung zwischen Rußland und Japan herbeizuführen. Die französische Regierung erkenne, daß ein russisch-japanischer Krieg den französischen Besitzern russischer Werte ungeheure Verluste bringen würde. Der Ausfall der russischen Werte nach der Kriegserklärung würde den Franzosen viele Millionen Pfund Sterling kosten.

Tokio, 2. Januar. (Weldung des „Nenterschen Bureaus“.) Es wird angenommen, daß morgen ein starkes Geschwader, das aus sechs Panzerkreuzern besteht, von Saseho nach Wafampo (Korea) abgehen und auch Admiral Naminura sich dorthin begeben wird. Nach einer andern Meldung des „Nenterschen Bureaus“ aus Ichifu habe Japan noch eine Anzahl von Transportschiffen gechartert; das sechste Armeecorps sei kriegsbereit, ebenso die Flotte, die in vier Geschwadern geteilt ist.

„Daily Telegraph“ meldet aus Kagasaki, die Bahn nach Kuisju erhielt Befehl, am 2. Januar 5000 Mann, die nach Korea unterwegs sind, nach Kagasaki zu befördern; ferner 20 000 Tonnen Kohle von Kuisju zur Ergänzung der großen schon in Kagasaki befindlichen Kohlenvorräte zu bringen.

London, 1. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 31. Dezember: Die Lage bleibt sehr ernst und erscheint verschlechtert. Japan gab dringende Anweisungen zur Vervollendung beziehungsweise Erbauung mehrerer neuer Kreuzer und der Armierung von drei seiner besten Fahrzeuge der Handelsmarine als armierte Kreuzer. Seit Januar vermehrte Rußland fortwährend die Zahl seiner Kriegsschiffe in Ostasien. Der Tonnengehalt der russischen Schiffe betrug zu jener Zeit weniger als 90 000 Tonnen, wird aber anfangs des neuen Jahres 200 000 Tonnen betragen. Eine Anzahl Schiffe liegt zur Abfahrt nach den ostasiatischen Gewässern bereit. Der Tonnengehalt der japanischen Schiffe beträgt 170 000 Tonnen.

New York, 2. Januar. Ein Telegramm aus Tokio besagt, es sei das Gerücht im Umlauf, daß der Zweck der bevorstehenden Kreise des japanischen Geschwaders unter Admiral Naminura von Saseho der sei, von Wafampo Besitz zu ergreifen. Unterrichtete Kreise zweifeln indessen, daß ein solcher Schritt unternommen werden wird, es sei denn, daß man Rußland zuvorkommen wolle für den Fall, daß letzteres offenkundig die Absicht zeige, in ähnlicher Weise vorzugehen, oder wenn die russisch-japanischen Verhandlungen fehlschlagen sollten.

Ueber die militärischen Chancen der beiden Mächte äußert sich der bekannte M. v. Brandt, der ehemalige deutsche Gesandte in Peking, folgendermaßen:

„Was nun den Ausgang des Kampfes anbelangt, so ist es gefährlich, in solchen Fragen den Propheten spielen zu wollen. Japan würde nicht an seiner Basis kämpfen und besitzt die Mittel, etwaige Verluste nach jeder Richtung hin schnell und leicht ergänzen zu können. Außerdem ist seine Flotte der russischen in den ostasiatischen Gewässern mindestens gleich, seine Armee dem, was Rußland dort hat und in absehbarer Zeit haben kann, weit überlegen, und es ist nicht zu bezweifeln, daß sich in der japanischen Armee Eisenrüstungen zeigen werden, wie die, welche Rußland in seinem letzten Kriege gegen die Türkei nicht vor barten Rückschlägen bewahrte. Freilich fehlt es Japan an der Hauptwaffe für einen Krieg, dem Gelde, aber Rußland ist in der Beziehung nicht besser gestellt, und Japan würde eine finanzielle Krisis vorausichtlich schneller und leichter überwinden als Rußland, das sich seit einem Jahrzehnt und länger dauernd in einer solchen befindet.“

Deutsches Reich.

Ein Reichstags-Abgeordneter wegen Wechselfälschung verurteilt! München, 2. Januar. (Privat-Depesche.) Das kriegsgericht verhandelte gegen den Reichstags-Abgeordneten Seybold wegen Urkundenfälschung und Betrug. Er ist verurteilt wegen Körperverletzung und Bestechung. Er langnet, selbst Beschafte gefällig zu haben, wahrscheinlich habe einer seiner Angestellten, den er aber nicht nennen wollte, die That begangen. Jede weitere Aussage verweigerte der Angeklagte. Der Staatsanwalt gestellte den geringen sittlichen Wert, die That einzugehen, und die Dreifachigkeit, nach erfolgter Anklage noch das Mandat zum Reichstag anzunehmen. Er

beantworte zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust. Das Urteil lautete auf 15 Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

Der Abgeordnete Seyboth gehörte der freisinnigen Volkspartei an. Es ist bezeichnend, daß ein Mitglied des Reichstags sich derartig schroffer Handlungen schuldig gemacht hat. Als die Nachricht von der gegen ihn gerichteten Strafverfolgung vor einiger Zeit bekannt wurde, versuchte die freisinnige Presse es so darzustellen, als sei Seyboth das Opfer unnothiger Beschuldigungen. Die Gerichtsverhandlung hat das Gegenteil erwiesen.

Seyboth ist im Wahlkreise Eschwege-Schmalkalden gewählt worden, und zwar mit konservativer Hilfe gegen die Socialdemokratie. Der Kreis war seit 1898 durch die freikonservative Partei vertreten. Am 10. Juni 1903 erhielt diese Partei 8812, die freisinnige Volkspartei 4546, die deutsch-soziale Reformpartei 3300, die Socialdemokratie 6495 Stimmen. In der Stichwahl siegte Seyboth mit 10348 gegen 7039 socialdemokratische Stimmen. Bei der bevorstehenden Ersatzwahl dürfte ein sehr lebhafter Wahlkampf entbrennen.

Ueber die Prozeßverhandlung geht uns noch dieser ausführlichere Bericht zu:

Die Anklage geht dahin, daß Seyboth einen am 4. Juni angestellten und am 4. September fälligen Wechsel über 11700 M. fälschlich mit dem Accept der Firma Jakob Andreas Möllerbrauerei Eichwege verfaßte. Den Wechsel siegte Seyboth bei der Handelsbank in München in Bargeld um, und diese gab ihn wieder an die Reichsbank weiter. Am Verfalltag löste Seyboth den Wechsel bei der Reichsbank in Berlin selber wieder ein. Seyboth giebt zu Beginn der Verhandlung die Erklärung ab, daß er unschuldig sei, daß er im übrigen aber auf die Anklage nicht antworten werde. Es wurde sofort in die Jugendberchnung eingetreten. Direktor Franz der bayerischen Handelsbank giebt an, daß unter dem 4. Juni von Leonhard Seyboth an die Bank die briefliche Anfrage erging, ob die Handelsbank einen auf die Firma Jakob Andreas lautenden Wechsel discontiere. Die Handelsbank habe keinerlei Bedenken gehabt. Diese Mitteilung wurde Seyboth postlagernd zu teil. Für den Jungen besteht kein Zweifel, daß die Anfrage thatsächlich von Seyboth erfolgt ist. Ungefähr acht Tage später sei der Wechsel an der Kasse zur Anzahlung präsentiert worden, nachdem vorher ein Brief Seyboth's einlief mit der Mitteilung, daß er nach seiner Rückkunft den Wechsel vorlegen werde. Die Empfangsbekräftigung über die Volunta trage die Unterschrift: Leonhard Seyboth. Der Junge habe diese Unterschrift für echt. Der Wechsel sei an die Reichsbank in Berlin weitergegeben worden. Bei dieser sei es ihm, daß einen Tag vor dem Verfalltag der Acceptant benachrichtigt werde. Dies sei auch bei der Firma Jakob Andreas der Fall gewesen, wodurch die Sache aufkam. Jergo Kaufmann Eduard Doehle, Zeilhaber der Firma Jakob Andreas, habe, als er durch die Reichsbank von der Fälschung des fraglichen Wechsels benachrichtigt wurde, sofort telegraphisch Anklage verlangt. Darauf erhielt er die briefliche Mitteilung, daß der Wechsel von Leonhard Seyboth-München ausgefertigt sei und von dem angeblichen Acceptanten Jakob Andreas an der Kasse der Reichsbank eingetostet wurde. Doehle wandte sich hierauf an Seyboth, worauf er von diesem einen Brief erhielt des Inhalts, daß er den Wechsel nicht ausgefertigt habe, sondern selbst von dessen Fälschung überrascht sei. Seyboth lenkte den Verdacht auf einen von ihm entlassenen Buchhalter, dem er einen solchen Streich antaue, und der ohne Schwierigkeit sein Accept fälschen konnte. Da doch alles gedenkt sei, rief er der Firma Jakob Andreas, daß man die Sache auf sich beruhen lassen und sich wegen des Merks keine weiteren Aufreiser machen solle. Der Junge forderte energisch weitere Aufklärungen. Darauf erhielt er von Seyboth die Mitteilung, daß der betreffende Buchhalter die Fälschung eingestanden und ihn unter Thränen um Verzeihung gebeten habe. Seyboth kündigte sein persönliches Erscheinen an und rief, die Sache in Anbetracht der gefährlichen Existenz des jungen Mannes nicht weiter zu verfolgen. Seyboth fuhr nach Schmalkalden, wo er bei der Unterredung mit dem Jungen trotz einbringlichen Vorhaltes die Angabe des Namens des betreffenden Buchhalters verteidigte. Die Angelegenheit wurde sodann der Polizei übergeben. Nach Schluß der Vernehmung beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre. Das Urteil lautete wegen Verbrechen der Verwahrlosung, fälschung im Zusammenhang mit einem Vergehen des Betruges auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre drei Monaten und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre. Aus der Urteilsbegründung ist zu entnehmen, daß der Gerichtshof nach dem Ergebnis der Vernehmung keinen Zweifel mehr hat, daß der Angeklagte den Wechsel selbst gefälscht und ihn zum Zweck der Discontierung an die Bayerische Handelsbank geschickt hat. Der Gerichtshof hat als erwiesen angenommen, daß der Angeklagte die bezüglichen Briefe selbst gefälscht hat. Der Gerichtshof hat aber mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Angeklagte den Wechsel rechtzeitig eingelöst hat, beschloffen, ihm mildernde Umstände zuzubilligen. Bei der Strafbemessung hat der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte beharrlich leugnete und daß er verurteilt ist mit 800 M. wegen Verletzung, ferner die hohe Summe und daß er sich vergangen hat gegen Treu und Glauben im Handelsverkehr. Aus diesem Grunde hat der Gerichtshof für richtig erachtet, dem Angeklagten auch die bürgerlichen Ehrenrechte abzurufen.

Schäffle. Es wird uns geschrieben: In den Nekrologen, welche die Parteipresse anlässlich des Todes von Professor Schäffle veröffentlichte, ist ein Vorgang aus seinem Leben nicht erwähnt worden, der für die Partei ein besonderes Interesse hat. Als im Februar 1871 Schäffle in das österreichische Ministerium Hofmann trat, machte er zur Bedingung, daß die im Jahr zuvor in Wien wegen angeblicher hochberräuberischer Handlungen zu mehrjährigem Justizhau verurteilten Parteigenossen Oberwinder, Andreas Schen, Lickler Hartung, Johann Rost u. begnadigt würden. Und dieser Begnadigung erfolgte. Von den damals Begnadigten ist Oberwinder zuerst der Partei mitzutreten geworden; er trat Ende der siebziger Jahre in die offiziellen Dienste des bismarckischen Regiments und ist gegenwärtig Medaillon an dem offiziellen Organ des Dresdener Stadtrats, dem „Dresdener Anzeiger“; Johann Rost wurde bekanntlich nach Verhängung des Socialistengesetzes Anarchist und lebt gegenwärtig in den Vereinigten Staaten; Andreas Schen, der heute noch zur Partei gehört, wanderte nach England aus und Hartung lebt seit Jahrzehnten als wohlhabender Tischlermeister in Jülich, woselbst er sich von jeder öffentlichen Thätigkeit fernhält.

Zu Bezug auf Schäffle sei noch folgendes erwähnt: Als Schäffle 1868 als Mitglied des Reichstags nach Berlin kam, trat er dort mit einem Teil seiner schwäbischen Kollegen in nähere Beziehungen zu Liebknecht und Bebel. Eine Folge dieser Beziehungen war, daß als Anfang 1875 der erste Band seines Wertes: „Vau und Leben des sozialen Körpers“ erschien, er diesen nebst einem freundlichen Schreiben an Bebel überfandte. Als er dann 1877 nach Leipzig kam, um seinen dort an der Universität dozierenden Freund Prof. Dr. Fr. zu besuchen, lasste er auch Bebel auf. In der längeren Unterhaltung, die damals folgte, führte der zufällig auch Jul. Möllerer behauptete, was es Schäffles hauptächlichstes Bemühen, Bebel auseinanderzusetzen, in welcher Weise der socialistische Staat und speziell die Weltverfassung desselben organisiert sein müßte. Später erwiderte Bebel zweimal und zwar Ende der siebziger und anfangs der achtziger Jahre den Besuch Schäffles in dessen Wohnung in Stuttgart, woselbst man sich in der Hauptsache über dasselbe Thema wie in Leipzig unterhielt. Die Hauptdifferenz zwischen beiden bestand darin, daß Schäffle die Verwirklichung des Socialismus ins 21. Jahrhundert verlegte, während Bebel dafür einen weit früheren Zeitpunkt in Aussicht nahm, aber daß der Socialismus ins viele verwickelte, darüber war nach jenen Unterhaltungen bei Schäffle kein Zweifel.

Um so überraschender war, daß er einige Jahre später seine Schrift „Die Ausschließlichkeit der Socialdemokratie“ erscheinen ließ, die von Hermann Bahr, der zu jener Zeit in socialistischen Bahnen wandelte, mit einer Broschüre „Die Ausschließlichkeit des Herrn Schäffle“ beantwortet wurde. Schäffle unterließ es, auf die gut gezielten Siege Bahrs auch nur mit einer Zeile zu antworten. Was ihn zu seinem Gesinnungswechsel veranlaßte, der bei einem in vorgezeichneten Jahren stehenden Manne wie Schäffle doppelt auffällig war, erscheint auf den ersten Blick als ein Räthsel. Aber Mitte der achtziger Jahre verläutete, daß Bismarck zu Schäffle in Beziehungen getreten und sein Gutachten über die damals in der Ausführung begriffene Versicherungs-Gesetzgebung eingeholt habe. Es wurde sogar behauptet, Schäffle habe sich mit der Hoffnung getragen, Bismarck werde ihn in ein hohes Reichamt berufen. Das scheint seinen auffälligen Gesinnungswechsel bezuggerufen zu haben, der sonst nicht erklärlich wäre.

Als dreihigste größere Uniformänderung binnen 18 Jahren bezeichnet die konservativ „Sächs. Jtg.“ die neueste von oben vorgeschriebene Mode der Offiziersmäntel, über die wir bereits in einer unserer letzten Nummern berichteten. Nach einer dem Blatt zugegangenen Zuschrift aus Offizierskreisen hätten diese Veränderungen jedem Offiziershumerhalb der 18 Jahre eine Extra-Ausgabe von 800 M. verursacht. Dabei sei die Ausrüstung um kein Paar Kriegsmäntel geringer geworden.

Auch die „National-Zeitung“ schreibt: Wir haben gestern die sehr niedrig gegriffene Schätzung eines Militärs in einer konservativen Zeitung wiedergegeben, in der die den Offizieren durch die neueren Uniformänderungen aufgebürdeten Mehrkosten der Ausrüstung auf 688 M. pro Kopf beziffert werden. Bei einem Offizierscorps von fast 25 000 Köpfen ergibt bereits diese, wie gesagt, sehr niedrige Schätzung, bei der alle notwendigen und alle als Fortschritt anerkannten Veränderungen abgerechnet sind, einen entsetzlichen Mehraufwand von etwa 15 Mill. Mark allein für die einmalige Anschaffung, ungeachtet die sorgfältige Erneuerung.

Und da eifert man gegen den Luxus im Offizierscorps! —

Mißbrauch der Staatsmaschinerie.

Wir haben die ministerielle Anweisung erwähnt, die den Landräten und Bürgermeistern Preußens die Verordnungen der Bülow-Kaden auftrag. Kattisch kommen die Unterbehörden dem Befehl unerschrocken nach. Aus verschiedenen Kreisen wird uns gemeldet, daß die Landräte die Bülow-Propaganda eifrig ausgenommen haben. Als Beispiel diene das uns zugehende Empfehlungsschreiben, das im Kreis Landeshut an alle Industriellen verhandelt worden ist: „Der Königliche Landrat.

Landeshut, den 21. Dezember 1900. Es erlaube ertönnen, die von dem Herrn Reichsanwalt in den Reichstags-Sitzungen vom 10. und 14. d. Mis. gegen die Socialdemokratie gehaltenen Reden zur Kenntnis möglichst weiter Volkstheile zu bringen.

In dem Verlage von G. E. Müller u. Sohn in Berlin, Kochstraße 68/71, ist eine dicke Neben auszugweise enthaltende Broschüre erschienen, von welcher 100 Abdrücke zum Preise von 4 Mark, 500 zum Preise von 18 Mark und 1000 Abdrücke zum Preise von 28 Mark bezogen werden können.

Ich bin bereit, den Bezug zu vermitteln und ersuche ergebenst um recht baldige Mitteilung, wie viel Exemplare zur Verteilung unter die dortigen Arbeiter gewünscht werden.

gez. v. Doetingen.

So dankbar wir uns wiederholt dafür bekannt haben, daß den Arbeitern gezeigt wird, mit welcherlei Spohfastigkeiten der erste Reichsbeamte den Socialismus zu bekämpfen verneint, so liegt es uns doch fern, den Mißbrauch des staatlichen Apparates, der zu diesem edlen Zwecke betrieben wird, ohne Widerspruch gelassen zu lassen. Weder der Minister noch die Landräte erhalten aus Staatsmitteln ihre Befehdung, um ihre Zeit und Arbeitskraft zur Bekämpfung einer einzelnen Partei aufzuwenden. Auch die Verlesung der zahlreichen Angebotsbriefe, die Ausführung der eingehenden Verlesungen usw. erfordern finanzielle Aufwendungen, zu denen die Behörden keineswegs berechtigt sind. Die Umgestaltung der Landratsämter in Buchhandlungsgestalten für Bülow-Broschüren ist leider im Organisationsgesetz der preussischen Behörden nicht vorgesehen.

Tafel in Breslau auch mißliche Mäntel ihres Amtes walteten, konnte in einer Gerichtsverhandlung am Sonnabend der Vorsitzende des Maurerverbandes erfahren. Derselbe hand ein Arbeiterwilliger nicht als Mäntel der Jung, sondern als Angellager vor dem Richter; nicht er war von den terroristischen Verhandlern beleidigt worden, sondern er hatte den Führer der Maurerorganisation beleidigt. Auf einem Ban hatte er diesem nachgeredet: „Der Widerra soll nur ruhig sein, der hat früher schon einmal 500 M. gestohlen und sich jähne Anklage dafür gelant, dem ist so was auch jetzt wieder zuzutragen.“ Der angeklagte Arbeiterwillige, der sich als verfolgtes Opfer der Verbändler hinstellte, wollte diese Behauptung nicht aufheben, sondern nur ein behingendes Gerücht weiter verbreitet haben. Jedenfalls wurde festgestellt, daß er die Beleidigung verbreitet habe, und erhielt dafür — 30 M. Geldstrafe.

Als Verlesungszeuge trat in diesem Prozeß auch der wegen Verletzung von Arbeiterwilligen zu einjährig Jahren Gefängnis verurteilte Maurer Magate auf. Der angeklagte Arbeiterwillige erzählte dem Richter, er sei von Magate und anderen verbrügelt worden. Als dann Magate vorgelesen wurde, sagte der Richter zu dem Streifbeder: „Aun sehen Sie sich Aug in Auge gegenüber, sind Sie von Magate geprügelt worden?“ Hierauf antwortete er heulend: „Kein, von Magate nicht!“ — Und auf die Aussage von solchen Menschen hin werden oft genug ehrliche Arbeiter ins Gefängnis geschickt.

Zum „Reichsverband“ für Socialistenbelämpfung, von dessen Treiben wir wiederholt Mitteilungen machten, hat Herr Dr. Heinrich Kränkel-Bürger, wie er uns mitteilt, keine Beziehungen, auch stamme die Idee des Verbandes nicht von ihm.

Die „Germania“ brauchte eine Ausflucht vor den ungeheuerlichen Mofstellungen, denen ihre Partei und der gesamte Katholicismus durch die neuesten Verdingungen des katholischen Strassenoberhauptes — Vereingung des Segenslages von Reich und Arm, Erldung aller freien Forderung — ausgesetzt wurde. In der weltlichforischen Anklage diabolischer Anturfeindhaft und Grieserdtötung drückt sich das Centrumblatt schon vorbei und versucht auf örtliche Nichtigkeiten im Lager der Gegner die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken. Die verbitterten Darstellungen in der Broschüre Görkes über Charlottenburger Parteiverhältnisse gehen ihr Anlaß zur Entdeckung erschrecklicher Korruption in der Socialdemokratie. Die „Germania“ seht dieses Abkennungsmoänder im neuen Jahre unermindert fort, wie der 31. Dezember, so brachte der 1. Januar lange Abhandlungen über die Görkeschen „Entschüllungen“.

Nur die Ineuchtheit der „Germania“ gestattet solchen „Zeldzug“ und die Verschuldigungen, die gegen sie erhoben werden, weil wir nicht sofort die Broschüre G.S. abgedruckt und widerlegt haben. Die „Germania“ erklärt Görkes Broschüre für eine sehr lehrreiche Lesüre, die im Buchhandel weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden sollte. Wir hätten hiergegen nicht das mindeste einzuwenden und geben der „Germania“ anheim, diese Aufgabe zu befragen und etwa mit den Bülow-Meden zugleich diese Broschüre zur Veroreitung zu bringen. Nur d a d u r c h, daß die Broschüre nicht allgemein zugänglich ist, kann sie den Zwecken der „Germania“ dienen. Jeder, der die Broschüre sachlich beurteilt, wird zu der Meinung gelangen, daß sie ebenso stark an erregten Worten wie arm an beweisenden Thatsachen ist, wobei wir es dahingestellt lassen, ob der Verfasser der Broschüre Thatsachenmaterial beizubringen im Stande ist oder nicht. Die Broschüre ist nur für Personen verfasst und verständlich, die mit den Details der Charlottenburger Verhältnisse und

Personen durchaus vertraut sind. Besäße die „Germania“ nur den Mindestgrad politischer Ehrenhaftigkeit, so würde sie zugestehen, daß auf Grund der in der Broschüre beigebrachten Behauptungen sich überhaupt keinerlei Urteil fällen läßt, ob wirklich in Charlottenburg einige mensichlich allzumenfliche Verfehlungen festzustellen sind.

Ebenso lächerlich erachtet ist die wiederholte Entziehung der „Germania“, daß der „Vorwärts“ den Inhalt der Broschüre nicht mitteile oder widerlege. Sie säubert uns an, daß wir doch Zeit genug gehabt hätten, die Behauptungen zu unteruchen. Aber die „Germania“ weiß genau, daß es für den „Vorwärts“, selbst wenn die Angelegenheit wichtiger wäre als sie ist, unmöglich sein würde, selbst eine Unteruchung zu führen und die Wahrheit festzustellen. Wir teilen schon mit, daß bereits ein Schiedsgericht mit der Anwesenheit besetzt ist, in das auch Genosse Görke seine Vertreter entsendet. Dieses Schiedsgericht wird den Fall in aller Sachlichkeit behandeln und der „Vorwärts“ wird dann alles mitteilen, was irgend zur Aufklärung erforderlich ist. Jetzt die einseitigen und der sachlichen Beurteilung unzugänglichen Anschuldigungen Görkes, die dieser selbst nicht der Offenlichkeit unterbreiten wollte, mitzuteilen, wäre wertlos und nutzlos.

Wenn die „Germania“ aber bestreitet, daß sie auch noch grobe Entstellungen des Inhalts der Broschüre sich hat zu Schulden kommen lassen, so genüge ein Hinweis. Nach der „Germania“ hätten unsere Genossen, die die Vorbereitungen des Volkshausunternehmens besorgten, in den zahlreichen Konferenzen, die mit dem Bauminister, dem Vermittler u. s. w. stattfanden, auf Kosten anderer gelebt; diese gemeine Verächtigung ist nur eine freche Erfindung der „Germania“, denn Görke hat eine solche Behauptung, die ihn selbst treffen würde, nicht aufgestellt. Der Einzelfall zeigt, daß die „Germania“, wenn sie Korruption anderer anzutweisen vorgiebt, nur die eigne Verlogenheit zur Schau bringt.

Ausland.

Rußland.

Ueber die Studentenunruhen

wird aus Kiew gemeldet: Die sogenannten „Heiligen Ligen“, die der Minister des Innern v. Plehwe zusammen mit dem Unterrichtsminister kürzlich ins Leben gerufen hat, haben sich, wie vorausgesehen war, als äusserliche Falschspeculationen erwiesen, und sie sind hauptsächlich für die Schärfe und Bitterkeit verantwortlich zu machen, die an den gegenwärtigen Studentenbewegungen auffällt. Herr v. Plehwe hoffte, durch diese antisocialistischen, antirevolutionären „Heiligen Ligen“ der aufrührerischen Propaganda unter der großen Mehrheit der Studenten entgegenzuwirken, indem er die Keinen Minderheiten ansprechend loyaler Humanen zu einem Bundesstreuzug gegen ihre mißbegünstigten Kommilitonen vereingte. In Wahrheit giebt es aber keine loyalen Minderheiten unter den Studenten, wenn auch Gruppen vorhanden sind, die, um ihre Studien ungehört verfolgen zu können, ihre politischen Gefühle unter äußerem Wohlverhalten verbergen. Unter den Studenten selbst herrscht starke Meinungsverschiedenheit über die Mittel, die anzuwenden sind, um die Regierung zur Einführung von Reformen zu zwingen. Die Begründung der „Heiligen Ligen“ darf als ein letzter, verzweifelter Versuch der Behörden bezeichnet werden, ein wirksames System der politischen Spionage an den Universitäten einzuführen, nachdem alle früheren derartigen Versuche gründlich mißlungen sind. Die dem Gedanken der „Heiligen Ligen“ anhaftende Unsicherheit tritt in der Wirklichkeit aus schon darin zu Tage, daß unter ihren Mitgliedern sich bereits zahlreiche revolutionäre Studenten befinden. Mit der bei ihnen gewohnten Gewandtheit haben die Revolutionäre sich sofort der Waffen bemächtigt, welche die Regierung gegen sie zu richten gedachte, und ein neues Mittel gefunden, geheime Gesellschaften zu bilden. Im letzten Jahre sind die revolutionären Tendenzen, die an den Universitäten herrschen, auch in die technischen Hochschulen und die höheren Klassen der Gymnasien eingedrungen, und außerhalb dieser akademischen Kreise macht die socialdemokratische Propaganda unter fast allen industriellen Massen der Weltbewegung außerordentliche Fortschritte. Und bei alledem ist wohl kaum ein einziges Mitglied der Regierung oder des kaiserlichen Hofes im Stande, die crasse Sprache dieses unheilföndenden Grollens dieses unterirdischen Rußland richtig zu deuten. Die Strebungen eines von der Polizei geduldeten Volkes können selbst von einer autokratischen und despotischen Regierung nicht immer übergangen werden. Die Thatsache, daß jährlich fünfundsiebzigtausend bis dreihunderttausend intelligente, hochgebildete junge Leute, alle von dem Gefühl harter Mißgunnung über die bestehenden Zustände erfüllt, von den Universitäten und Hochschulen in alle Späher der russischen Gesellschaft eindringen, bildet an sich genügenden Grund zum ernstesten Nachdenken auf Seiten der Autokratie und der russischen Gesetzgebung. Ein russischer General soll kürzlich zu einem englischen Zeitungs-Korrespondenten bemerkt haben: „Gott schähe uns, wenn wir in einen langwierigen und unglücklichen Krieg mit Japan verwickelt werden sollten. Wir würden gleichzeitig mit einer inneren Erhebung zu kämpfen haben.“

Amerika.

Ueber die Panama-Affaire.

schreibt man uns aus New York vom 14. Dezember, werden die Feiler, was den Gang der Ereignisse in der letzten Zeit betrifft, schon durch die täglichen Nachrichten unterrichtet sein. Es bleibt aber ein Punkt zu erörtern, den die kapitalistische Presse hier nicht oder nicht in klarer Weise besprochen hat, und der also wohl auch nicht in der europäischen Presse behandelt worden ist. Wir haben es nämlich da mit einem gigantischen Sawindel zu thun, der würdig dem alten Panama-Sawindel an die Seite gestellt werden kann. Handelt es sich doch darum, aus „Cintel Sems“ Tische für ein nicht erlörendes Etwas die hübsche Summe von 40 Millionen Dollar zu erlangen — wovon freilich ein hübscher Teil im Lande bleiben wird, wenn er auch nicht in jene Tasche zurückfließt. — Die sogenannte „Neue Panama Canal Co.“ führt, was nie recht beachtet worden ist, diesen Namen mit Unrecht und sollte richtiger „Anti-Canal Co.“ heißen. Sie ist die Erbauerin der Eisenbahn über die Landenge und hat aus derselben seit Jahren hübsche Profite bezogen; vorziges Jahr betrug die Dividenden auf das 16 Millionen Dollar betragende Kapital 20 Proz. Sie hatte also das größte Interesse daran, daß überhaupt kein Kanal zur Verbindung der beiden Meere gebaut werde, weder durch Panama, noch einen andren Teil der Landenge. Seitdem nun in den Vereinigten Staaten die Kanalbaufrage in Fluß gekommen ist, hat die Gesellschaft alle Hebel angelegt, um Hindernisse in den Weg zu legen. Von ihr rühren auch zweifellos die übertriebenen Nachrichten von den Vulkanausbrüchen und Erdbeben in dem an Nicaragua grenzenden Guatemala her, die in die Welt gesetzt worden waren, nachdem sich die namhaftesten Ingenieure der Vereinigten Staaten dahin ausgesprochen, daß nur die Nicaragua-Route in Betracht kommen könne. Und als nun trotz jener „abföredenden Naturereignisse“ das Repräsentantenhaus des Bundeskongresses die Nicaragua-Vorlage annahm und die Haupter der Panama-Compagnie also einsehen, daß kein andres Mittel mehr helfen konnte, machten sie — fünf Tage nach jenem Beschluß — den Vereinigten Staaten den Vorschlag, die gesamten Kanals (wohlverstanden, nicht Eisenbahn-) Privilegien und das dito Eigentum der Gesellschaft für 40 Millionen Dollar abzukaufen. Dies beachte die Sache vorläufig zum Stillstand, und die inzwischen von den Agenten der Gesellschaft in den Vereinigten Staaten betriebenen geheimen Manipulationen zeigten ihre Früchte, als sechs Monate später im Bundesrat obige Kanalvorlage dahin amendiert wurde, daß der Bundespräsident berechtigt sei, die Offerte der Gesellschaft anzunehmen unter der Bedingung, daß sich Columbia mit den bezüglichen Bestimmungen innerhalb eines bestimmten Zeitpunktes (als welcher später der 23. September festgesetzt wurde) einverstanden erkläre; andernfalls ward dem Präsidenten freie Hand gegeben, wegen des Nicaragua-Kanals

Schritte einzuleiten. Und das Repräsentantenhaus stimmte dieser Vorlage fast mit derselben Majorität bei, die früher für die Nicaragua-Vorlage erfolgt war. Die Regierung von Columbia nahm aber eine ablehnende Haltung ein und die Legislatur des Staates lehnte die betreffende Vorlage ab (ohne Zweifel, weil in derselben nicht genügend „Schmiergeld“ vorgesehen war), so daß also für den Präsidenten der Vereinigten Staaten eigentlich nichts anderes übrig blieb, als die in diesem Falle vorgeschlagenen Schritte bezüglich des Nicaragua-Kanals zu thun. Es geschah aber nichts dergleichen — dagegen erfolgte einen Monat später die „Revolution“ in Panama, welcher die Unabhängigkeitserklärung und die Etablierung einer „Legislatur“ folgte, deren erste Handlung die Ernennung des Agenten der Panama Canal Compagnie-Agenten in Washington, Barilla, zum Unterhändler mit der Vereinigten Staaten-Regierung bezüglich der Canal-Angelegenheit war. Das Weitere wissen die Leser.

Neue Unruhen auf dem Isthmus stellt eine Meldung des Daily Telegraph in Aussicht. Dem Blatte wird aus New York gedrahtet, auf dem Isthmus von Panama bestände die Möglichkeit einer neuen Revolution, diesmal aber gegen die Regierung der neuen Republik; in Washington werde diese Möglichkeit lebhaft erörtert.

In Colon erhält sich, wie telegraphisch berichtet wird, hartnäckig das Gerücht, daß amerikanische Kriegsschiffe das Columbianische Kanonenboot „Pinzon“ zum Sinken gebracht hätten; eine Bestätigung des Gerüchtes liegt nicht vor.

Parlamentarisches.

Die Zusammenkunft des preussischen Abgeordnetenhauses. Nach amtlichen Quellen werden bei der am 16. Januar eintreffenden Eröffnung des Landtages in das preussische Abgeordnetenhause einziehen die Konservativen mit 143 (darunter 28 Reichstagsmitglieder und als Hospitant Dr. Gaigalat), die Freikonservativen mit 50 (darunter 11 Reichstagsmitglieder, als Hospitant Rüdike, 6 Potsdam), die Nationalliberalen mit 79 (darunter 11 im Reichstage, als Hospitant Kölle, 4 Oldesheim), die Freisinnige Volkspartei mit 24 (darunter 7 im Reichstage), die Freisinnige Vereinigung mit 8, das Centrum mit 97 (darunter 42 im Reichstage), die Polen mit 12 (außerdem ein Mandat erledigt, darunter 5 im Reichstage) Mitglieder; bei keiner Partei sind 10 Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Im ganzen besitzen 106 Mitglieder des Abgeordnetenhauses Doppelmandate für Reichstag und Landtag.

Ein verlorenes Jahr.

Am Ende jedes Jahres steht in Oesterreich der 31. Mit Ausnahme eines Unfalljahres — jenem, wo die Kanal- und Bahnvorlagen dem Parlament ein kurzes Scheinleben verschafften — wird seit dem Schlußjahre 1897 jeder Silvester mit der fälligen 14-Verordnung begrüßt; mit dem Verfallungsbruch, dem traurigen Reste der gesetzlichen Verfassung. So war es voriges Jahr, so ist es dieses: das obstruierte Parlament wurde heimgeschickt und die „provisorische“ Feststellung des Budgets erfolgt durch eine kaiserliche Verordnung — als Sinnbild der traurigen Thatsache, daß Oesterreich kein Parlament hat und keines haben wird. So ist die Bilanz jedes Jahres die gleiche: verlorene Zeit, und auch an der Schwelle des kommenden Jahres steht Trost- und Hoffnungslosigkeit.

Die Krise des Parlamentes ist natürlich keine isolierte Erscheinung, kein Problem für sich, sondern eine Folge-Erscheinung der unnatürlichen Bindungen dieses Staates und, vor allem und zum größten Teile, ein Strich des Wahlsystems, das in seinem stierlichen Gemisch von sinnlosen Privilegien und allgemeinem Stimmrecht ein Haus erzeugen muß, dessen Unwahrscheinlichkeit aufkommen läßt. Die unnatürlichen Bindungen stammen nicht, wie man so oft annimmt, von den verworrenen und ungeordneten nationalen Verhältnissen — diese Schwierigkeiten besiegt die Entwicklung selbst. Hier kam sogar wahrgenommen werden, daß die Dinge allmählich zum Ruhen kommen, daß der Kampf der Länder, der die Anfänge der konstitutionellen Periode ganz in Beschlag genommen hatte, entschieden ist, und zwar entschieden zu Gunsten des Staates und seines zentralen Parlamentes. Hier haben sich eben die wirtschaftlichen Kräfte als fast genug erwiesen, den verstaubten Ideologien der Königsreiche und Länder den Sarg zu machen, und das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Einheit hat den Träumen vom böhmischen Staat, von dem autonomen Galizien, dem sibirischen Emporium ein gründliches Ende bereitet. Was Oesterreich krank macht, ist nicht die Thatsache, daß acht Nationalitäten schwerer zu einem staatlichen Verband kommen als eine, wo der Staat nur der Ausdruck der Nation ist: Die österreichische Krankheit ist der Dualismus, der beide Staaten — die im Reichsrat vertretenen Königsreiche und Länder — und Ungarn — zu einer Gemeinschaft zwingt, die gegen ihre Interessen und, was noch wichtiger ist, gegen ihre Wünsche geht. Der Zwang, für den Dualismus in stetig wiederkehrender Zeit roboten zu müssen, der dynastischen Großmachtpolitik Opfer zu bringen — das ist es, was als Last auf Oesterreich und, wie die Geschicke des heutigen Jahres erweisen, auch auf Ungarn liegt und dessen Druck keine ruhige Stunde aufkommen läßt. Wenn das politische Leben eines Staates alle zehn Jahre bis auf die Grundlagen hinunter erschüttert wird, alle inneren Angelegenheiten einem Zweck dienlich gemacht werden, der außerhalb des Staates und außerhalb der Interessensphäre der Völker liegt, so werden die logischen und natürlichen Linien der Entwicklung gestört, das Gefüge des Staates gerät ins Schwanken und das Parlament geht in kampfhaften Judungen unter. Was sich technisch als Obstruktion darstellt, das ist also nichts anderes als die Ausnutzung einer Verlegenheit, in die der Staat durch den Dualismus gerät — deshalb ergreift auch die Obstruktion als Objekt zum Schluß immer die berechtigten „gemeinsamen Angelegenheiten“, welche die Entäußerung des selbständigen Staates zu Gunsten der dynastischen Großmacht bedeuten. Die Krankheit Oesterreichs und Ungarns ist der Dualismus — und so besteht der einzige Fortschritt, den das scheidende Jahr gezeitigt, darin, daß die Krankheit erkannt wird, daß man das, was so lange nur gefühlt wurde, endlich zu verstehen beginnt.

Daß sich der Reichsrat von dem Nebel der Obstruktion nicht befreien kann — obwohl sie nur sechs Jahre zu Wache ist und eigentlich der allgemeinen Geringschätzung verfallen — daran liegt der Grund freilich nur in der Dualität dieses Parlamentes, und dessen Dynamik ist im Wesen nichts anderes als das Flasco des Wahlsystems, von dem das Haus stammt. Die geführte Verfassung, hat uns schon Laffale gelehrt, ist nur gut, wenn sie den wirklichen Machtverhältnissen Ausdruck schafft — wenn sie sagt, was ist und es sagt, wie es ist. Das Privilegienwahlrecht produziert aber lauter falsche Werte. Einen Adel, dessen Macht im Reichsrat nicht auf seiner ja zweifellos vorhandenen Stellung im Volksebene beruht, sondern nur einem wahrhaft läppischen Privileg sein Dasein verdankt; eine Bourgeoisie, welche durch den Census abgedrängt wird, die wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums zu vertreten, die vielmehr nur den Schreiberbedürfnissen der Chauvinisten dient; und schließlich Abgeordnete der fünften Kurie, welche durch die Ungezähmtheit der Wahlkreise — zweimittlermäßig für eine Bevölkerung von 26 Millionen Menschen! — des unmittelbaren Zusammenhanges mit den Wählern beraubt sind und also gestumpft, die wahrnimmende Demagogie zum Inhalt ihres politischen Willens zu gestalten. So kommt ein dualistisches Gebilde heraus — unfähig zum Leben, unfähig zum Sterben. Oesterreich, das aus acht einander hassenden Nationen besteht, braucht ein Wahlrecht, das bindet; der durch seine Besondere schon zerrissene Staat empfangt aber eines, das trennt. Was Wunder also, daß ein Parlament entsandt, dessen Grundlage die Lüge, dessen Wirksamkeit Bewusstlosigkeit ist — ein Parlament, ebenso vollstündlich wie antisinnlich! Deswegen kann keine Verbesserung im Parlament kommen — woran auch die kurzen Zeiten seiner „Arbeitsfähigkeit“ nichts ändern — solange nicht eine Verbesserung des Parlamentes zu

stande gebracht ist. Das Geheimnis des österreichischen Reichsrats ist das Wahlsystem, das kein anderes Parlament hervorbringen kann als dasjenige ist, an dem die bürgerlichen Kurpfalzer seit nun sechs bösen Jahresjahren ihren Sitz haben. Ohne fundamentale Veränderung der Thatsachen, aus denen sich das Parlament bildet, ist ein wirklicher Fortschritt in Oesterreich unmöglich. Die Wahlreform ist nicht zu umgehen.

Deshalb hat es auch so wenig Interesse, Vermutungen über die nächste Zeit anzustellen. Im Grunde genommen lebt jetzt Oesterreich von der ungarischen Krise. Weil dort der Kampf um die Magyarisierung der Armee das Parlament so lange und so völlig in Anspruch nimmt, ist nun der ungarische Reichstag, der in den Dingen des wirtschaftlichen Dualismus sonst prompte Arbeit liefert, mit dem sabelhaften Ausgleich in Rückstand geraten — und deshalb wurde die Frage nicht aktuell, wie in Oesterreich der Ausgleich gemacht werden soll, wenn sich das Parlament dauernd als arbeitsunfähig erweist. Aber so wenig noch heute abzusehen ist — trotz der Abstraktion der Unabhängigkeitspartei — wann im künftigen Reichstag das Reformgesetz, dessen „Generaldebatte“ über zwei Paragraphen nun ein volles Jahr dauert, fertig werden wird, so ist doch sicher, daß der am vorigen Silvester zwischen den Regierungen perfekturierte Ausgleich in Ungarn früher erledigt sein wird als in Oesterreich, wo ihn nicht bloß eine Obstruktion bedroht, sondern so auch für ihn keine Majorität vorhanden ist. Was aber dann und vor allem: Wie lange kann Oesterreich warten? Der vor einem Jahre geschlossene Handelsvertrag mit Italien wird jetzt, unter Ach und Schach, auf ein paar Monate „provisorisch“ erneuert, für wirtschaftliche Verträge fehlt es aber an der unerlässlichen Voraussetzung: an dem neuen Zolltarif. Mit Dank mußte in der österreichischen Delegation anerkannt werden, daß nur der Umstand, daß Deutschland den abgelaufenen Vertrag nicht gekündigt hat, die Monarchie vor den schlimmsten Verwicklungen bewahrt. Aber die Verträge sind abgelaufen und ihre inneren Verhältnisse können die Auslandsstaaten jeden Tag zur Kündigung zwingen. Was dann? Im Reichsrat steht die Sache am alten Fleck: daß die Gezeiten eine nationale Eroberung machen wollen, bevor sie auf ihre Obstruktion verzichten. Wohl hat ihnen Koerber erklärt, daß die Obstruktion auch die Obstruktion ihrer nationalen Forderungen ist, und der Kaiser wiederholte das Wort noch in zugefügter Fassung: „Mit Obstruktion werden Sie nichts erreichen“, sagte er bei dem Empfang der Delegierten zum Jungespanischer Kammer. Aber wenn es auch wahr sein mag, daß sich die Jungespanier mit ihrer Obstruktionspolitik in eine Sackgasse berrannt haben und wenn es auch sicher ist, daß ihnen die Obstruktion alles andre denn Freude macht: die ganze Partei, die noch dazu ein ganzes, mit Versprechungen gesättigtes, von Hoffnungen erregtes Volk repräsentiert, ist kaum in der Lage, begangene Fehler von einem Tag auf den andern „gutmachen“ und ihre politische Stellung nur nach Erwägungen der Vernunft einzurichten. Die Hoffnung auf diese Aenderung ist dennoch Herrn v. Koerbers ganzer politischer Plan. Wie ungewiß also die nächste Zukunft ist, kann leicht ersehen werden.

Die politische Bilanz des Dualismus in diesem Jahre ist also einfach furchtbar. In Ungarn wird das ganze Jahr ohne verfassungsmäßige Genehmigung regiert; das sonst so stolze ungarische Parlament ist durch die Obstruktion aus den Fugen geraten und der Staat ist ex lex — außerhalb des Gesetzes. In Oesterreich wird der ordentliche Lauf der Verwaltung nur durch das mechanische Mittel des Verfallungsbruchs erhalten, ja selbst die Delegationen mußten zu dem Notbehelf eines Provisoriums für den gemeinsamen Vorschlag greifen. Allerdings vollzieht sich Entwicklung und Entfaltung auch ohne die Kruden, die der Parlamentarismus liefert, und diese Erwägung ist, die die Arbeiterklasse dieser ungeliebten Staaten mit Mut und Entschlossenheit erfüllt und sie ohne Verzagen den kommenden Tagen entgegenblicken läßt. Untröstlich ist's zwar allerwärts — aber wenn die Arbeiterklasse ihrer Ziele bewußt bleibt, wird sie den Weg aus dem Wirrwirr nicht verfehlen.

Partei-Nachrichten.

Die Revisionisten an der Arbeit. Diese vom Genossen v. Elm für einen Artikel der „Socialistischen Monatshefte“ geschickte Ueberschrift ist der „Vossischen Zeitung“, so lieblich erschienen, daß sie sie sofort mit Beschlagnahme und für einen Artikel kündigt hat, in dem sie eine ganze Reihe von Artikeln des Januarheftes der „Monatshefte“ mit breitem Behagen ausschleift. Den Artikel v. Elms behandeln wir an anderer Stelle des Blattes heute ausführlicher. Den Artikel des Genossen Bruhns über die preussischen Landtagswahlen, der gleichfalls von der „Vossischen Zeitung“ verarbeitet wird, werden wir in einer der nächsten Nummern erörtern. Nur sei heute schon gegenüber der „Vossischen Zeitung“ bemerkt, daß Bruhns ausdrücklich am Schluß seines Artikels die Meinung vertritt, es liege keine berechtigte Veranlassung zur Unzufriedenheit mit den Erfolgen unserer Beteiligung an den Landtagswahlen vor.

In dem Revisionsrat der „Vossischen“ dürfen David und Bernheim nicht fehlen. David beginnt eine Artikelserie unter dem Titel „Die Eroberung der politischen Macht“. Der vorliegende erste dieser Artikel ist lediglich eine Darstellung der Entwicklung von Aufschwüngen über den Weg der Eroberung der politischen Macht gewidmet, ohne eigene Ansichten des Verfassers darüber auszusprechen; die Ausführung des Artikels durch die „Vossische Zeitung“ trägt sich allein an den Namen David, und ähnlich ist es mit Bernheims Artikel, der — hauptsächlich die formalen und äußerlichen einer Progrez. Revision erörtert. Es liegt für uns noch kein Anlaß vor, diese Artikel zu erörtern oder zu citieren. Wenn der „Vossischen“ der Artikel gar so lieblich reviditionistisch duften, so wird sie gewiß niemand hindern, sie ganz abzudecken. Es müßte ihr doch daran liegen, für diesen von ihr so schon reviditionistisch gereinigten Socialismus recht eifrig Propaganda zu machen.

Von der Parteipresse. Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“, ein Wochenblatt, das in Gießen erscheint, begibt die Feier des zehnjährigen Bestehens. Die „Kordia“, ein als Wochenblatt erscheinendes Hofblatt der „Norddeutschen Volksstimme“ in Pant, hat ihr Erscheinen eingestellt. An ihrer Stelle werden die Leser jetzt das Tagesblatt besuchen. Sie hat einst unter dem Socialisiergenie in ganz Deutschland Verbreitung gehabt und gegen 22 000 Abonnenten gefunden. Sie räumt nunmehr der Tageszeitung den lange trefflich ausgefüllten Platz.

Die „Vollzeitung“ in Düsseldorf wird seit dem 1. Januar in eigener Druckerei in Firma Wallbrecht u. Co. hergestellt. Aus der Redaktion der Erfurter „Tribüne“ ist der Genosse Pape ausgeschieden. An seine Stelle trat Genosse Michaelis, bisher Revisor des Blattes und Vertrauensmann der Partei.

Die Stuttgarter Gemeinderatswahlen, die einen für unsere Partei so wenig befriedigenden Ausgang hatten, werden jetzt in der „Schwäbischen Tagwacht“ ausführlich besprochen. Bekanntlich steht die Sache in Stuttgart bei den Gemeinderatswahlen so, daß zwar unsere Genossen fast die stärkste Partei sind, wenn man die bisherigen bürgerlichen Parteien nach den Gruppen betrachtet, in die sich selbst äußerlich scheiden, daß aber diese Parteien einander doch so nahe stehen, um sich leicht zu vereinigen und dann noch erheblich stärker sind wie die Socialdemokratie. Die mit der Socialdemokratie verbündete gewesene Volkspartei ist sogar nicht einmal halb so stark wie wir, hat aber trotzdem dank unserer Hilfe ihre Kandidaten durchgebracht, während unsere Kandidaten bis auf einen in der Minderheit blieben. Dieses Resultat wird nun in den Stuttgarter Parteikreisen sehr lebhaft besprochen und wenn die Genossen den Thatsachen klar ins Gesicht sehen und die richtige Lehre aus ihnen ziehen, dann ist die Niederlage nicht allzu sehr zu bedauern. Daß nicht bloß das Erfordernis der Bürgerrechts-Erwerbung und einige kleinere äußere Mängel, die in der „Tagwacht“ erörtert werden, die Schuld tragen, das enthält der Artikel der „Tagwacht“ ganz deutlich. Sie sehr schreibt am Schluß ihres ausführlichen Artikels:

Vor einer Reihe von Jahren hat man es bei den Gemeinderatswahlen mit Wählerversammlungen versucht, die sich nicht lohnten. Inzwischen ist aber das Interesse der Arbeiter an den Gemeinderatswahlen bedeutend gewachsen, und ein erneuter Versuch

mit der Versammlungsagitation wäre erwägenswert. Daneben sollte auch die Flugblattagitation nicht ganz vernachlässigt werden. Rätzlich muß in den Versammlungen sowohl wie in den Flugblättern ein kerniges Wort über die wichtigsten Fragen der Gemeindepolitik gesprochen werden, mit allgemeinen Wendungen darzutun, daß die Wähler nicht die „wirtschaftlich reaktionären Gruppen“, sondern die Vereinigung von Socialdemokratie und Volkspartei unterstützen sollen, ist weder ein wirksames Flugblatt, noch eine Versammlungstede zu fällen. Den Wählern muß gesagt werden, warum sie so und nicht anders wählen sollen. Die Unterschiede der praktischen Nathepolitik der Socialdemokratie und der übrigen Parteien müssen an konkreten Beispielen aufgezeigt werden. Damit kommen wir freilich an einen heißen Punkt. Verstehen doch nicht nur zwischen unseren kommunalpolitischen Bestrebungen und denen der Reichsparteien, sondern auch zwischen uns und denen der Volkspartei große Unterschiede. Dazu kommt, daß die Volkspartei in den letzten Jahren auf dem Stuttgarter Rathhaus die herrschende Partei war und wir allen Grund haben, für so manche Beschlüsse der Rathhausmehrheit die Verantwortung allein ihr zuzuschreiben. Einer Aufhebung der Gegenseite aber steht die noch weit verbreitete Annahme im Wege, daß unser Zusammengehen mit der Volkspartei lediglich aus politischen und nicht vornehmlich aus rechtlichen Gesichtspunkten erfolge. Gewiß, es wird weniger selten vorkommen, daß Socialdemokraten und Volksparteiler, als daß Socialdemokraten und Deutscherpartei oder Konserbative in einer Sache gemeinsam stimmen, und darum liegt es am nächsten, daß Socialdemokratie und Volkspartei ihre Wählerstimmen zusammenführen, um die von keiner von beiden allein zu erlangende Mehrheit gemeinschaftlich zu erzielen; aber es geht doch auch sehr zahlreiche Fälle, in denen auch die Volksparteiler den bescheidensten Forderungen unserer Partei sich widersetzen, und darum muß trotz dem gemeinschaftlichen Wahlschicksal den Wählern gesagt werden, daß sie gerade zur Stärkung der Socialdemokratie und keiner andern Partei beitragen sollen. Das ist in den diesjährigen Wahlen weniger als je zu geschehen. Hierin liegt eine bedenkliche Erscheinung der Wahlbewegung. Ein Zusammenwerfen unserer Stimmen mit denen einer gegnerischen Partei zu einem bestimmten, von uns allein nicht zu erreichenden Zwecke kann uns, wo das Wahlerfahren dazu nötig, dann nicht schaden, wenn wir uns nicht verpflichtet halten müssen, unsern eignen Charakter zu verleugnen und die Sünden der Gegner zu beschönigen. Von dieser Auffassung gingen sowohl unsere preussischen Genossen aus, als sie nach schärfstem Kampfe mit dem Reichsrat sich zu Vereinbarungen mit ihm in einigen Landtagswahlbezirken bereit erklärten, wie auch unsere bairischen Parteigenossen, als sie mit ihrem schärfsten Feinde, dem Centrum, ein Wahlbündnis trafen. Wenn wir aber des Wahlbündnisses halber loben sollen, was beurteilt werden muß, so ist der moralische Schaden der Bündnisse unergreiflich größer als der scheinbare Augenblickserfolg. Wir sind der Meinung, daß sich zwei Parteien, unbeschadet eines Wahlbündnisses sachlich und deutlich sagen können, was sie auf dem Herzen haben, und könnten Beispiele dafür anführen, daß diese Thatsache sich schon bewährt hat. Wer aber andere Meinung ist, thut im Partei-Interesse gut, von jedem Kompromiß abzuraten, denn der blanke Schid unserer Partei muß uns mehr wert sein als einige Gemeinderatshefte.

Also, es ist keine Versammlungsagitation getrieben worden und keine Flugblattagitation, und statt einer entschiedenen socialdemokratischen hat man eine Kompromisspolitik bei den Wahlen getrieben, statt socialdemokratische Arbeiterforderungen zu erheben, deren auch in der Gemeinde recht viele geltend zu machen sind, empfahl man die socialdemokratischen Kandidaten als „edle und rechte Vertreter des kleingewerblichen Mittelstandes“ und beschönigte die Sünden der völksparteilichen Bundesgenossen. Und der Erfolg dieser Politik, der Erfolg der „Zusammenführung der Wählerstimmen“ war nicht einmal der Augenblickserfolg eines oder einiger Mandate.

Auf diesem Wege dürfen die Stuttgarter Parteigenossen nicht weiter gehen, er führt in den Sumpf.

Grimmischen unterm Belagerungszustand. Die erste Auflage der unter diesem Titel im Kommissionsverlage der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Broschüre ist bereits vergriffen. Die Schrift enthält eine Darstellung der Ursachen und der Geschichte der Auslieferung von G. Schöpflin; einen Artikel: „Der Streik als Klassenkampf“ von F. Mehring; ein Bild aus dem Streikleben: „Wir halten aus“ von E. Rosenow; ein Gedicht von Clara Müller; „Den Ausgesperrten“ und ein Schlußgedicht von R. Labant. Die Darstellung ist unterstützt durch charakteristische Illustrationen, die auch in Grimmischen“ aufgenommenen Photographien gezeichnet sind. Der Einzelpreis ist 15 Pf. Bei Parteibezug Rabatt. Der Ueberschuss aus dem Verkauf der Broschüre wird den Ausgesperrten überwiesen. Bestellungen werden umgehend erbeten und sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69.

Der holländische Socialdemokratische Studienklub, der am vorigen Sonntag zu Amsterdams seinen allgemeinen Kongress abhielt, hat eine sehr rege und fruchtbare Thätigkeit entfaltet. Die im Jahresbericht mitgeteilt wurde, sind von den 24 Vorlagen, die zur Zeit des vorigen Kongresses noch in Arbeit waren, 20 erledigt, darunter eine Enquete über den Zustand des privaten Unterrichtswesens, worüber dem Parteivorstande Bericht erstattet wurde, und eine Untersuchung über die Arbeitergenossenschaften im Auslande, deren Ergebnis in „De Nieuwe Tijd“ veröffentlicht wurde. Zu den noch nicht erledigten Vorlagen gehört auch eine Enquete über die Arbeitszeit. Hierzu sind von ungefähr 70 Verufen 210 Antworten eingegangen. (Der Kongress beschloß, daß der in Arbeit befindliche Bericht gedruckt herausgegeben werden soll.) Es sind, außer den erwähnten, 43 neue Vorlagen in Arbeit genommen worden, davon fünf auf Initiative des Vorstandes, die andern infolge von Anfragen; unter diesen: acht von der Kammerfraktion, einer vom Partei-Vegan, drei vom Parteivorstand, zwei von Gewerkschaften und zwei von ausländischen Parteigenossen. Unter diesen 43 Vorlagen, wovon acht noch in Arbeit sind, befinden sich unter andern Berichte über die Arbeiterbewegung (für das Internationale Socialistische Bureau), über die Wirksamkeit der Arbeitervereine, die Organisation der Apotheker-Genossenschaften im Auslande und über die ausländische Gesetzgebung auf verschiedenen Gebieten. Der Kongress beschloß, sodann einige Änderungen des Reglements, wonach in Orten außerhalb Amsterdams örtliche Kommissionen des Studienklubs errichtet werden können, soweit ein Bedürfnis hierfür vorliegt. Als Funktionäre des geschäftsführenden Vorstandes („Het dagelijkse bestuur“) wurden gewählt: Vorsitzender Th. van der Waerden, erster Sekretär und Kassierer G. Mannoury, 2. Solmersstraat 68, Amsterdam, zweiter Sekretär J. Buys.

Aus Industrie und Handel.

Kaufmannsgerichte. Die Hamburger Handelskammer beschäftigt sich in ihrem eben erschienenen letzten Jahresbericht auch mit der Errichtung von Kaufmannsgerichten, gegen die sie schon früher Stellung genommen hat. Sie motiviert diese Haltung in folgender kuriosen Weise:

Wir haben Gelegenheit gehabt, und uns dabei entschieden gegen die in Aussicht genommene Regelung ausgesprochen. Hierzu bedrohen uns zunächst prinzipielle Bedenken gegen jede weitere Ausdehnung der Sondergerichtsbarkeit, für die wir in diesem Falle ein Bedürfnis nicht anerkennen können, weil wir der Ansicht sind, daß Schnelligkeit und Billigkeit der Rechtsprechung im Interesse nicht nur der kaufmännischen Angestellten, sondern aller Bevölkerungskreise liegen und daß die Verwirklichung dieser Wünsche demnach zu einer entsprechenden Umgestaltung des allgemeinen, speciell des ordentlichen, Prozeßverfahrens führen sollte, nicht aber zur Errichtung eines Sondergerichts für eine Klasse der Bevölkerung. Vor allem spricht gegen die geplante

Maßnahme die Erwägung, daß von der Erziehung und der Tätigkeit der Kaufmannsgerichte unheilvolle Wirkungen auf das bisher im allgemeinen gute Verhältnis zwischen Prinzipalen und Angestellten zu erwärtigen sind. Schon die Weisgerewohnen, die noch dem Entwürfe durch unmittelbare Wahl der Prinzipale bzw. der Angestellten erfolgen sollen, werden Anlaß zu Agitationen geben, bei denen erfahrungsgemäß gerade die extremsten, d. h. in diesem Falle die prinzipal-feindlichsten Richtungen am lauteften zu Worte kommen. Werden gar Vertreter dieser Richtungen zu Weisgeren gewählt, so werden dieselben sicherlich die dem Kaufmannsgerichte in dem Entwurfe zugesprochene Befugnis zur Abgabe von Gutachten und Stellung selbständiger Urteile dazu benutzen, die Institution zum Tummelplatz ihrer Bestrebungen zu machen. Bezeichnend in dieser Beziehung ist es, daß die Begründung der Regierungsvorlage die geplante Institution an einer Stelle ausdrücklich als „eine unmittelbare Vertretung der besonderen Interessen der Handlungsgehilfen“ bezeichnet. Von der Tätigkeit eines derartigen „Gerichts“ ist kein Vorteil für die Rechtsprechung, vielmehr nur eine Untergrabung der Beziehungen zwischen kaufmännischen Prinzipalen und ihren Angestellten zu erwarten, auf deren gedeihlichem Zusammenwirken die Erfolge des Handels wesentlich mit beruhen. Der Gesegentour birgt eine schwere Gefahr für den gesamten Kaufmannsstand in sich und die Handelskammer kann daher schon aus diesen allgemeinen Erwägungen, abgesehen von verchiedenen gegen Einzelheiten des Entwurfs zu erhebenden Bedenken nicht ernstlich genug vor dem Erlaß derartiger gesetzlicher Bestimmungen warnen.

Deutlicher ist noch nie verstanden worden, daß es sich für die Herren Prinzipale um nichts anderes handelt, als von ihren Angestellten jegliche Agitation fernzuhalten und sie vor dem Einfluß der „prinzipalfeindlichen Richtung“ zu schützen. Daß in der Begründung der Regierungsvorlagen von einer Vertretung der besonderen Interessen der Handlungsgehilfen gesprochen wird, ist den kaufmännischen Kreisen schon ein Grenz. Wie kann ein Handlungsgehilfe sich herausnehmen, andere Interessen als die seines Herrn Chefs haben zu wollen. Wie bei den Jhr- und Prigewisse der Mensch erst beim Lieutenant oder Rittergutsbesitzer anfängt, so bei den Hamburger Handelsherren erst bei jenen Sterblichen, die ein eignes Bankkonto besitzen — und zwar muß es ein Bankkonto bei der Norddeutschen Bank, der Kommerz- und Diskontobank, der Filiale der Deutschen Bank, der Reichsbank, der Dresdener Bank oder zum mindesten der Hamburger Vereinsbank sein — die anderen Geldinstitute zählen nicht mit. Noblesse oblige.

Zur Lage des Baumwollmarktes bringt der soeben erschienene Jahresbericht der Bremer Handelskammer — Bremen ist beinahe die deutsche Hauptmarkt für Rohbaumwolle — folgende Auslassung: „Die neue amerikanische Ernte wird voraussichtlich leider, trotz einer starken Vermehrung der Anbaufläche, wieder ein quantitativ ungünstiges Resultat liefern; die Schätzung der amerikanischen Regierung bewegt sich unter 10 Millionen Ballen, und wenn dies auch reichlich tief gegriffen sein dürfte, so ist doch zu befürchten, daß auch im Jahre 1904 der Konsum sich Einschränkungen wird auferlegen müssen. Unter dem Eindruck dieser Schätzung fanden in den letzten Wochen bei sprunghaft in die Höhe gehenden Preisen enorme Umsätze statt; die amerikanische Spekulation hat von neuem lebhaft eingesetzt und beherrscht einseitig die Situation. Bei der Knappheit an amerikanischer Baumwolle hat sich der Verbrauch von ostindischer Baumwolle aus dem Kontinent bedeutend gehoben, viele Spinnereien sind dazu übergegangen, sie zum Weimischen zu verwenden. Vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1903 wurden von Bombay nach dem Kontinent 932 000 Ballen exportiert, gegen 492 400 Ballen im Vorjahre. Für das neue Jahr steht wieder eine gute Versorgung in Aussicht, und kontinentale Spinnereien haben bereits bedeutende Posten ostindischer Baumwolle neuer Ernte gekauft; es ist aber nicht außer acht zu lassen, daß auch Japan und China stärker als Käufer auftreten, und daher voraussichtlich weniger Baumwolle für den Export von Indien nach Europa frei werden dürfte als im vergangenen Jahre.“

Produktionseinschränkung des Walzdraht-Syndikats. Es mehren sich die Nachrichten aus den verschiedenen Zweigen der deutschen Eisenindustrie über Herabsetzungen der Produktionsziffern für die nächsten Monate: ein Beweis dafür, daß man in den betreffenden Produzentenkreisen auf weitere Abnahme des Exports rechnet. Auch der geschäftsführende Ausschuß des Walzdraht-Syndikats beschloß, die „Röhmische Vollzeitung“ meldet, für das erste Vierteljahr des Jahres 1904 eine Produktionsbeschränkung vorzunehmen. Sie beträgt 5 Proz. für Thomasfusseisen, Puddelwalzdraht und für Spezialwalzdraht Gruppe 1 und Gruppe 2, dagegen 3 Proz. für Spezialwalzdraht Gruppe 3.

Der amerikanische Stahltrakt hat abermals eine Lohnreduktion vorgenommen. Er schloß die Löhne der Beamten und Arbeiter auf den Werken in Homestead und Duquesne um 10 Proz. herab. Dadurch soll eine Ersparnis von 12 Millionen Dollar jährlich erzielt werden.

Gewerkschaftliches.

Crimmitschau.

Der Kampf dauert fort!

Zwar hat Herr Professor Böhmert seine Hoffnung auf Beilegung des Konfliktes noch immer nicht aufgegeben. Worauf er sie aber noch gründet, ist merkwürdig, nachdem ihm von dem Fabrikantenverband ein recht energisches Schreiben zugegangen ist, in dem er „gebeten“ wird, allen Zeitungsnotizen entgegenzutreten, die noch von einem Erfolg der Böhmert'schen Bestrebungen zu melden wissen. Die Herren erklären, daß sie eine Verkürzung der Arbeitszeit nur dann eintreten lassen könnten, sobald die mit ihnen in Wettbewerb stehenden Städte ein Gleiches thun. Die Fabrikanten dieser Orte aber machen sie wieder mit dem Hintertisch scharf, daß auch sie den Arbeitern den Zehnstundentag bewilligen müßten, wenn dies in Crimmitschau geschehen sei. So hebt also thatsächlich ein Argument das andre auf. Das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, erklären die Fabrikanten aus irgend welchen geheimnisvollen, Herrn Prof. Böhmert mündlich mitgeteilten Gründen für ausgeschlossen. Diese Gründe sind offenbar so fadenscheinig, daß sie lediglich deswegen das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben.

Die „Post“ sagt:

„Der „Vorwärts“ weist den Vorschlag als „Utopie“ und als indiskutabel zurück, weil die Verhältnisse in der Crimmitschauer Textilindustrie derart schlecht seien, daß kein Unternehmen nur eine Stunde lang zu solchen Bedingungen produzieren könne. Man sieht also recht wohl ein, daß die extravagantesten Forderungen der Arbeiter nicht zu verwirklichen sind; man will aber die Fabrikanten einfach ruinieren.“

Diese freche Fälschung soll den Anschein erwecken, als hätte der „Vorwärts“ geschrieben, kein Unternehmer könne eine Stunde lang zu den Bedingungen produzieren, welche die Arbeiter forderten. In Wirklichkeit schreiben wir in unserer Nr. 303 vom 30. Dezember:

„Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in der Crimmitschauer Textilindustrie derart schlecht, daß kein von Arbeitern selbständig oder auch nur verantwortlich geführtes Unternehmen eine Stunde lang zu solchen Bedingungen produzieren dürfte.“

Also: Kein Arbeiterunternehmen kann nach dem „Vorwärts“ eine Stunde lang zu den Arbeitsbedingungen der Unternehmer produzieren, weil diese so himmelschreiend elend, so unsozial sind, daß Arbeiter es vor ihrem Gewissen nicht verantworten könnten, diese Lohn- und Arbeitsbedingungen beizubehalten!

Durch Streichung der fettdruckten Worte und Umstellung von „mir“ und „Unternehmen“, also durch eine recht komplizierte und wohlüberlegte Handlung kehrt die „Post“ die Worte des „Vorwärts“ ins Gegenteil um. Eine bewusste Fälschung.

Verbote

wurden wiederum fünf Versammlungen der Ausgesperrten, die nach Schindl einberufen werden sollten. Die altenburgischen Behörden wollen durchaus in das vernichtende, die sächsischen Behörden treffende Urteil eingeschlossen sein. Die altenburgischen Behörden haben nicht einmal den Schein zu ihren Gunsten; bei ihnen ist es einfach Gefälligkeit gegenüber dem stärkeren Nachbar.

Aus der Blutgeschichte der sächsischen Textilindustrie.

Zu diesem Kapitel schreibt man uns noch: Daß die sächsischen Textilindustriellen es immer gewesen sind, welche in der Textilbranche allen sozialpolitischen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter feindlich gegenüberstanden, läßt sich allen Ablegungen der reaktionär-antisemitischen sächsischen Presse zum Trotz allemählig feststellen. Die Crimmitschauer Webwaren-Fabrikanten, die von jeher in den sogenannten „Fabrikantenvereinen“ das große Wort führten und die in ihrer „Denkschrift“ sich soviel auf ihre Arbeiterfürsorge einbilden, mögen sich dies besonders merken. Hier sind die Dokumente: Am 4. Januar 1884 fand in Leipzig eine Delegiertensammlung des „Centralvereins der deutschen Wollwarenfabrikanten“ (Vorsitzende der antisemitische Landtags-Abgeordnete Buchwald-Großenhain und der Tuchfabrikant Döhler-Crimmitschau) statt. Herr Gustav Müller-Crimmitschau hielt einen Vortrag und verlangte, daß für die jugendlichen Arbeiter eine elfstündige Arbeitszeit gefordert werde. Derselbe Verein tagte am 18. Mai 1887 in Pöthen und beschloß nach einer Beratung über die Anträge auf Erweiterung der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, sich den Anträgen des Centralverbandes deutscher Industrieller gegenüber den auf Erweiterung der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung gerichteten Bestrebungen anzuschließen. (Diese Anträge waren natürlich gegen die Erweiterung der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung gerichtet.)

Am 7. Oktober 1888 empfiehlt Herr Buchwald-Großenhain auf einer Versammlung in Görlitz, daß die bisherige Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter innegehalten werde. Am 3. bis 5. Mai 1891 war man in Forst zusammen. Hier wurde beschloffen, dem Reichstage eine Petition zu unterbreiten, daß jugendlichen Arbeitern, die über ihr körperliches Wohlbefinden ein ärztliches Zeugnis beibringen können, eine elfstündige Arbeitszeit gestattet werden könne. In der am 11. April 1893 in Leipzig abgehaltenen Versammlung führten der bekannte Herr Buch-Görlitz und der Tuchfabrikant Otto Ulrich-Werdau (beinahe ein Nachbarort von Crimmitschau) das große Wort. Der letztere beantragte eine Petition an den Reichstanzler, den jugendlichen Arbeitern im Alter von 14—16 Jahren eine tägliche Arbeitszeit von elf Stunden zu gestatten. Daß sich auf der im Jahre 1899 in Kotbus abgehaltenen Versammlung die Herren, die in ihrer Mehrheit wieder aus sächsischen Textilindustriellen bestanden, für die Juchthausvorlage aussprachen, versteht sich wohl von selbst. Geleitet wurde die Arbeiterfürsorge der Herren Buchwald, Döhler, Ulrich und Genossen noch in den letzten Jahren durch ihre energische Unterstützung einer von Chemnitz (Schaffen immer voran) ausgehenden Petition an den Reichstanzler gegen die Beschränkung der Frauenarbeit, wodurch die Textilindustrie geradezu vernichtet werden würde!

Jetzt aber kommen die Herren und vertreiben die Zehnstundentagkämpfer heuchlerisch auf die Gesetzgebung, um nachher selbstverständlich jede soziale Bewegung in der Gesetzgebung ebenso wieder zu hinterreiben, wie sie es bisher gethan und wie sie es der gewerkschaftlichen Forderung ihrer Arbeiter gegenüber jetzt zu thun beabsichtigen.“

Berlin und Umgegend.

Neue Einigungsverhandlungen aus Anlaß des Droschkentufschers-Streiks

sollen am Montag vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts stattfinden. Die Anregung hierzu ging vom Gewerbegerichts-Direktor v. Schulz aus, der durch den Gewerkschaftssekretär Rörsten bei den Vertretern beider Parteien anfragen ließ, ob sie zu Verhandlungen geneigt seien. Die Versammlung der Fuhrherren, die gestern nachmittag im „Prälaten“ tagte, erklärte sich bereit, eine Kommission zu diesen Verhandlungen zu entsenden. Jedoch soll auf der Grundlage verhandelt werden, daß den Kutschern lediglich 40 Prozent der Einnahmen gewährt werden, daß sämtliche Sperrten sofort aufgehoben werden und daß die während des Ausstandes eingestellten neuen Kutscher nicht entlassen werden müssen. Diese Bedingungen wurden einstimmig gefaßt. Die Verhandlungskommission soll dem Einigungsamt eine genaue Aufstellung über die Lufosten, die dem Fuhrherrn aus seinem Betrieb erwachsen, vorlegen, um zu beweisen, daß die Forderungen der Kutscher unerfüllbar sind. In der Versammlung wurde ferner mitgeteilt, daß sich 120 neue Arbeitswillige gemeldet hätten und 30 neue Fuhrscheine erhalten hätten. Die Polizei, so wurde weiter ausgeführt, gehe in dieser Hinsicht nicht so schroff vor; wenn sie nur sähe, daß einer fahren könne, nähme sie es mit Kleinigkeiten nicht so genau. Im übrigen behaupteten mehrere Redner, daß die Mittel der Streikenden erschöpft seien, was nach Angaben der Streikleitung aber durchaus nicht der Fall ist. — Nur selten Zeit wie die Fuhrherren hielten auch die Droschkentufschers eine Versammlung ab. Hier wurde fast einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Rellers Festsaal tagende Versammlung beschließt, den Vorstand des Vereins der Berliner Droschkentufschers sowie das Agitationskomitee zu beauftragen, eine Kommission zu wählen, welche am Montag vor dem Gewerbegericht verhandeln soll und eventuell endgültige Abmachungen treffen kann.“

Zum Fall Menzel erhalten wir vom Vorstande des Verbandes der Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter folgende Zuschrift: Wir erklären die Behauptung der „Nachzeitung“ (Nr. 52), daß Menzel in der gemeinsamen und niederträchtigen Weise seitens des Maschinenarbeiter-Verbandes versetzt wurde und kein Mittel zu schlecht war, um den Mann wieder und wieder außer Arbeit zu bringen, für eine niederträchtige Lüge in Wahrheit! Das in den beiden „Vorwärts“-Notizen Gesagte entspricht völlig den Thatsachen.

H. e. m. J. a. e. d., Vorsitzender.

Charlottenburg. Laut Bekanntmachung des Magistrats werden die diesjährigen Gewerbegerichtsahlen am 25. Januar d. J. vollzogen. Zweck Aufstellung der Kandidaten findet am Mittwoch, den 6. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Volksbörse eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Am Tage der Wahlung erstreckt der Wahlausschuß der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Wahlung, Schneberg!

Am Sonntag, den 9. Januar 1904, finden nachmittags von 4—8 Uhr in unserm Orte die Neuwahlen der Weisger zum Gewerbegericht statt.

Die Antragsteller bei den verfloffenen Wahlen haben es beliebt, daß nicht wie bisher in einem, sondern in fünf Wahllokale gewählt wird.

Nachgehend für den Umfang der fünf Bezirke sind die Polizeireviere.

Durch diese Teilung ist es jedem Arbeiter möglich geworden, sein Wahlrecht ausüben zu können.

Wir halten es daher für die Pflicht aller wahlberechtigten Arbeiter unseres Ortes, am genannten Tage ihre Stimmen für die noch aufzustellenden Kandidaten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Schnebergs abzugeben.

Am Sonntag, den 3. Januar, früh 7 1/2 Uhr, findet zum Zwecke der Agitation für die Gewerbegerichtsahlen eine Flugblatt-Verbreitung statt und eruchen wir die Genossen, sich rechtzeitig in folgenden Lokale einzufinden zu wollen: 1. Bezirk: Hohenstaufenstraße 79 bei Ständer; 2. Bezirk: Schiffhäuserstr. 10 bei Schilling; 3. Bezirk: Brunnenwallstr. 110 bei Krüger; 4. Bezirk: Reberburgerstraße 7 bei Döring; 5. Bezirk: Weiningerstr. 8 bei Loh; 6. Bezirk: Kaiser Friedrichstr. 8 bei Portemann; 7. Bezirk: Hohenstaufenstraße 20 bei Reimer; 8a. Bezirk: Chemnitzstr. 10 bei Hoffmann; 8b. Bezirk: Sedanstr. 60 bei Hauser; 9. Bezirk: Magstr. 25 bei Hoffmann; 10. Bezirk: Sponholzstr. 34 bei Roll.

Soziales.

Der allgemeine Krankenkassenkongress am 25. Januar, der sich lediglich mit den Forderungen der Ärzte beschäftigten soll, wird am genannten Tage im Restaurant Sandouci in Leipzig eröffnet werden. Der Kongress hat für das gesamte Krankenkassenwesen erhebliche Bedeutung. Es handelt sich um eine Auseinandersetzung der Krankenkassen mit einer sehr großen Anzahl organisierter Ärzte, die den Krankenkassen Lasten auferlegen wollen, denen diese mit den gegenwärtigen Mitteln nicht gewachsen sind.

Das hat die Kassen aller Formen in Bewegung gebracht und auf dem Leipziger Kongress werden Orts-, Betriebs- und Freie Hilfskassen zahlreich vertreten sein.

Der Vorstand des Verbandes der freien Krankenkassen fordert alle ihm angeschlossenen Kassen unter Hinweis auf die Wichtigkeit des Kongresses zu vollständiger Besichtigung derselben auf.

In Magdeburg haben bei verschiedenen Klassen sämtliche Ärzte die Kündigung eingereicht. Das gleiche thaten sämtliche Ärzte der Leipziger Ortskassen.

Eine Schneiderinnenschule.

Daß vor dem Abschluß der mündlichen Lehrverträge auf das eifrigste zu warnen ist, beweist folgender Fall: Die Schneiderin Frau Sommerfeldt in Berlin verlegt sich bei Ausübung ihres Berufes zugleich auf die Ausbildung von Schneiderinnen. Sie läßt sich ein Lehrgeld zahlen und verspricht dafür die Ausbildung der „Schülerin“ zur perfekten Schneiderin innerhalb eines bestimmten Zeitraumes. Vor dem Gewerbegericht, Kammer I, lagte nun eine solche Schülerin, die ehemalige Buchmacherin S., gegen Frau Sommerfeldt auf Herauszahlung ihres Lehrgeldes von 25 Mark. Fräulein S. machte geltend: Es sei eine Lehrzeit von sechs Monaten vereinbart worden. Nach sechs Tagen habe sie bei Frau Sommerfeldt eine Unterredung nachgehakt in der Absicht, neben der Erörterung einer andern Angelegenheit — ihre Schwester war krank — auch auf den Abschluß eines schriftlichen Vertrages zu dringen. Die Beklagte habe ihr aber die Unterredung verweigert und sie obendrein beleidigt. Beklagte weigere sich auch, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sechs Tage sei sie nur als Lehrling thätig gewesen. — Die Beklagte behauptete dagegen, die Klägerin sei nach dem sechsten Tage unter dem Vorgeben, die Schwester sei krank, ohne ihre Einwilligung weggegangen. Die Klägerin indessen hat aus einer ihrer Angaben nach beständig Kennerung den Schluß gezogen, daß Frau Sommerfeldt sie fortgeschickte.

Der Vorsitzende Dr. Leo stellte fest, daß ein schriftlicher Vertrag nicht vorliege, und hob hervor, daß der Klägerin ein Rechtsanspruch deshalb nicht zuzuliehe, da der § 1271 der Gewerbe-Ordnung bestimme: „Erreicht das Lehrverhältnis vor Ablauf der vereinbarten Lehrzeit sein Ende, so kann von dem Lehrherrn oder dem Lehrling ein Anspruch auf Entschädigung nur geltend gemacht werden, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist.“ Dr. Leo sagte demnach einen Vergleich herbeizuführen, um wenigstens der Klägerin einen Teil ihres so gut wie nutzlos ausgegebenen Lehrgeldes zu sichern. Der Ehemann der Beklagten stützte dieser etwas zu, worauf sich der Vorsitzende jede Beeinflussung der Partei energisch verbot. Frau Sommerfeldt lehnte jedoch einen Vergleich ab und beklagte sich über die Klägerin. Diese habe ihre andern Lehrlinge ausgebeutet und sich mit erbobener Hand vor sie hingestellt und gesagt: „Wehe Ihnen, wenn Sie nicht binnen sechs Monaten mit der Schneiderin beibringen.“ Der Vorsitzende bemerkte: Die Klägerin ist doch aber jetzt weg. Wollen Sie, wenn Sie sich geduldet haben, es sich von der Klägerin mit 25 Mark bezahlen lassen? Das steht ja beinahe nach einem Geschäftemachen aus! — Die Beklagte ließ sich jedoch zu keinem Vergleich bewegen, während die Klägerin zu einem solchen gern bereit war. Der Gerichtshof riet deshalb der Klägerin, mit Rücksicht auf die citierte Bestimmung des § 1271 der Gewerbe-Ordnung die Klage zurückzunehmen, was sie dann auch that.

Die Klagen zweier andrer Lehrdamen der Frau Sommerfeldt schweben noch beim Gewerbegericht. Leider haben auch diese keinen schriftlichen Vertrag. Einer von ihnen, die einen solchen ausdrücklich verlangt hatte, wurde die schriftliche Fixierung der Abmachungen direkt mit den Worten verweigert, daß es ja „nicht nötig“ sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 2. Januar. (W. H.) Heute früh verunglückte ein an der Brückentrampe an der Dreyer Seite angestellter Streckenwärter, indem ihm beide Beine abgefahren wurden. Der Verunglückte ist Vater von neun Kindern.

Englisch-italienischer Schiedsvertrag.

London, 2. Januar. Wie das „Reutersche Bureau“ erfährt, ist der Wortlaut des englisch-italienischen Schiedsgerichts-Vertrages im wesentlichen festgelegt worden. Der Vertrag, der nach den Grundlagen des englisch-französischen Vertrags ausgearbeitet worden ist, wird voraussichtlich in nächster Zeit unterzeichnet werden.

Beerdigung der Opfer des Theaterbrandes.

Chicago, 2. Januar. (W. T. U.) Heute wurde unter allgemeiner Teilnahme der Bevölkerung und unter dem Gesänge sämtlicher Kirchen mit der Beerdigung der Opfer des Brandes des Proquis-Theaters begonnen. Alle Geschäfte sind geschlossen; die ganze Stadt trägt zum Zeichen der öffentlichen Teilnahme Trauerkleidung. Morgen und am Montag erfolgen weitere Beisetzungen.

Montevideo, 2. Januar. (W. T. U.) Gegenwärtig macht sich in Uruguay wachsende politische Erregung bemerkbar. Die Regierung hat Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, welche auf Abschneiden von Erfolg sind. Vereinzelt Unruhen dürften leicht unterdrückt werden, doch sieht man einem geschlossenen Vorgehen der Partei der Moncos entgegen.

„Die Revisionisten an der Arbeit.“

Genosse v. Elm, der sich noch jüngst entschieden dagegen ver- wahrte, in eine der zwei Rubriken „Revisionisten“ oder „Radikale“ eingeschaltet zu werden und energisch darauf bestand, nichts als Socialdemokrat zu sein, schreibt unter dem obigen Titel im Januar-Heft der „Socialistischen Monatshefte“ einen Artikel, in dem er sich selbst zu einem „revisionistischen Standpunkt“ bekennet. Er wird sich demnach nicht wundern dürfen, wenn er auch von andern in den revisionistischen Kreis geworfen wird, namentlich nachdem, was ganz begreiflich ist, die interessierte bürgerliche Presse den Artikel im Zusammenhange mit einigen andern denselben Stoffes in ihrer Weise ausschaltet. Materiell wendet sich der Artikel Elms allerdings in der Hauptsache gegen Unterschätzung der Gewerkschafts- und Genossen- schaftsbewegung und überhaupt gegen Unterschätzung der Gegenwart- arbeit, die der Verfasser verschiedentlich gefunden zu haben glaubt. Die Art, wie er es thut, ist aber nur zu geeignet, der gegnerischen Presse zu falschen Unterstellungen sowohl ihm gegenüber als auch andern Parteikreisen gegenüber Anlaß zu geben.

Von ihm so genannten revisionistischen Standpunkt kenn- zeichnet er im Anfang so:

„Durch Evolution zur Revolution — durch fortgesetzte Demo- kratisierung und Socialisierung des Gesellschaftskörpers zur völligen Umgestaltung der kapitalistischen in die socialistische Gesellschaft: das ist, mit wenigen Worten gekennzeichnet, der Standpunkt der „Revisionisten“ in der Partei. Sie glauben nicht an das Wunder der plötzlichen „Katastrophe“, halten diejenigen, die die Massen durch diesen Wunderglauben, der in völliger Gegensatz steht zur materia- listischen Geschichtsauffassung, zu elektrisieren, zu fanatisieren suchen, nicht für wirkliche Revolutionäre, sondern sind im Gegenteil der An- schauung, daß dieser unfehlige Wahn nur lähmend auf die Thätigkeit der Arbeiter, ihre Organisationen auf allen Gebieten auszubauen, wirken muß.“

Doch der „revisionistische“ Standpunkt heute noch nicht von der Mehrheit der Parteigenossen verstanden wird, ist nur zu erklärlich. Es ist die Sehnsucht nach dem Heil, der Wunsch, möglichst bald heraus- zukommen aus der Misere der kapitalistischen Wirtschaft, unter der große Massen der Proletariat dahingeheeren, welcher sie jubelnd jeden Genossen zustimmen heißt, die ihnen verkünden, daß der große Tag der Erlösung nun in greifbare Nähe gerückt sei. „Dalten Sie uns doch nicht ständig auf mit Ihren ewigen Bedenken“, rief unter Zustimmung der Mehrheit der Genossen ein Redner in einer Ham- burger Parteiversammlung den sogenannten „Revisionisten“ zu. „Die Proletariat bejähnen längst die nötige Reife zur Leitung der wirtschaft- lichen Betriebe. Glauben Sie etwa, daß, wenn wir morgen die „Hamburg-Amerika-Linie“ übernehmen sollten, es uns an Kräften dazu fehlen würde?“ Es schneidet dem Selbstbewußtsein der Massen, wenn ihnen so ihre „Reife“ attestiert wird; wer diese Verherrlichung der Volksmajestät nicht mitmacht, ist ohne weiteres „Bringend ver- dächtigt“, die Socialdemokratie an die bürgerliche Gesellschaft an- gliedern, den Klassenkampf abschwächen oder gar ganz aufgeben zu wollen. Zum Glück für die deutschen Arbeiter lassen sich dieselben heute jedoch nicht mehr durch solchen Nihilismus abhalten, ihre mög- liche Organisationsarbeit fortzusetzen; das ebene Maß, sich gegen die Profiteure des Kapitals zu wehren, die sich den unorganisierten Arbeitern durch Lohnreduktionen, Verlängerung der Arbeitszeit ständig fühlbar macht, zwingt sie dazu.

Aber um wie viel gewaltiger mühte der Fortschritt sein, wenn die großen Massen von der klaren Erkenntnis durchdrungen wären, daß ihre Organisationen nicht nur ein Mittel sind, in der heutigen Gesell- schaft dem Kapital kleine Vorteile abzurufen, sich der schließlichen Ausbeutung durch dasselbe zu erwehren, sondern daß der Ausbau von Gewerkschaften und Genossenschaften absolut notwendig ist zur end- lichen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der Lohnsklaverei. Die Gefahr ist noch längst nicht überwunden, daß, wenn infolge eines Geschäftsrückganges die Arbeiter bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen nicht den gewünschten Erfolg haben, sie von lähmendem Pessimismus erfaßt werden und ihrer Gewerkschaft den Rücken kehren. „Es nützt ja doch nichts“ ist die bekannte Redensart dieser Mühsüchtigen. Die Kapitalisten kennen diese Schwäche der Arbeiter; sie verstehen es vor- züglich, durch den von ihnen bei Geschäftsläusen ausgeübten unerhörten Terrorismus, durch die Anwendung der Hungerpeitsche, durch Ent- lassungen, Maßregelungen der eifrigsten Gewerkschaftsmitglieder die Arbeiter in dem Gefühl ihrer schließlichen Ohnmacht gegenüber dem organisierten Unternehmertum zu bezähmen. Möglich endeten in solchen Situationen dann auch theoretische Freunde der Gewerkschaften aus dem bürgerlichen Lager, welche zur Zeit der Prosperität die Macht der Organisation gar nicht genug preisen konnten. „Grenzen der Gewerkschaftsbewegung“. Allen, erfahrenen Gewerkschaftern klingt es nur zu bekannt, wenn jene Leute jetzt plötzlich deduzieren: „Je weiter die Ausdehnung des Kapitalismus, die Vergrößerung der Be- triebe und vor allem die Organisation des Unternehmertums fort- schreitet, um so sicherer wird die ehemals so schneidige und gefährliche Waffe des Streiks in den Händen der Arbeiter stumpf“, und wenn dann weiter gesagt wird: „das Schwergewicht des gewerblichen Dampfes darf nicht mehr bei den Gewerkschaften liegen“ und schließlich die „politische Arbeitervertretung“ als alleinige Rettung vor der entsetzlichen Macht des Kapitals empfohlen wird.“

*) Vergl. Friedrich Weinhausen: „Grenzen der Gewerkschafts- bewegung“ in der „Hilfe“ vom 6. Dezember 1903.

Der Artikel polemisiert dann gegen diejenigen, die in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung nur Palliativmittel sehen, die zur Beseitigung der Lohnsklaverei ernstlich nicht in Betracht kämen. Inwiefern Gewerkschafts- und Genossenschafts- bewegung zur Beseitigung der Lohnsklaverei beitragen, das zu erörtern unterläßt Elm allerdings. Er begnügt sich mit diesem Satz:

„Die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche Thätigkeit der Arbeiter zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Macht im Verein mit ihrem Wirken in Reich, Staat und Gemeinde zur Socialisierung und Demokratisierung dieser Institutionen: das ist der Weg zum Socialismus.“

In dieser Allgemeinheit ist über Satz den keine ersprießliche Dis- kussion abweichender Meinungen möglich, da abweichende Mei- nungen innerhalb unserer Partei nur erst bei der Bewertung der einzelnen Elemente des Satzes entstehen können. Sollte Elm aber seine Wertung der einzelnen Elemente damit gegeben haben wollen, daß er der Gewerkschafts- und Genossenschafts- bewegung zuschreibt, die wirtschaftliche Macht der Arbeiter zu stärken, dann lohnte es sich wohl nicht, gegen angeblich davon abweichende Meinungen in der Partei zu polemisieren. Das wird ihm niemand ernstlich bestreiten.

Ueber die Genossenschaften, insbesondere die Konsum- vereine, sagt Elm dann allerdings im weiteren Fortgange des Artikels noch mehr. Er schreibt ihnen anscheinend die Aufgabe zu, den Handel auf eine höhere Stufe der Organisation zu heben und damit aus dem rückständigen kapitalistischen in einen socialistischen Zustand abzuführen. Geringe Wirkten die Konsumvereine in der Richtung einer höheren Organisationsform des Handels, jedoch wirken in diesem Sinne in viel stärkerem Maße, ja, wie und scheinen will, so stark, daß dagegen die Konsumvereine zur Zeit fast verschwinden, auch rein kapitalistische Unternehmungen. Von ihnen spricht Elm nicht, daß er es aber weiß, daß doch wohl bei einem so erfahrenen Manne angenommen werden und sein Artikel verrät auch, daß er diese Schwäche seiner Argumentation sehr wohl kennt. Denn nachdem er die Erfolge der englischen Genossenschafts- bewegung zahlenmäßig darstellt, sagt er selbst, daß damit nicht viel erreicht ist, wenn man sie der Gesamtwirtschaft Englands gegenüberstellt. Er giebt damit selbst zu, daß das wirtschaftliche Wirken der Genossenschaften, das in England in 60 Jahren nur dazu gelangt ist, etwa 9000 Arbeiter zu beschäftigen, auch

zur Beseitigung der Lohnsklaverei jedenfalls sehr wenig beigetragen hat. Deshalb greift er nun zu einem andern Argument und sagt, die Genossenschaften hätten „durch praktischen Anschauungsunterricht den unum- stößlichen Beweis erbracht, daß der Socialismus keine Utopie, sondern eine Kulturnotwendigkeit ist“. Nur schade, daß dieser praktische Anschauungsunterricht gerade auf die englischen Arbeiter so wenig gewirkt hat, daß sie vom Socialismus noch immer nichts wissen wollen. Elm hat zwar diesen Einwand vortweg genommen, hat ihm aber nichts weiter entgegenzuhalten, als daß er falsch sei und daß der Anschauung nicht mehr fern sei. Wir wollen hoffen, daß Elm, der hier mit einem Male in die Rolle des Propheten verfällt, die ihm sonst so wenig behagt, Recht behält mit der Voraus- setzung. Dann bliebe aber immer noch zu beweisen, welchen Einfluß der Anschauungsunterricht des Wirken der Genossenschaften auf diesen Anschauung gehabt hat. Jedenfalls haben sich die socialistischen Agitatoren in England dieses Arguments noch nicht bedient, um die Arbeiter zur Socialdemokratie zu bekehren und jedenfalls haben die deutschen Arbeiter dieses etwas umständ- lichen Beweises noch nicht bedurft, um in Millionen zur Social- demokratie zu kommen.

Auch für seine Würdigung der Gewerkschaftsbewegung hat Elm den Einwand, daß in England trotz großer, alter und harter Gewerkschaften weite Schichten der Arbeiterklasse in tiefstem Elend leben, vortweg genommen, jedoch nur, um einem eingebildeten Gegner entgegen zu treten, der angeblich daraus den Schluß ziehe, daß deshalb die ganze Gewerkschaftsbewegung, die ganze praktische Gegenwartarbeit keinen Zweck habe. Wir müssen sagen, daß Elm sich damit an eine falsche Adresse wendet. In den Kreisen, an die sich die Artikel der „Socialistischen Monats- hefte“ wenden, in Parteikreisen, gegen welche gerichtet Elms Artikel doch nun einmal bei der gegenwärtigen Sachlage in der Öffentlichkeit angesehen wird, ist uns die Behauptung noch nicht begegnet, daß die ganze praktische Gegenwartarbeit keinen Zweck habe.

Der Artikel läuft schließlich in einen Vorlesung auf die Ge- nossenschaftsbewegung hinaus und schließt:

„Allerdings Socialismus steht in diesen Genossenschaften, wie alles, was darauf huzielt, die Profitgier zu bekämpfen, die Solidarität aller Interessierten aller Volksgenossen zu fördern, Socialismus genannt werden kann.“

Und als ein Zeichen der Zeit kann man nur mit hoher Ge- nugthuung begrüßen, was Professor Staudinger, in seiner Schrift „Konsum und Profit“, schreibt: „Socialismus heißt weiter gar nichts als Durchführung des Rechtsgedankens der Freiheit und Rechtsgleichheit auf dem Boden des Wirtschaftslebens, also An- gliederung der Produktion an den genossenschaftlich organisierten Konsum unter Ausschaltung des Profits, das heißt derjenigen Tribute, die dem Menschen aus der Arbeit seiner Nebenmenschen zuzuflehen. . . . Socialismus heißt Genossenschaftlichkeit. Socialis- mus ist, wer dies Ziel in der That und Wahrheit als das wirtschaftlich und sittlich notwendige Ziel anerkennt und bereit ist, mit den beiz- möglichen Mitteln zu dessen Verwirklichung mitzuhelfen. Es ist ruhig und klar zu betonen und zu befehlen, daß der ehrenhafte Mensch heutiger Tage, sobald er nur einmal ein wenig über die beengenden Hofmauern seines Eigeninteresses hinwegzusehen gelernt hat, Socialist ist und sein muß. Auf dieser Grundlage muß dem Profit- interesse als dem sich immer unstillender, immer fortumpferender, immer mehr die Grundlagen jeder sittlichen Gemeinschaft bedrohenden Ungeheuer entgegengetreten und nicht bloß der Arbeiter, sondern die Masse des Volkes für das höhere, reinere Interesse freier ge- ordneter Genossenschaft gewonnen werden.“

„Das ist freilich eine ungeheure Aufgabe“, sagt Professor Staudinger, aber sie wird gelöst werden: die „Revisionisten“ sind überall an der Arbeit!“

In dem Sinne, nicht nur die Arbeiter, sondern die Masse des Volkes für das höhere reinere Interesse freier geordneter Genossenschaft im Gegensatz zu dem fortumpferenden Profitinteresse zu gewinnen, ist die ganze Socialdemokratie einmütig thätig; in dem Sinne ist jeder Socialdemokrat Revisionist und thätig an der Arbeit, dazu braucht man wahrhaftig nicht erst Revisionisten und Radikale gegen ein- ander auszuspielen. Nur handelt sich's dabei nicht um Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften, sondern um die socialdemokratisch organisierte Gesellschaft und wie sind sicher, daß sogar Genosse v. Elm uns be- richtigend erklären wird, daß auch ihm als Ziel des Kampfes nicht bloß die Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften vor- schwebt, aber — das Wort vom Revisionisten und Radikalen ist ge- prägt und so kämpft der Revisionist gegen den Radikalen und der bürgerlichen Presse giebt's einen Hauptspitz.

Zum Theaterbrand in Chicago.

Die neueren Meldungen stellen das Unglück noch viel entsetzlicher dar, als die ersten schon fürchterlichen Meldungen annehmen ließen. Bis zum 1. Januar wurden

690 Tote gezählt, 300 Personen werden noch vermißt. Die Theatertruppe war 300 Köpfe stark und 2000 Zuschauer waren im Theater, von denen 1740 Sitzplätze innehaben. Während der Panik kamen ganze Familien um. Mehrere Notausgänge waren durch eiserne Thüren geschlossen, für deren rechtzeitiges Öffnen niemand sorgte. Vergeblich war von den Zuschauern versucht worden, diese Thüren mit Gewalt zu öffnen. Da vor dem Theater kein Feuermelder stand, ging viel Zeit ver- loren, bevor die Feuerwehr eintraf. Auf telephonischen Anruf eilten etwa 100 Kerze und 150 Krankenträger herbei. Priester erteilten den Sterbenden den Segen. Die Kellerer und Köche eines benachbarten Restaurants brachten eine Leiter auf das Dach eines Schuppens und der Küchenchef fing, auf der Leiter stehend, nacheinander fünfzehn aus einem Fenster springende Frauen auf. — Die Vorstellung im Theater war zu ermäßigten Preisen gegeben worden, hieraus erklärt sich die große Zahl der Zuschauer.

Das Troquois-Theater steht von außen unverändert aus und über dem Haupteingange erhebt sich noch unbeschädigt das mächtige Indianerkopfe.

Verhaftungen.

Nun, nachdem das entsetzliche Unglück geschehen, suchen die ver- antwortlichen Behörden durch einen unstilligen Eifer ihre früheren Vernachlässigungen wieder gut zu machen.

Am Abend des 31. Dezember wurden sieben Angestellte des Troquois-Theaters unter der Anschuldigung der fahrlässigen Zügelung verhaftet. Unter ihnen befinden sich der Bühnenleiter, der Bühnen- zimmermann und mehrere Conzilschlichter. Freitag früh wurde der Assistent des Bühnenleiters Blankett und vier Chorleiter ebenfalls verhaftet. Zwanzig weitere Verhaftungen von Mitgliedern des Chors und des Ballets stehen bevor. Zahlreiche andere Angehörige des Theaterpersonals wurden polizeilich vernommen.

„World“ melbet, gegen Davis und Bowers, die Besitzer des Troquois-Theaters, sowie gegen dessen Erbauer, den Bauunternehmer William Mc. Kullen, welcher die Beleuchtungsapparate für den Wandtheater im zweiten Akte der Pantomime bediente, während der das Feuer im Troquois-Theater ausbrach, ist ebenfalls verhaftet worden. Er wurde über die Entstehung des Feuers vernommen und gab an, als er von weitem zu blauem Licht um- schaltete, sprühte der Lichtbogen zwischen den elektrischen Kohlen Funken aus, ein Funke erfaßte den Saum der Draperie des Vorchanges, und eine zwölf Zoll hohe Flamme schob empor. Er versuchte die Flamme mit den Händen zu löschen, das

Feuer breitete sich jedoch weiter aus. Er rief um Hilfe. Die Feuer- wehr eilte mit den Patent-Löschgeräten herbei, deren Anwendung blieb aber ohne Erfolg.

Nunmehr hat der Bürgermeister die Schließung von 19 Theatern angeordnet, welche den Bestimmungen über die Sicherheit der Be- sucher nicht nachgekommen sind.

Auf Grund einer Proclamation des Mayors ist das neue Jahr der bisherigen Gepflogenheit entgegen nicht mit Glockengeläute ein- geleitet worden. Der Mayor hat ferner beantragt, daß am zweiten Neujahrstage zum Zeichen der Trauer alle Geschäfte geschlossen bleiben sollen.

Wahrscheinlich ist bei dem Brande im Troquois-Theater nur eine Person fremder Staatsangehörigkeit umgekommen und zwar eine Engländerin, die bei dem Ballet des Theaters mitwirkte.

Aus New York, wird gemeldet:

Der neue Feuerwehrronmissar von New York, Mr. Hayes, ver- sprach, am 2. Januar den Brandinspektoren Anweisung zu erteilen, die Feuerlöscheinrichtungen in allen New Yorker Theatern zu unter- suchen. Die Stadträte von New York legen den Entwurf einer Verordnung vor, worin gefordert wird, daß die Lösch-Vorhänge in den Theatern ebenso wie in London in jeder Pause einer Ver- stellung herabgelassen werden müssen.

Eine Schilderung der Katastrophe.

Eine Dame, welche eine Loge hatte und sich merkwürdigerweise mit der ganzen Familie retten konnte, schildert das Unglück wie folgt: Ich war wohl die erste, welche das Plämmchen sah, und machte die andern in der Loge darauf aufmerksam. Einer der Schauspieler erschien vor dem Vorhang und hat das Auditorium, die Plätze nicht zu verlassen. Ich blühte den Zuschauern ins Gesicht, und bligtartig kam mir der Gedanke, wie viele Kinder da saßen. Ich sah die kleinen Gesichter mit ahnungselosem Interesse aufleuchten und die Augen sich weit öffnen, als sie die Decorationen brennen sahen. Jetzt standen die Leute auf der Galerie auf und redten sich vor, um das Feuer besser sehen zu können. In diesem Moment hörte eine Frau hinten unter den Zuschauern: „Feuer!“ Das ein Wort machte alles verrückt. Das Publikum stand auf wie ein Mann, mit wahr- scheinigen Schreien erfüllt, und stürzte sich wie besessen den Ausgängen zu. Im Theater waren nur wenig Männer, aber ich sah mehrere Männer, die Frauen weg- drängten und Kinder niederstießen. Viele Kinder sah ich unter den Füßen der Drängenden verschwinden; sie fanden nicht wieder auf. Auf der Galerie spottete die Scene aller Beschreibung. Es war eine Masse von lämpfenden Menschen. Die Galerie war so frei, daß viele stürzten, bevor sie die ersten vier Stufen er- reichten. Dann jagten die Flammen mit unbeschreiblicher Ge- schwindigkeit durch das Haus. Im selben Moment, als die Panik auf den Feuerort begann, schob eine ungeheure Stachflamme unter dem Vorhange brüllend und zischend ins Publikum hinein, über die Köpfe der Parteilbesucher hinweg in den ersten Rang und tötete sofort die Leute in den vorderen Reihen, während sich der gräßliche Kampf weiter hinten entspann. Nahe der Bühne fand man eine ganze Reihe von Frauen tot in den Stühlen sitzen, den Kopf in die Brust gesenkt, und im ersten Rang saßen viele ähnlich da. Dem ersten Ausbruch der Flammen folgte unverzüglich eine Explosion der Gasreservoirs und die ganze Dede flog mit dem Dach in die Luft. Wie beim Mont Velö scheinen Jahrsche durch den ersten Vorstoß von Gas und Flammen getötet worden zu sein, bevor sie sich retten konnten. Dies waren die Glücklicheren.

Eine außerordentliche feuerpolizeiliche Revision fand heute im Berliner Igl. Opernhause statt. Anwesend waren u. a. der Polizei- präsident von Borries, Branddirektor Giersberg, die Brandinspektoren Rohntof und Weder. Besonders die Bühneneinrichtung sowie die elektrischen Beleuchtungsanlagen, die Regenvorrichtung und der eiserne Vorhang wurden eingehend geprüft. Das Ergebnis dürfte in einem Bericht zum Ausdruck kommen. — Abgesehen von derartigen außer- ordentlichen Revisionen erfolgt selbstverständlich täglich eine ein- gehende Kontrolle aller Lösch- und Sicherheitseinrichtungen auf den Berliner Bühnen durch die Feuerwachen. Die geringste Unregel- mäßigkeit wird sofort dem Kommando gemeldet, das für Abstellung der etwaigen Uebelstände sorgt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Steglitz. Mittwochabend 8 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins mit Vortrag im Lokal Schellhase, Ahornstr. 15a. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Maricendorf. Die für Dienstag fällige Monatsversammlung fällt aus; es findet dafür am 12. Januar die Generalversammlung statt.

Klein-Schönebeck, Nichtenau, Schöneiche und Münchehofe. Heute, Sonntagmorgen 4 Uhr Mitgliederversammlung des Arbeiter- Bildungsvereins für Friedrichshagen und Umgegend im Saale von Karl Klafen, Schöneiche. Tagesordnung: 1. Unser Volksschule. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Berichtwesen.

Lokales.

Die merkwürdige Gluckkorrektur.

welche die freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit bei der Prüfung der Wahl unfreier Parteigenossen Kerstin vorgenommen hat, ist selbst von socialistischen Freunden nicht als das Bezeichner worden, was sie ist: Als ein Unrecht nämlich, das aus keimlichem Partei-Egoismus begangen wurde. Wir hätten die schände That vorläufig auf sich beruhen lassen, wenn nicht die Erinnerung an einen ähnlichen Fall bei dieser Gelegenheit aufgespürt zu werden verdiente.

Im Jahre 1902 wurden in unfrem Nachbarorte Rixdorf Ge- werbegerechts-Wahlen vorgenommen. Unfre politische Gegner, die Herren von der Innung, stellten u. a. auch den Schmiede- meister Müller als Arbeitgeber-Kandidaten auf. Die Stimmzettel aber, welche vom Wahlkomitee der Arbeitgeber ausgegeben wurden, lauteten, wahrscheinlich infolge eines Druckfehlers, auf den Schmiedemeister Müller. Erst bei der Verlesung wurde der Fehler entdeckt, und trotzdem schwarz auf weiß ein Schmiede- meister Müller als Kandidat proklamiert stand, erklärte das Wahlbureau ohne weiteres die Wahl des formell gar nicht gewählten, ja nicht einmal als Kandidaten genannten Schmiedemeisters gleichen Namens für vollzogen. Diese Verwechslung erliefen dem Gewerkschaftsstell am Orte denn doch bedenklich und es erhob gegen die Wahl des Schmiedemeisters Müller Protest beim Bezirksauschuß.

Der Protest wurde aber als unbegründet zurückgewiesen. In dem Urteil hieß es, daß bei der Wahl der Wille der Wähler als ausschlaggebend betrachtet werden müsse, und da ein Schmiede- meister Müller von keiner Seite als Kandidat aufgestellt sei, so müsse angenommen werden, daß die Wähler den Schmiedemeister als ihren Kandidaten ins Auge gefaßt hätten. Dies Urteil wurde gefällt, trotzdem, wie bemerkt sei, auch ein Schmiedemeister Müller am Ort existiert, der gleich dem Schmiedemeister alle Qualifikationen zur Annahme der Wahl besitzt. Das Urteil hat sich bei diesem Urteil beruhigt und das Ober-Verwaltungsgericht nicht erst an- gerufen. Es mochte auch erzwogen haben, daß eine ständige Gerichts-

Praxis in Frage kommt, welche das Urteil des Bezirksauschusses be-
stätigen würde.

Hier wurde also von zwei Instanzen eine Wahl für gültig
erklärt, trotzdem alle Wähler eine ganz andre Person als
die für gewählt erklärte als ihren Kandidaten proklamiert hatten
und ferner thätiglich jemand vorhanden war, der sich mit dem
formell zum Gewerbegerichts-Beisitzenden gewählten Mann
identifizieren ließ. Die Berliner Stadtverordneten-Mehrheit be-
mächtelt ihr schreiendes Unrecht aber damit, daß einige Wähler
den Namen ihres Kandidaten unbedeutend oder falsch ausgesprochen
haben, und lässt auf diesem Grunde die Wahl. Wenn das
kleinliche Partei-Interesse der Arbeiterschaft gegenüber in Frage
kommt, geht auch bei der sonst überhöhen Stadtverordneten-
Mehrheit die Achtung vor der Gerichtsautorität spornstreichs zum
Teufel.

Dem würdigen Bürger im hilflosen Alter die Stadt Berlin.

Die Alten- und Sickenfürsorge ist eine wichtige
Aufgabe der Gemeindeverwaltung, aber in Berlin findet sie noch
immer nicht die ihr gebührende Beachtung. Wie wenig die Stadt-
gemeinde auf diesem Gebiete bisher geleistet hat, darauf ist vom
„Vorwärts“ seit einer langen Reihe von Jahren immer wieder hin-
gewiesen worden. Die Fürsorge besteht vielfach darin, daß arbeits-
und erwerbsunfähig gewordenen alte Leute von der Armen-
verwaltung mit Geld oder gelegentlich auch mit Lebensmitteln usw.
unterstützt werden und in Krankheitsfällen unentgeltliche Behandlung
beim Armenarzt erhalten. Wir denken aber hier mehr an die
dauernde Verpflegung alter, starker Personen in besonderen
Altersversorgungs-Anstalten und Sickenhäusern.

Die diesem Zweck dienenden Anstalten sind in Berlin so
wenig zahlreich, daß namentlich in den letzten Jahren der Mangel
an solchen Anstalten immer fühlbarer geworden ist. Der Plan, ein
neues städtisches Sickenhaus zu bauen, das für 1700 Personen Raum
bietet soll, ist ja nun endlich so weit gediehen, daß mit dem Bau
hoffentlich noch im Jahre 1904 begonnen werden wird. Aber selbst
wenn das geschieht, werden voraussichtlich noch drei, vier Jahre
vergehen, ehe die neue Anstalt bezogen werden kann. Und bis da-
hin wird die Katastrophe in unserm städtischen Hospitalwesen aufs
äußerste gestiegen sein.

Die Stadtgemeinde hat mehrere Hospitäler und Altersversorgungs-
Anstalten, die nicht eigentlich städtisch sind, aber unter städtischem
Patronat stehen. Sie sind aus Stiftungen hervorgegangen und
sind teils schon vor Jahrhunderten, teils erst in neuerer und neuester
Zeit gegründet worden. Wer hier Aufnahme finden will, muß sehr
sehr lange warten können. Wiederholt haben einzelne dieser An-
stalten zu dem Mittel greifen müssen, für ein paar Jahre überhaupt
keine Aufnahmefähigkeit mehr anzunehmen, weil sich bereits so viele
Personen hatten vorsetzen lassen, daß auf Jahre hinaus alle Plätze
im voraus vergeben waren. Da schiebt dann mancher weg, noch ehe
er die ersehnte Aufnahme erlangt.

Außerdem stehen der Stadt ihre eigentlich städtischen,
allgemeinen Sickenhäuser in der Fallhaden- und Großen
Frankfurterstraße sowie in der Fröbelstraße zur Verfügung; dazu
für Diensthöfen das Gefundehospital und für bescholtene Personen
das Arbeitshaus-Hospital. In diesen Anstalten, besonders in den
allgemeinen Sickenhäusern, herrschen ganz ähnliche Zustände. Auch
hier muß so manchem, der Aufnahme sucht, mit Schiefzuden erwidert
werden, es sei kein Platz vorhanden; auch hier geht oft der Auf-
nahme, wenn sie überhaupt gewährt wird, erst nach eine lange Warte-
zeit voraus. So wurde uns unlängst mitgeteilt, daß in einem Falle
nahezu drei Monate erforderlich waren, um endlich die Aufnahme
einer alten, völlig stehenden Frau zu erlangen, die von ihrer
unbemittelten Tochter nicht weiter gepflegt werden konnte. Im
letzten Jahresbericht über die städtischen Sickenhäuser wird vom
Arzt der Anstalt in der Fröbelstraße hervorgehoben, daß 61 Personen
noch innerhalb der ersten zwei Wochen nach Aufnahme starben. Ja,
wenn man Sicken bis zum letzten Stadium ihrer Krankheit warten
läßt, ehe ihnen Aufnahme gewährt wird, dann darf man sich über
solche Ergebnisse nicht wundern.

Freilich, was soll die Verwaltung der Sickenanstalten machen,
wenn alle Betten belegt sind? Sie sucht sich in der Weise
zu helfen, daß sie Sicken in Familienpflege zurückzieht und ein Pflege-
geld zahlt. Aber es liegt auf der Hand, daß dieser Vorbehalt, der
in den letzten Jahren immer mehr in Gebrauch gekommen ist, selten
zum Vorteil der Sicken ist. Die Familien, die bereit sind, für
monatlich 20 M. oder wenig darüber eine alte, sieche Person in
Pflege zu nehmen, leben nicht in glänzenden Verhältnissen. Sie
haben gewöhnlich eine ganz knapp bemessene Wohnung,
müssen sich auch in allem andern einschränken und sind
schließlich froh, wenn sie ihren Pflegling gerade nur
satt machen. Von einer sachgemäßen Sickenpflege kann
überdies in solchen Familien oft schon deshalb keine Rede sein,
weil dazu eine gewisse Kenntnis erforderlich ist, die keineswegs jeder
ohne weiteres besitzt. Wir haben uns gelegentlich die Pflegestellen
solcher in Familienpflege gegebenen Sicken angesehen und haben dabei
manches gesehen, worüber wir den Kopf schütteln mußten. Die
Anstalt in der Fröbelstraße hat im letzten Etatsjahr über 300 Per-
sonen in Familienpflege gegeben!

„Dem würdigen Bürger im hilflosen Alter — die Stadt Berlin.“

So steht's zu lesen über dem Portal des Nikolaus-Bürger-Hospitals
in der Großen Frankfurterstraße, dem die Stadtgemeinde Patronin
ist. Dieses Wort, so schön es ist in seiner Schlichtheit, wirkt wie ein
Hohn, wenn an ihm das städtische Hospitalwesen Berlins gemessen
wird. Wie wenig geschieht hier für das hilflose Alter, für den
Arbeiter, der sich abgerackert hat und aufgebraucht ist. Auch die
„Würdigen“ müssen lange bitten und lange warten, ehe ihnen
Hilfe wird. Sterben sie vorher hin, so sind andre in Masse da —
andre, die vielleicht schon lange auf den Tod ihrer Vordermänner
warten.

Die öffentliche Beleuchtung Berlins, die Gaserzeugung und der
allgemeine Gasverbrauch, soweit die städtischen Gaswerke in Frage
kommen, hat in Berlin auch während der Sommermonate zu-
genommen. Die Zahl der Gasflammen für die öffentliche Beleuchtung
betrug 80 635, der Petroleumlampen 433 und der Spiritusglühlicht-
flammen 9, wozu noch 729 elektrische Lampen kommen, so daß die
Gesamtzahl der Flammen sich auf 81 826 Ende September v. J.
erhöhte. Die Gaserzeugung vermehrte sich im Kalendervierteljahr
Zuli-September 1903 gegen dieselbe Zeit des vorigen Jahres um
2 820 000 Kubilmeter, d. h. um 9 Proz. Die Gasabgabe hielt damit
gleichen Schritt, sie stieg um 9,7 Proz. Es wurden 34 Millionen
Kubilmeter Gas abgegeben, davon 27 1/2 Millionen Kubilmeter durch
gewöhnliche Gasometer und 1 1/2 Millionen Kubilmeter durch Münz-
gasmeter. Die Zunahme bei letzteren betrug 15,5 Proz.

Ausfahrungen in der Silvesternacht. Zu anhergewöhlichen
Standorten kam es in der Silvesternacht nur in der Friedrichs-
straße. Die Polizei nahm eine große Zahl von Störungen vor.
Um 12 Uhr noch war das Aussehen der Friedrichsstraße in der Gegend
der Linden nicht viel anders als in den Vorjahren; jedoch schon
gegen 1 1/2 Uhr zog sich in der Friedrichsstraße zwischen Behren-
und Französischerstraße eine ungeheure Menschenmenge zusammen, die
Fahrdamm und Bürgersteig belegt hielt und jede Passage ver-
hinderte. Die Eingänge zu den Gastwirtschaften waren förmlich be-
setzt; niemand wurde hinein- oder herausgelassen. Als die Polizei
diesen Straßenzug daraufhin sperrte, sammelte sich die Masse

zwischen Französischer- und Jägerstraße an; verstärkte Schutzmann-
kommandos zerstreuten die Menge und dehnten die Sperre weiter
aus. Vor dem Kaiser-Café kam es zu besonders tumultuarischen
Ausbrüchen, den intervenierenden Schutzleuten wurde Widerstand ent-
gegengelegt. Mehrfach verfuhrte auch die Menge, Arrestanten zu be-
freien. Verstärkte Polizeipotien verblieben bis um 8 Uhr früh in
den Straßen der Friedrichsstraße. — Es wurden 331 Verhaftungen
vorgenommen, davon 254 wegen Unfugs. Die Mehrzahl der Ver-
haftungen erfolgten im Bezirke der 1. Polizeikommandantur, in der
Gegend der Linden und der Friedrichsstraße. Es wurden dort 302
Personen verhaftet, davon 175 wegen Unfugs.

Ueber einen Akt christlicher Unabdsamkeit schreibt uns ein Parteigenosse
aus dem zweiten Reichstags-Wahlkreise: Am Sonntaggrad-
mittag brachten wir die Leiche eines wackeren Parteigenossen, des
Fischlers Leonard Zylinski, nach dem in Südbende belegenen
Friedhofe der katholischen Mathias-Gemeinde. Zylinski war im
dreißigsten Lebensjahre an der Proletarierkrankheit gestorben; er
hatte sich das qualvolle Leiden bei der Verbüßung einer anderthalb-
jährigen Gefängnisstrafe zugezogen, die von der bürgerlichen Gerech-
tigkeit wegen angeblicher Majestätsbeleidigung über ihn verhängt
worden war. Kurz vor seinem Tode hatte Zylinski den letzten
Wunsch ausgesprochen, daß an seinem Grabe ein Lied geungen
werden möge. Doch konnte dieser Wunsch von dem Verein „Kreuz-
berger Harmonie“ nicht erfüllt werden. Schon vor dem Tode
des Friedhofes war die Reichen frommer Christen zu
Tage getreten; die Schleißen sollten von den Kränzen
entfernt werden. Um des lieben Friedens willen kam man diesem
unberechtigten Verlangen nach. Das Singen eines harmlosen
Liedes an der Gruft wurde dann aber einfach untersagt. Besonders
große Entrüstung erregte es unter den zahlreichen Leidtragenden,
als der Totengräber sogar verbot, einen Kranz mit der kurzen
Bemerkung „Im Namen der Verstorbenen“ an der Gruft niederzulegen.
Ein hundertstimmiges Bravo überdachte das Schicksal der An-
gehörigen, als ein Parteigenosse seine Hand voll Erde mit dem
Protest gegen die christliche Unabdsamkeit dem Toten in die Gruft
nachwarf. Auch in diesem Fall zeigt sich, daß die Organe der christ-
lichen Kirchen weit mehr thun, um die Öffentlichkeit gegen die
Kirche einzunehmen, als bewußte Gegner der Religion je vermöchten.

Die Zahaber und Pächter der natürlichen Eisbahnen haben am
Neujahrstage ein sehr gutes Geschäft gemacht. Bereits am Donnerstag
hatte sich auf vielen Gewässern der Umgegend Berlins eine so feste
Eisdecke gebildet, daß auf ihnen das Schlittschuhlaufen polizeilich ge-
stattet werden konnte. Besonders darunter zu erwähnen sind der
Hundsee- und der Halensee im Grunewald, sowie der Spandauer
Schiffahrtskanal, auf dem man bis Saathinzel laufen konnte. Die
Eisbahn auf diesem Kanal ist eine der ältesten Berlins; sie war be-
sonders in früheren Jahren bei Tourenläufern sehr beliebt. Nicht
frei gegeben waren zum großen Leidwesen der Pächter die Tier-
gartengewässer, der Wannsee und der Müggelsee. Trotzdem
tummelten sich auf diesem, dessen Eis bereits eine Stärke von fünf
Zoll — also einen weniger als zur polizeilichen Freigabe nötig ist —
erreicht hat, viele Menschen umher.

Kurzschluß im „Neuen königl. Operntheater“ (Aroll) alarmierte
gestern abend um 8 Uhr die anwesende Feuerwehr des Theaters.
Der Kurzschluß war in einem sogenannten Studientakt in der Garde-
robe 10 entstanden. Die Feuerwehr bemerkte die Gefahr und be-
seitigte sie ohne Beunruhigung des Publikums.

Zahlreiche Taschendiebstähle wurden auf dem Silvesterball, der
in der Philharmonie stattfand, unter eigenartigen Umständen aus-
geführt. Eine hübsche Dame hatte in einer Loge Platz genommen
und warf wiederholt Konfekt den sich im Parkette schnell an-
sammelnden Herren zu. Diese Gelegenheit wurde von den Dieben
sogleich benützt; unter andern wurden bei einem solchen Anlauf
einem Kaufmann und einem Offizier die gefüllten Portemonnaies
gestohlen.

Bei der Matinee, die am 1. Weihnachtstage bei Münch, Trift-
straße 41, abgehalten wurde, hat ein Besucher ein Portemonnaie mit
etwa 50 M. Inhalt verloren. Es wird gebeten, den Fund bei Reel,
Goyfowskistr. 11, abzugeben.

Einen dreifachen Raub in einem Juweliergeschäft vollführte Freitag-
mittag der Maurer Franz Sagemann in der Weihenburgerstr. 23.
Als dort der Juwelier K. Sonnede um 12 Uhr seinen Laden öffnete,
betrat diesen als erster Kunde der genannte Maurer. Er ließ sich
von dem im Laden allein anwesenden Herrn K. Schmuckhagen zur
Anschauung vorlegen. Bei einer passenden Gelegenheit holte der
Kunde eine Dose mit Schmucktabak hervor und schleppte den In-
halt Herrn K. ins Gesicht. Dieser hatte jedoch die verdächtigen Be-
wegungen rechtzeitig bemerkt und war dem Durs ausgewichen. Die
Absicht des Verbrechers, den Juwelier für den Moment zu blenden
und lampenunfähig zu machen, mißlang. Sagemann, der eine An-
zahl Ringe an sich gerissen und zur Thür hinausgeeilt war, wurde
auf der Straße infolge der Hilfeleistung des Herrn K. von einer Menge
Menschen verfolgt und niedergeworfen. Die geraubten Ringe hatte
der Durs, der wegen ähnlicher Verbrechen schon vorbestraft ist, auf
der Flucht von sich geworfen. Der gemeingefährliche Mensch wurde
dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Vermißt wird seit dem 15. Dezember eine Frau Lina Jansen
geborene Pächter. Diejenigen, die über den Verbleib derselben Aus-
kunft geben können, wollen Mitteilung an Heinrich Jansen, Köpnick-
straße 36, gelangen lassen.

Ein Opfer des Straßenbahnverkehrs. Einem entsehligen Unglück
zum Opfer gefallen ist am Silvester der 31 Jahre alte Stations-
assistent Max Kridstätt, Siemensstr. 8 wohnhaft. — Herr K., der
am Nordringbahnhof Weiselsstraße angestellt war, hatte am
Donnerstag in der Großen Frankfurterstraße wohnende Verwandte
besucht und wollte sich gegen 1 1/2 Uhr nachmittags nach der Station
Centralbahnhof begeben, um von dort aus mit der Stadtringbahn
nach Hause zu fahren. In der Petersburgerstraße überquerte K. den
Fahrdamm und Mittelpromenade, als ein Straßenbahnwagen der Linie 65
(Möringplatz-Centralbahnhof) herangekam. Der Fahrer des
Wagens gab das Warnungssignal und K. blieb am dem Rande der
Promenade stehen. Als sich der Straßenbahnwagen bis auf vier
Meter Entfernung genähert hatte, trat der Stationsassistent plötzlich
von der Bordsteigseite der Promenade auf das dicht daneben laufende
Geleise, wurde niedergeworfen und geriet unter die Vorderplattform,
unter welcher der Unglückliche buchstäblich festgeklemmt wurde. Der
Wagen wurde mittels Winden angehoben und dann erst konnte K.
aus seiner furchtbaren Lage befreit werden. Kridstätt wurde nach
der Unfallstation in der Warschauerstraße gebracht, verstarb jedoch
dort unter den Händen des Arztes infolge innerer Verblutung.

Zwei schwere Unfälle sind wieder durch das Besteigen resp. Ver-
lassen von fahrenden Straßenbahnwagen herbeigeführt worden. Die
42 Jahre alte Frau Anna Hohn, Brunnenstr. 83, wohnhaft, versuchte
vor dem Hause Brunnenstr. 131 einen in voller Fahrt befindlichen
Straßenbahnwagen der Linie 85 (Gesundbrunnen-Kreuzberg) zu
besteigen. Sie glitt vom Treibrett ab und fiel so unglücklich zu
Boden, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und nach dem
Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Vorbesten nach-
mittag gegen 5 Uhr benutzte das in der Mittelstr. 63 wohnende
Fräulein Emma Döhne zu einer Fahrt nach der Marienburgerstraße
einen Straßenbahnwagen der Linie 60 (Schöneberg-Weißensee). Kurz
vor der Haltestelle, als sich der Wagen bereits in langsamer Fahrt
befand, sprang die Dame trotz der Warnung des Schaffners von der
Hinterplattform des Motorwagens ab, fiel zu Boden und schlug mit
dem Hinterkopf auf das Straßenpflaster. Sie erlitt eine stark
blutende Wunde und eine Gehirnerschütterung, und wurde nach der
Charitée gebracht.

Die illustrierte Wochenchrift „In freien Stunden“ betrifft ein
Prospekt, der von der Buchhandlung Vorwärts unserer heutigen

Nummer beigelegt ist. Wir empfehlen diese Anklündigung der Auf-
merksamkeit unserer Leser.

Vier staatliche Heizerkurse werden vom 7. Januar ab in Berlin
abgehalten werden; sie dauern je 14 Tage lang täglich 8 bis
9 Stunden. Das Schulgeld beträgt 6 M. Am Schluß wird eine
Prüfung abgehalten und eine Bescheinigung erteilt. Den im prak-
tischen Betriebe stehenden Heizern, welche mindestens ein Jahr lang
einen Keßel bedient und möglichst das Schloffer- oder ein ver-
wandtes Handwerk erlernt haben, wird durch praktischen und
theoretischen Unterricht Gelegenheit gegeben werden, diejenigen Kennt-
nisse und Fertigkeiten zu erwerben oder zu erweitern, welche zur
sachgemäßen Ausübung des Dienstes als selbständiger Heizer er-
forderlich sind. Neben der Sicherheit des Betriebes wird namentlich
auch die sparsame Bedienung der Feuerungen berücksichtigt werden.
Den Besitzern von Dampfkeßeln wird daher die Beachtung der Kurse
dringend empfohlen. Anmeldungen sind schriftlich an das Polizei-
präsidium, Abteilung IIb, unter Angabe des vollständigen Namens
des Teilnehmers, seiner Geburtsdaten, des erlernten Handwerks und
der Dauer seiner Tätigkeit im Dampfkeßelbetriebe einzureichen. Die
Anzahl der Teilnehmer kann nur eine beschränkte sein.

Die Teilnehmer an den gemeinsamen Besichtigungen der Aus-
stellung der Seession (4. bis 7. Januar) werden darauf aufmerksam
gemacht, daß die Ausstellungsgründe um 8 1/2 Uhr geöffnet werden;
der einleitende Vortrag (4. und 5. Januar Herr Otto Feld, 6. und
7. Januar Herr Alexander Koch-Pöffe) beginnt um 8 1/2 Uhr.
Am 7. Januar sind noch einige Zutrittskarten a 20 Pfennig
im Gewerkschaftshaus, Cigarrengeschäft von Horst, zu haben.

Das Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34-36, veranstaltet
in der kommenden Woche folgende öffentliche Herren und Damen
zugängliche Vorträge: Dienstag, den 5. Januar, spricht Professor
von Halle-Berlin über: „Der neueste Phase der englischen Handels-
und Schiffsahrtspolitik“; Mittwoch, den 6., und Donnerstag, den 7.,
spricht Prof. Rodenberg-Miel über: „Der Indische Ocean in der Ge-
schichte des Mittelalters und der Neuzeit“; Sonnabend, den 9., Prof.
Rudolf Credner-Greifswald über: „Die Entdeckung der Ostsee“, mit Licht-
bildern. Einlaßkarten und wochentäglich von 12 bis 2 Uhr mittags
und an den Vortragsabenden selbst von 6 Uhr ab im Institut, in
der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in der Ge-
schäftsstelle des Deutschen Flottenvereins, Weinbörgerstr. 55 I, er-
hältlich. Im Institut sind auch die allgemeinen Berichte über die
Deutsche Südpolar-Expedition von Professor v. Drygalski zu haben.

Der Berliner Zoologische Garten besitzt seit neuerer Zeit ein
Paar Pferde springer, die in einem der Glaslässe am Ein-
gange des Antilopenhauses untergebracht sind. Diese den Spring-
mäulen verwandten Rager zeigen sich erst mit Einbruch der Dämme-
rung und machen dann mit den großen Augen und ihrer känguruh-
förmigen einen äußerst absonderlichen Eindruck. Nur die riefigen
Hinterbeine, die wie bei den Vögeln einen durch Ver-
wachsung von drei Mittelfußknöcheln gebildeten Knäufelknochen
aufweisen, werden zum Laufen benützt und ermöglichen
es dem Tiere, in mächtigen Sätzen dahinzuweilen. Herr
E. Luffius, der Inspektor des Herren H. Falz-Fein in Klamnia Kova
in Südrussland, brachte sie dem Garten als Geschenk mit. Die
Pferdespringer werden in den südrussischen und sibirischen Steppen,
wenn sie sich zum Winterschlaf in ihre unterirdischen Gänge zurück-
gezogen haben, ausgegraben und gewöhnen sich dann leicht an die
Gefangenenschaft.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Einige Zwangssträflinge
fordern beharrlich, daß die Gemeinde eine Baugewerkschule
errichte. Sowohl der Magistrat als jetzt auch der zur Erörterung
der Angelegenheit eingesetzte Ausschuss haben die Errichtung einer
solchen Schule abgelehnt. Dieser Standpunkt ist nur zu billig, da
es hier Sache des Staates sein muß, eine derartige kostspielige An-
stalt zu errichten, und Schöneberg noch viele Aufgaben zu erledigen
hat, die dringender sind als die von den Zwangssträflingern der Stadt
gestellte.

Gerichts-Zeitung.

Fortdauernd Freisprechungen von Streifspäßen. Vor der Straf-
kammer 8 hatte sich gestern der Maurer Kilian wegen Vergehens
gegen die Strafenordnung zu verantworten, das er anfänglich des
Ranalmauerwerks in der Kaiser Wilhelmstraße als Streifspäße
begangen haben sollte. Er war damals sühnt und mit einem
Strafmandat über 30 Mark bedacht worden; das Schöffengericht
hatte ihn jedoch freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft glaubte sich
bei dem Urteil aber nicht beruhigen zu können, sondern legte
Verufung ein. Zu der Verhandlung waren eine Anzahl Schutzleute
sowie der Vorsitzende Erner geladen worden, weil die Staats-
anwaltschaft nachweisen wollte, daß bei jenem Streik Unruhen
und Verstärkungen Arbeitswilliger usw. vorgekommen und daher
die Maßnahmen der Polizei den Streifspäßen gegenüber berechtigt
gewesen seien. Sämtliche Zeugen wußten jedoch absolut nichts
Befehendes zu bekunden, die Beweisführung der Anklagebehörde
versagte vollständig. Infolgedessen erkannte das Gericht dem Antrage des
Verteidigers gemäß auf kostenlose Freisprechung. In der
Urteilsbegründung hieß es: Sowohl der Angeklagte wie auch die
übrigen Streitenden haben sich durchaus ruhig und anständig be-
nommen; es seien keinerlei Unruhen und Verstärkungen Arbeits-
williger vorgekommen, auch keine Ausfahrungen zu befürchten ge-
wesen. Die Aufforderung des Schutzmanns an den Angeklagten, die
Straße zu verlassen, sei deshalb zu Unrecht erfolgt, denn der An-
geklagte habe lediglich ein ihm zustehendes Recht ausgeübt und das-
selbe in keiner Weise überschritten.

Vom Schöffengericht wurden am selben Tage vier Metall-
arbeiter freigesprochen, die anfänglich des Drücker-
und Hürterstreiks als Streifspäßen von der Polizei fortgewiesen, sühnt und
mit Strafmandaten über je 30 M. bedacht worden waren. Die
als Zeugen vernommenen Schutzleute mußten samt und sonders
zugeben, daß sie gegen die Angeklagten lediglich deshalb eingeschritten
seien, weil sie direkten Befehl vom Reviervorstand hatten, freien
Streifspäßen auf der Straße zu dulden. Ueber irgend eine strafbare
Handlung der Angeklagten wußten die Schutzleute nichts zu be-
kunden. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: Das
Gericht halte sich besorgt, nachzuprüfen, ob die hier in Frage
kommenden Anordnungen der Polizei-Organen berechtigt waren oder
nicht, denn die Entscheidung dieser Frage gehöre mit zur Schuld-
frage, und es entspräche einfach der Würde des Gerichts, alles zur
Schuldfrage gehörige in den Kreis der Erwägung zu ziehen. Nun
siehe das durchaus einwandfreie Betragen dieser Streifspäßen außer
allem Zweifel; es habe auch keine Veranlassung vorgelegen, daß aus
diesen gestützten Männern plötzlich Leute würden, die sich zu
ungehörlichen Handlungen hinreißen ließen, deshalb
sei das Vorgehen gegen sie ungerechtfertigt. Insbesondere
habe für den Reviervorstand kein zwingender Grund vorgelegen, die
generelle Verfügung betreffend Fortweisung der Streifspäßen an die
Unterbeamten zu erlassen, weil es an konkreten Vorkommnissen wie
Ausfahrungen, Verstärkungen, die eine solche Maßnahme eventuell
rechtfertigen würden, fehlte. Von der Polizeibehörde konnte nicht
von vornherein als sicher angenommen werden, daß Ausfahrungen
seitens der Streitenden begangen werden würden; somit habe jene
Verfügung die Wirkung gehabt, daß Streifspäßen sich an sich unmaß-
lich zu machen. Die Streifspäßen sind eben fortgewiesen worden
weil sie thäten, was sie thun durften, deshalb rechtfertigte sich
Freisprechung.

Man kann wirklich nicht behaupten, daß die Polizei bei ih-
ren Kampf gegen streikende Arbeiter Vorbeeren entle. Trotzdem an-
sich ihr Verhalten nicht, wie der gegenwärtige Drogenfluß,
Streik beweist. Wenn bei der Beratung des Justiz-Etats nächst
die üblichen Klagen über Minderwertigkeit der richterlichen Autorität
hoben werden, kann am Ende einmal auf die Verwägungen
geniesen werden, die die Polizei mit ihrem Verfahren im A-
benutzte der Bevölkerung unsehbar anrichten muß.

Table with weather data for various stations including temperature, wind direction, and precipitation.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 3. Januar 1904.

Ein wenig wärmer, ziemlich trübe und neblig bei schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

V. Hörner, Düsseldorf, Nr. 1 der 'Güte' enthält das gewünschte Bild. Preis 25 Pf. In der Vorwärts-Buchhandlung noch vorrätig.

Juristischer Teil.

Die juristische Zweistunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

Ausland. Es ist Ihnen wie in allen das Ausland und Ansiedlung im Auslande betreffenden Angelegenheiten zu raten, sich an das Bureau...

Schillingstraße 4 zu wenden. Dort erhalten Sie unentgeltliche und zuverlässige Auskunft. - W. S. Der Mann ist im Recht. Wenn Sie nicht zahlen, müssen Sie den Offenbarungseid leisten.

beschäftigt ist und infolge des Unfalls Anspruch auf eine Rente hat. Eine 100prozentige Rente kann aber in dem Falle gemährt werden, wenn fremde Hilfe zur Pflege des Verunfallten erforderlich ist.

Warenhaus

A. Wertheim

Herabgesetzte Preise in allen Abteilungen für viele Artikel. Die im Preise ermässigten Artikel sind in jeder Abteilung besonders ausgelegt. U. a.:

Kleiderstoffe

- Melierte u. gemusterte Kleiderstoffe ca. 1-10 Mtr. breit 1.05 u. 1.35 Mtr.
Wollene Kleiderstoffe im engl. Geschn. 1.75 u. 2.10
Reinwoll. einfarb. Cheviots 1.10 u. 1.30
Reinw. Blumenstoffe 95 Pf.
Velour-Barchent gedruckt Mtr. 48 Pf. regulär Mtr. 70 Pf.

Leinen- u. Baumwollwaren

- Hemdentuch Mtr. 30, 38, 42 Pf.
Louisianatuch Mtr. 40 u. 48 Pf.
Louisianatuch Deckbetbreite Mtr. 80 Pf.
Bettsatin Kissenbreite Mtr. 55 Pf. Deckbetbreite Mtr. 90 Pf.
Bettdamast Mtr. 68 Pf. Mtr. 1.05 Mk.
Lakendowlas ganze Breite Mtr. 80 Pf.
Laken-Halbleinen Mtr. 80 Pf. u. 1.20 Mk.

- Bunte Kaffeedecken 1.25 u. 2.10
Gerstenkorn-Handtücher Dtz. 3.50 u. 5 Mk.
Drell-Handtücher Dtz. 5.25 u. 6.30
Parade-Handtücher mit geknüpften Fransen 60 Pf.

Einzelne Tafeltücher in Damast, Jacquard, Hausmacher, sowie Teedecken, Läufer, Handtücher etc.

Damen-Paletots

schwarz, mit Kragen, mit Klothfutter 10.75, mit gestreift, Atlasfutter 14.75 Mk. regulär 20 bis 23 Mk. regulär 30 bis 35 Mk.

Reste in Kleider- und Seidenstoffen, Leinen- und Baumwollstoffen von Spitzen, Bändern, Schleiern und Chiffons

Glas

- Kompottschalen 25 u. 30 Pf.
Sturzflaschen mit Glas 15 Pf.
Biertulpen graviert 30 Pf.
Fingerschalen Esglas 35 Pf.
Fruchtschalen mit Fuss 25 Pf.
Weingläser geschliffen 20 Pf.

Steingut

- Schalentassen farbig 12 Pf.
Blumentöpfe u. Körbchen gefochten 38 Pf.

Waschgarnituren

dekoriert, 5 Teile 2.90 u. 3.50

Porzellan

- Speiseteller weiss, flach 10 Pf.
Dessertteller weiss 8 Pf.
Terrinen 90 Pf. u. 1.20
Kartoffelschüsseln weiss 65 Pf.
Salatschüsseln 20, 28, 38 Pf.
Bratenschüsseln weiss 48 u. 65 Pf.

Schlittschuhe

- Amerikaner mit Riemen 45 Pf.
Amerikaner mit Riemen vernickelt 1.05 Mk.
Mercur 1.45, vernickelt 2.50 Mk.
Reiher 1.80, 3.40 Mk.
Hubertus vernickelt 3.85 Mk.
Patria neukonisch, vernickelt 5.10 Mk.

Deutscher Hof Luckauerstr. 15. Am Moritzplatz. Heute sowie jeden Sonntag Unterhaltungs-Konzert des Berliner Tonkünstler-Orchesters.

Billigste Bezugsquelle aller Art Musikinstrum. u. Saiten. Lederer & Kreinberg Marknankirchen 18. 443.

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungsstörung. Kufekes Kindermehl. Hervorragend bewährt bei Bruchdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.

Photographisches Atelier Gtto Gutau, O. Krautstr. 52 bei d. Frankfurterstr. am Strauß-Pf. Spezialität: 10 Visit u. 2 Original-Kabinett oder: 12 Visit und ein M. großes für 3 Kab. 3 M., 6 Kab. 5 M., 12 Kab. 8 M.

Steyddenen taucht man ein preiswertester nur direkt in der Fabrik. 72 Wollstrasse 72, wo auch alle Steyddenen aufbewahrt werden. V. Strohmayer, Berlin 14. Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Künstlich. Zähne Karl Winzer, Alexanderstr. 27h 1. Schonendste Behandlung. Teilzahlung gestattet. Preis bis 3. Januar 1904! Markt per Rute, neues Parzellierungsplan, prima Gartenboden, Straßenzug gratis.

Kaufen Sie nach Gewicht! A. B. Koch, Berlin O., Brombergstr. 15/16. Kohlen- und Holzhandlung. Preis für erstklassige Marken ab Platz: la Senftenberger Briquetts 7 Pf. p. St. (110 bis 120 Stk.) 75 Pf. la Marienplatz 7 Pf. 80 Pf. la Diamant 7 Pf. 85 Pf. gel. gef. Qualität milderer Sorten. la Aße 7 Pf. von 10 St. an 90 Pf. la u. Diamant-Galtheine (sonstige) 70 Pf. Bruch-Briquetts 65 Pf. Salon-Briquetts von 60 St. ab 5 Pf. p. St. billiger. Anlieferung frei Keller p. St. 10 Pf. mehr. la Anthracit-Gade pr. St. 1.50 Pf. Coals liefert zu Anhaltspreisen. Bei Orig. Waggons in größeren Abständen direkt von der Grube berl. Sie meine Special-Liste. 87942*

Verlag v. Max Richter, Berlin SO. 36. Soeben erschienen. II. Aufl. Preis 1 Mk. (auch d. alte Buchh. zu beziehen.) Die Harnleiden, ihre Verhütung, Behandlung und Beseitigung von Dr. med. Schaper, Berlin, Königgrätzerstr. 47. Homöop. Art, spec. für Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Rohtabak! Filialen in Berlin: im Norden: Brunnenstr. 25. im Osten: Koppenstr. 9. im Südost: Kottbuserstr. 2. Filiale in Sachsen: Chemnitz, Brückenstr. 19. Filiale in Schlesien: Raitbor, Junglerstr. 11. Größte Auswahl u. bill. Preise! Garantiert feinst u. sicherer Brand!

Emil Barstorff, Berlin C. 2. Kaiser Wilhelmstrasse 39.

Roh-Tabak Sumatra-Decken Abfall à Pid. 95 Pf., enorm billig. 38882* W. Hermann Müller, Berlin O., Alexanderstr. 22.

Bremer Rohtabak-filiale Billigste feinste Bezugsquelle. Carl G. Lahmann, Berlin N., Brunnenstrasse 195. Roh-Tabak. Große Auswahl, billigste Preise. Formen: Original-Fabrikpreise. 5. J. Fränkel, Neue 5. 11. Kottbuser Strasse 11. Ad. Bohl, 181. Braunschtrasse 181.

Rohtabak. Havanna-Blätter mit Decke, feine Qualität a 135 Pf. S. Hammerstein Filiale, Vertr. Gustav Boy, Berlin N., Brunnenstr. 183.

Kronleuchter-Fabrik für Gas, Petroleum u. elektrisch Licht 28/15* Siegel & Co., Berlin, Prinsenzstr. 28. Grösste Auswahl. Verkaufs-Fabrikpreis. an Private. Musterbuch franko.

Litterarische Rundschau.

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.)

Seit einigen Jahren gefällt sich die im Dienste der rheinisch-westfälischen Großindustrie und des ostelbischen Judentums stehende Presse darin, von Zeit zu Zeit vor der drohenden „amerikanischen Gefahr“ zu warnen und wehmüthvolle Klagegesänge über das Zurückbleiben der wirtschaftlichen Entwicklung des „ergaunten“ Europas hinter dem jugendfrischen Vormarsch der Vereinigten Staaten von Amerika anzustellen.

Wie sehr solche Wehregelnde mitzupredigen, zeigen allein schon die schönen Kuganwendungen, die meist den Gefahrenschilderungen folgen. Ja den von den rheinisch-westfälischen Industriellen alimentierten Blättern laufen sie gewöhnlich auf die Behauptung hinaus, daß wenn die deutsche Industrie von der amerikanischen nicht auf dem einheimischen deutschen Markt verdrängt werden sollte, die deutsche Schutzpolitik ähnliche Bahnen einschlagen müsse, wie sie drüben mit den Mc Kinley- und Dingley-Tarifen beschritten worden seien.

Roch im vorigen Jahre, zur Zeit des Zolltariffkampfes, konnte man diese Argumentationen mit kleinen Variationen fast täglich in der Presse finden. Seitdem jedoch der landüblich verbreitete Zolltariff in Reichstags Annahme gefunden hat, hat vorläufig die Amerisafurcht der Blätter von der Species der „Kleinisch-Westfälischen Zeitung“, der „Kölnischen Zeitung“, der „Post“ und ihres Sprößlings, der „Berliner Neuesten Nachrichten“, merklich nachgelassen. Ja, als kürzlich die Nachrichten vom amerikanischen Eisenmarkt auf den Kurs der Gütenaktien zu drücken begannen, wußten einige der Blätter sogar zu versichern, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie von dem in den Vereinigten Staaten erfolgten wirtschaftlichen Umschlag nichts zu befürchten habe, da sie nicht nur auf dem zollgeschützten deutschen Inlandmarkt, sondern selbst auf dem Auslandsmarkte es mit der amerikanischen Konkurrenz aufnehmen vermöchte.

Gegenüber diesem trivialen Gaukelspiel verdient das Buch des Geh. Kommerzienrats Goldberger „Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, das sich als Erweiterung und Ergänzung einer Reihe in der „Woche“ und im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichter wirtschaftlicher Skizzen erweist, allgemeine Beachtung. Die frischen impressionistischen Schilderungen stehen im wohlthuenden Gegensatz zu den lamentablen Jeremiaden à la Ziefle-Windler. Es steht in Goldbergers Ausführungen eine gute Portion alter tüchtiger Kaufmannsauffassung, in gewissen Sinne kann man sagen, altspanischer Handelsgeist, der mit starkem Selbst- und Kraftgefühl, scharfer Beobachtung und schnellem Scharfsinn in fremde Verhältnisse, nähere Abwägung geschäftlicher Chancen und eine gewisse großzügige Kombinationsgabe vereint. Der Verfasser ist Praktiker, nichts als Praktiker, aber von jener Sorte, die, wenn sie auch ihren eignen Beobachtungen und Erfahrungen den ersten und höchsten Wert beimißt, doch das Bedürfnis fühlt, sie mit den Auffassungen anderer Beobachter zu vergleichen und sie durch statistische Nachweise zu stützen.

Aus dieser einseitig praktischen Vorbildung des Verfassers ergeben sich naturgemäß neben manchen Vorteilen schwere Nachteile. Mehrfach tritt das Bestreben des Verfassers hervor, in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens einzudringen; aber da ihm die nötigen theoretischen und wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnisse fehlen, gelingt es ihm nirgends deren inneren Wesen zu erfassen; er sieht stets nur die äußeren Verbindungsstellen. Die Folge ist, daß ihm die Bedingtheit der einen wirtschaftlichen Erscheinung durch die andre meist gar nicht, oder doch nur teilweise deutlich wird; daß er zwar recht instruktive, von guter Beobachtung zeugende Einzelschilderungen bietet, ihm aber die scharfe Erfassung der einzelnen wirtschaftlichen Vorgänge in ihrem Kausalverhältnis zum wirtschaftlichen Gesamtgebiete fehlt. Seine wirtschaftliche Diagnose ist demnach denn auch eine rein symptomatische, die sich nur an äußere Anzeichen hält, die tiefen inneren Funktionsveränderungen und -Störungen des Wirtschaftsorganismus aber unberücksichtigt läßt. Kennzeichnend hierfür ist, daß z. B. Goldberger noch im August oder September dieses Jahres — früher dürfte er das „Kachwort“ zu seinem Buch laun geschrieben haben — die Beforgnis vor dem Ausbruch einer Krise der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie für ganz ungerechtfertigt erklärte und seine Auffassung mit löstlicher Redewendung folgendermaßen begründete: „Nicht die Industrie ist bislang von einer Katastrophe heimgegriffen worden, nicht der Verkehr auf den Schienenstrahlen ist rückläufig, nicht der Handel liegt darnieder, nicht die Ernten haben verjagt und nicht die Mehlen- und Erzeugnisse und die Deliquenzen.“ (S. 202.)

Die seitdem immer scharfer hervorgetretene Abwärtsbewegung der amerikanischen Eisenindustrie, die diese zu 33 bis 40prozentigen Produktionsbeschränkungen zwingt, der enorme Rückgang des Frachtverkehrs auf den amerikanischen Eisenbahnen, die massenhaften Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen zeigen, wie sehr der Geheimkommerzienrat Goldberger sich noch vor kurzem über die wirtschaftliche Situation täuschte. Doch nicht nur diese Selbsttäuschung beweist des Verfassers Oberflächlichkeit weit mehr noch kommt sie in der Art der obigen Gegenargumentation zum Ausdruck. Derartige Gründe gegen den Ausbruch einer Industriekrise vermag nur jemand zu erheben, dem die ganze ältere und neuere Krisentheorie unverständlich geblieben ist. Genau mit demselben Recht, mit dem Herr Goldberger sich darauf beruft, daß bei der Abfassung seines Buchwortes noch die amerikanische Industrie von keiner Katastrophe heimgegriffen und der Frachtverkehr noch nicht rückläufig sei, könnte jemand, dem auf Grund festgestellter innerer Funktionsveränderungen von seinem Arzt der bevorstehende Ausbruch einer schweren Krankheit angekündigt wird, daraufhin erwidern: „Das ist unmöglich, ich spüre ja noch gar keine Fiebererscheinungen.“

Goldberger leugnet keineswegs die enormen wirtschaftlichen Fortschritte der nordamerikanischen Union im letzten Jahrzehnt. Er bringt selbst eine Reihe statistischer Zahlen für die Zunahme des Rationalreichtums, der Entwicklung des Eisenbahnwesens und des Außenhandelsverkehrs der Vereinigten Staaten bei und behandelt in einem der längsten Kapitel seines Buches ziemlich ausführlich die Truistfrage; aber, obgleich er die Wettbewerbsfähigkeit der Union auf dem Weltmarkt noch einer bedeutenden Steigerung für fähig hält und, wie es scheint, der Ansicht ist, daß die Vereinigten Staaten eine ähnliche Rolle in internationalen Handelsverkehr des beginnenden Jahrhunderts zu spielen berufen sind, wie England sie im letzten Jahrhundert gespielt hat, so verschließt er sich doch nicht der Einsicht, daß nicht nur in den wirtschaftlichen Schilderungen der amerikanischen Presse eine gute Dosis Humbug und Selbstüberschätzung steckt, sondern auch die schnelle industrielle Entfaltung viele krankhafte Auswüchse hervorgerufen hat. Von einer wirtschaftlichen Unterjochung Deutschlands durch die Union will er entschieden nichts wissen und lehnt deshalb auch alle jene Maßnahmen ab, welche die deutschen Amerikanophoben zur Abwehr der „amerikanischen Gefahr“ planen, vornehmlich den mittel-europäischen Zollbund.

Zur Begründung seiner Auffassung von der amerikanischen Gefahr führt der Verfasser an, daß die finanzielle Basis der amerikanischen Industrie-Entwicklung eine höchst unsichere ist, daß fast alle Aktiengesellschaften und Trusts an starken Ueberkapitalisierungen leiden und eine ungeheure tote Last mit sich schleppen. Dazu kommen die Störungen, welche der Industrie durch das erst im Werden begriffene Arbeiterassoziationswesen drohen und ferner die Eigentümlichkeiten der amerikanischen Produktion im Gegensatz zur deutschen. Die amerikanische Produktion hat sich — und diese Tendenz wird durch die Ausbildung noch verstärkt — von vornherein auf Massenarbeit, auf die Herstellung gleichartiger Massenartikel eingerichtet. Damit war notwendig eine weitreichende Schablonisierung verbunden, die im Gegensatz zu der mit der Kulturhöhe steigenden Geschmacksdifferenzierung und Individualisierung steht. Die Folge ist, daß nicht nur auf dem eignen Markt der Union sich in vermehrtem Maße die Notwendigkeit einer Ergänzung der einheimischen Produktion durch fremde Zusätze geltend macht, sondern daß auch die amerikanische Industrie sich nur äußerst schwer den auf den verschiedenen Auslandsmärkten herrschenden verchiedenartigen Geschmacksrichtungen und Bedürfnissen anpassen vermag.

Ein weiteres Hindernis aber findet nach Goldbergers Meinung die beschränkte wirtschaftliche Unterjochung Deutschlands in dem natürlichen Reichtum der Union wie dem Geschäfts- und Erwerbssinn der Amerikaner. Eine Verdrängung deutscher Industriewaren vom Weltmarkt wäre, so argumentiert der Verfasser, nur dann möglich, wenn die amerikanischen Produzenten ihre Erzeugnisse zu Preisen auf den internationalen Markt wüßten, die weit unter dem einheimischen Marktwert, oft sogar unter den eignen Produktionskosten ständen. Eine solche Praxis oder Waise — von Ausnahmefällen abgesehen — nicht nur bald von den amerikanischen Produzenten als unzulässig, als eine Schmälerung ihres Erwerbs erkannt werden, sie würde auch bei den Konsumenten auf energischen Widerstand stoßen, da ein derartiger Wille nach außen sich nur aufrecht erhalten ließe, wenn die Verluste des Auslandsgegeschäfts durch Erhöhungen der Inlandspreise ausgeglichen würden, also den inländischen Verbrauchern zu Gunsten des Auslandes ein entsprechender Tribut auferlegt würde. Zudem aber sei die Aufnahmefähigkeit des einheimischen Marktes der Union infolge des enormen natürlichen Reichtums des Landes und der raschen Bevölkerungsvermehrung einer solchen Steigerung fähig, daß vorläufig sich dort noch der amerikanischen Industrie ein weites einheimisches Absatzgebiet darbiete.

Auch auf die Arbeiterverhältnisse geht Goldberger ausführlich ein; in drei Kapiteln beschäftigt er sich mit den Verbänden, den Lohnverhältnissen und der Lebensweise der amerikanischen Arbeiter. Da diese Ausführungen unsrer Leser speziell interessieren dürften, lasse ich einige kurze Auszüge folgen:

„Der Widerstreit und die Gegenjähigkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in der Union noch scharfer als anderwärts, vielleicht weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander in den Grundanschauungen und Grundbestrebungen so außerordentlich ähneln. Die beiden Gruppen bewegen sich dort durchaus auf dem gleichen Boden des Gelderwerbs. Von Sentimentalität ist nicht die Rede. Ueberall herrscht Interessenvertretung. Dazu kommt, daß von einer Arbeiterfürsorge im Sinne und Geiste unsrer sozialpolitischen Einrichtungen nirgends ein Hauch zu verspüren ist.“

„Wohl nirgends in der Welt ist der Arbeiter als solcher so sehr Individualist wie in den Vereinigten Staaten; er ist, wie der Arbeitgeber, gleich rücksichtslos in der Verfolgung des Endzwecks, auch für seine Person „Geld zu machen“. Nicht daß er dem andern das Entworbene mißgönnt — wohl aber will auch er, der in den Betrieben der Trust-Magnaten im Schweiße seines Angesichts schafft, seinen Anteil haben. . . . Auf beiden Seiten drängt sich selbstsüchtige Ausnutzung der jeweilig vorhandenen Chancen scharf in den Vordergrund. Beweiskräftig hierfür war u. a. im April 1902 die Haltung der Gruppen-Interessenten bei Votierung der „Chinesen-Ausschluß-Bill“.

Und nachdem der Verfasser dann die Vereinigung der meisten amerikanischen Gewerkschaftsverbände in der von S. Compers geleiteten „American Federation of Labor“ geschildert hat, fährt er fort:

„Konzentration steht gegen Konzentration, und der Zusammenprall ist sehr häufig und sehr scharf gewesen. Die Washingtoner Angaben zeigen, daß in den Jahren 1881—1901 die Zahl der Streiks, die Ausparierungen nicht mitgerechnet, in den Vereinigten Staaten 22 798 betragen hat, und daß die hierbei in Betracht kommende Zahl der Fabriken sich auf 117 500 beläuft. Die Arbeiter haben dabei an Löhnen 258 Millionen Dollar eingebüßt, die beteiligten Fabriken haben ihren Verlust auf 123 Millionen eingeschätzt.“

Ferner heißt es über die rein gewerkschaftliche, nur auf die Befestigung des Lohnverhältnisses gerichtete Haltung der Arbeiterverbände, die alle politischen Aktionen, vielfach sogar jegliche Disziplin politische Fragen in den Gewerkschaftsversammlungen ausschließt:

„Als ich mit Herrn Compers unter dem Eindruck des eben damals ausgebrochenen Kohlenarbeiter-Streiks die allgemeine Situation besprach und seine Meinung hierüber wie über die großen Kapital- und Industrieverbände, wie sie u. a. in erster Reihe die Trusts darstellen, erbat, antwortete er mir: „Mit Abraham Lincoln spreche und meine ich: „Das Kapital ist die Frucht der Arbeit und könnte nicht bestehen, hätte die Arbeit nicht vorher bestanden. Deswegen verdient die Arbeit die viel höhere Veranschlagung.“ Wir wollen das Produkt der Arbeit sichern. Andererseits ist der Feldzug gegen die Trusts ebenso wirtschaftlich unmodern wie der gegen die Arbeitervereinigungen. Jede Partei muß sehen, zu ihrem Recht zu kommen. Alles muß auf den praktischen Boden gestellt werden; dabei ist es nur die Konzentration, die Stärke erleichtert.“ Und als ich ihm dann sagte, ich kenne die Auffassung, die Sie vor einigen Jahren ausgesprochen haben, und möchte jetzt von Ihnen hören, ob, wie man mir berichtet hat, die „American Federation of Labor“ die Absicht hat, eine eigene

politische Partei zu bilden,“ entgegnete er: „Nein und ja. Wir sind zur Zeit keine politische Partei. Natürlich wollen wir Gesetze haben, die uns fördern; daher müssen wir durch die Politik und durch die von uns zu erstrebende politische Macht uns Einfluß für unsre gute Sache verschaffen.“

„Die amerikanischen Löhne“, schreibt Herr Goldberger an anderer Stelle, „sind trotz der vielfach kürzeren Arbeitszeit im Durchschnitt dreimal so hoch wie die bei uns gezahlten. Auch darauf ist wiederholt hinzuweisen, daß die amerikanischen Arbeiter sich zu Qualitätsarbeitern ausgebildet haben, daß sie — oft auf einem erstaunlich engen Feld — zu wirklichen Spezialisten herangewachsen sind, sei es in der Verfertigung einer von Maschinen bis zu einem gewissen Punkt gefertigten Arbeit. Die Griffsicherheit der amerikanischen Arbeiter ist erstaunlich. Auf der andern Seite darf man nicht etwa glauben, daß die Monotonie der Arbeit den Arbeiter abstumpft. Er sinnt vielmehr immer auf neue Arten, seine Spezialität leistungsfähiger zu gestalten. Wir wurde von einem zuverlässigen Maschinenbau-Ingenieur berichtet, daß ihm Arbeiter bekannt sind, die sich verschiedene von ihnen erdachte Einparungs-Vorrichtungen in Washington haben patentieren lassen.“

Wenn man von dem standard of life der arbeitenden Bevölkerung Amerikas sprechen will, muß man vor allem zwischen den amerikanischen Arbeitern und den Arbeitern in Amerika unterscheiden. . . . Der amerikanische Arbeiter sorgt durch ausreichende und beinahe gewählte Nahrung und durch gesunde Wohnung für Erhaltung seiner Kraft, deren er bedarf, um die erforderliche Leistung zu bewältigen und sich oder seinen Kindern die Möglichkeit zum Vorwärtkommen, zum Uebertritt in die Klasse der wirtschaftlich Selbständigen so schnell wie irgend thunlich zu verschaffen. Ist doch in ihm das Bewußtsein lebendig, daß nicht wenige der großen Industrie- und Handelsmänner des Landes selbst aus der Klasse der Verdinglosenen hervorgegangen sind und täglich neu hervor gehen, ebenso wie er weiß, daß mancher, der heute Hunderttausende im Vermögen besitzt, vielleicht schon morgen wieder genötigt ist, als Arbeiter oder Angestellter von vorn anzufangen. Deshalb und ferner, weil in Erziehung, Unterricht und im sozialen Verkehr Klassen- und Stufenunterschiede nur in beschränktem Umfange existieren, erweist der Luxus, den sich der Begüterte gestattet kann, im Amerikaner kein Neidgefühl, das ihn mißgeräthigt und unruhig macht, sondern eröffnet seinem Optimismus immer wieder die Zuversicht, es recht bald oder erneut zu ähnlichen Umständen bringen zu können. In solcher jeden einzelnen Befriedenden Hoffnung verlagert es dem amerikanischen Arbeiter nichts, daß weder Staat noch Unternehmern ihm mit Zwangsweise oder freiwilliger Fürsorge, mit Wohlfahrts-Einrichtungen umgeben haben. Kein Industrieller hat ihn nach Art der Krupp und Stamm mit Wohnhäusern versehen, keine staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- oder Altersversicherung nimmt ihm die Sorge für die Zukunft ab oder erleichtert sie ihm. Manchmal hat es mir, wenn ich in Gesprächen mit diesem oder jenem Arbeiter oder Angestellten von Industriebetrieben und Verkehrs-Unternehmungen auf unser vorbildliches soziales Versorgungswesen hinwies, fast den Anschein erweckt, als wolle man drüben das alles schon um deswillen nicht, weil man vermeint, selbst den Schein bekämpfen zu müssen, als sei man nicht stark genug, sich aus eigener Kraft vor den Folgen der Krautheit oder der Erwerbsunfähigkeit zu sichern. Dem amerikanischen Arbeiter würde vielleicht auch die zugewiesene Wohnung nicht behagen, und noch deutlicher, als seine deutschen Verfassgenossen würde er in seinem ausgeprägten und aufrechten Selbstbewußtsein es empfinden, daß ein derartiger Besitz, so Angenehmes er auch mit sich bringt, doch zugleich einen nicht immer willkommenen Druck zum Festhalten an dem bisherigen Arbeitsverhältnis und seinen manchmal einseitig festgesetzten Bedingungen in sich schließen kann.“

In diesem rein wirtschaftlichen Egoismus des amerikanischen Arbeiters und der durch ihn aufgestachelten Streiklust sowie in der hohen Lebenshaltung erblickt Herr Goldberger ein wesentliches Hindernis der Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkt. Daß diese Auffassung richtig ist, möchte ich bezweifeln. Ganz abgesehen davon, daß die hohen Löhne teilweise durch die außerordentliche Intensität der amerikanischen Arbeit wieder ausgeglichen werden, und daß durch die weite Anwendung sogenannter „Arbeitserparnis-Maschinen“, wie der Verfasser selbst anerkennt, die Höhe des Arbeitslohnes für die Produktionskosten der amerikanischen Industrie nicht entfernt die gleiche wirtschaftliche Bedeutung hat wie bei uns, können die amerikanischen Großunternehmer sich kaum eine günstigere Gewerkschaftsbewegung denken wie die „puro and simple“ Gewerkschaftsbewegung, die drüben vorherrscht. Allerdings das „ewige“ Streiken haben die amerikanischen Unternehmer fast da ihre Dispositionen dadurch immer wieder gefördert werden. Es entspricht völlig der Meinung der amerikanischen Industriellen, wenn der Ad-geordnete Racco-Siegen, der gleich Herrn Goldberger jingst die Union zum Zwecke wirtschaftlicher Studien bereist hat, jüngst auf der Düsseldorfener Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute erklärte, die Annahme der amerikanischen Arbeiterverbände sei zur Irtannei ausgeartet; nach der amerikanischen Statistik seien in den letzten 20 Jahren von 100 000 beschäftigten Arbeitern durch Arbeiterausstände in den Vereinigten Staaten jährlich 36,6 in Großbritannien 27,6, in Frankreich 18,3, in Oesterreich 15 und in Deutschland nur 11,1 Proz. arbeitslos geworden. Aber andererseits weist dieselbe Statistik nach, daß in den letzten 15 Jahren keine der Gewerkschaftsbewegungen in den vorgeschrittenen Ländern Europas so geringe Erfolge aufzuweisen hat, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das zeigt sich schon darin, daß mit Ausnahme einiger Kategorien sogenannter „skilled workmen“ (qualifizierter Arbeiter) die Löhne der amerikanischen Arbeiter seit 1890 gesunken sind; eine Thatsache, die Goldberger selbst in folgenden Sätzen zugiebt: „Im Jahre 1890 betrug die durchschnittliche jährliche (mehr denn sechzehnjährige) Arbeitererlöshöhe männliche Arbeiter durchschnittlich 496 Dollar Lohn (1 Dollar = 4,20 M.) im Jahr 1900 um 1,6 Proz. weniger, 491 Dollar. Die erwachsene (mehr denn sechzehnjährige) Arbeitererlöshöhe im Jahre 1890 durchschnittlich 298, im Jahre 1900 durchschnittlich 273 Dollar Lohn, also 1,9 Proz. mehr. Die Kinderarbeit wurde 1890 mit 137, im Jahre 1900 mit durchschnittlich 162 Dollar oder 10,9 Proz. höher entlohnt.“

Dagegen sind die Nahrungsmittel seit 1890 beträchtlich gestiegen, namentlich Brotsstoffe, Fleisch, Molkerei- und Gartenprodukte, vielfach um 25 bis 40 Prozent, eine Zunahme, die durch den Rückgang der Preise für Kleidungsstücke und manche Wirtschaftsgüter keineswegs ausgeglichen wird.

In den letzten Prosperitätsjahren vermochte die nordamerikanische Arbeitererschaft, nachdem die Jahre 1901/02 beträchtliche Lohnreduktionen gebracht hatten, zwar ihre Löhne vielfach wieder um 10, 15, teilweise auch um 20 Proz. zu erhöhen; aber gegenüber den tiefen Preissteigerungen der Unternehmer sind das recht bescheidene Erfolge; umjomehr als gleichzeitig die Preise der Lebensmittel im annähernd gleichen Verhältnis in die Höhe gegangen sind, gestiegen sind, so daß sich vor kurzem der Statistiker des amerikanischen Arbeitsamtes, Carol Wright, selbst zu dem Ju-

*) Ludwig Max Goldberger, „Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, Beobachtungen über das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten von Amerika. Berlin und Leipzig 1903, F. Fontane u. Co., 299 S. Oktav.

geändert gezwungen sah, die amerikanischen Durchschnittslöhne...
 freilich nicht höher als die Unterhaltsmittel gestiegen, d. h. der ganze Wohlstand der letzten Aufschwungsperiode ist der Unternehmerschaft in ihren verschiedenen Abteilungen aufgelassen. Und doch haben seit dem Ausbruch der Krise selbst diese großen Erzeugnisse von den Arbeitern nicht mehr aufrecht erhalten werden können. In den verschiedensten Branchen sind Lohnreduktionen von

10 und 15 Prozent erfolgt, in manchen auch noch höhere, und die Arbeiter haben sich meist geduldig den Befehlen der Direktoren der großen Werke gefügt, ohne auch nur einen Versuch zur Abwehr zu machen. Was sollten sie auch thun? Die Streiklofen sind durch die Ausgaben für die letzten Lohnaufbesserungen Streiks größtenteils erschöpft, die Aussicht auf Betriebsstellungen und Beschränkungen vermag

Unternehmerschaft durchaus nicht zu schrecken, und die Abstinenz der Gewerkschaften von der Politik hat es glückselig zu Wege gebracht, daß es weder eine weitverbreitete politische Arbeiterpresse giebt, die Lärm zu schlagen vermag, noch daß die Arbeiterchaft als kompakte Masse irgend welchen politischen Einfluß für ihre Lebenshaltung einzuüben hat. Das sind die Erfolge der reinen Gewerkschaftspolitik.
 H. C.

Freie Volksbühne: Sonnabend, 9 Uhr Neue Welt Kostümfest

Witwende: Schillerseer Bauerntheater (Rittervorträge, Schuhplattler, Couplets (Marin Reiter), Ballett Tänzerinnen, Einakter, Klustren der weiblichen Schützentruppe „D. m. S. S.“, Tombola, Internationale Kunstbuden. — Die schönste Maske wird preisgekrönt. — Die neuesten Tänze gelangen zur Darstellung (Cafe Wolf etc.). — Garderobe 15 Pf. — Um jährlichen Besuch bitten. Der Vorstand. J. H. C. Winkler.

Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Sonntag, den 3. Januar.
 Freie Volksbühne. Nachmittags 2 1/2 Uhr:
 7/8. Abt.: Metropol-Theater: Der Komet.
 11.15. Abt.: Lessing-Theater: Der Verdreher.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Oberhand. Nignon. Anf. 7 Uhr.
 Montag: Die Reiterfinger von Nürnberg.
 Schauspielhaus. Wann wir altern. Die Romanisieret.
 Montag: Coriolan.
 Neues König. Cyren-Theater. Die Räuber.
 Montag: Geflohen.
 Deutsches. Der Kellner.
 Nachm. 2 1/2 Uhr: Donna Anna.
 Montag: Hofe Bernd.
 Berliner. Maria Theresia.
 Nachm. 2 1/2 Uhr: Die sieben Raben.
 Montag: Alt-Heidelberg.
 Lessing. Familie Schierke.
 Nachmittags (Freie Volksbühne).
 Montag: Judentum.
 Westen. Der letzte Krieg.
 Nachm. 3 Uhr: Der Troubadour.
 Montag: Der Barbier von Sevilla.
 Neues. Der Strom.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
 Redden. Der kausche Casimir.
 Nachm. 3 Uhr: Lutti.
 Montag: Der kausche Casimir.
 Central. Der Kastenbinder.
 Nachm. 3 Uhr: Der Rigeunerbaron.
 Montag: Der Kastenbinder.
 Thalia. Der Hochtourist.
 Nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.
 Montag: Der Hochtourist.
 Belle-Alliance. Der reichste Berliner.
 Nachm. 3 Uhr: Nora.
 Montag: Der reichste Berliner.
 Anfang 8 Uhr:
 Schiller O. (Ballner-Theater): Der Kastenbinder.
 Nachm. 3 Uhr: Die Sünden der Gesellschaft.
 Montag: Kollege Crampton.
 Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Theater): Der Compagnon.
 Nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.
 Montag: Der Compagnon.
 Luffen. Berliner Kinder.
 Nachm. 3 Uhr: Die Logenbrüder.
 Montag: Romeo und Julia.
 Kleines. Ueffre.
 Nachmittags 3 Uhr: Serenissimus-Zwischenspiele. Liebesträume.
 Montag: Naasich!
 Trianon. Biscotte.
 Nachm. 3 Uhr: Die Logenbrüder.
 Montag: Biscotte.
 Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Tisch.
 Montag: Ueber'n großen Tisch.
 Carl Weich. Bruder Rastin.
 Nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.
 Montag: Der G'wissenssturm.
 Metropol. Durchlaucht Radieschen.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
 Casino. Weihnachtsglocken. Der vertauschte Sohn. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 4 Uhr: Weihnachtsglocken. Die Diebesfelle.
 Montag: Weihnachtsglocken. Der vertauschte Sohn.
 Apollo. Frühlingluft. Nigon nach dem Halle. Specialitäten.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
 Winter-Garten. Diero. Otto Reuter. Specialitäten.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
 Passage-Theater. Enthauptung. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.
 Gebr. Herrnsfeld. Papa Noa. Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Uronia. Taubenstraße 48/49.
 Der Erdball als Träger des Lebens.
 Um 4 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.
 Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
 Sonntagabend 8 Uhr: Der Bibliothekar. Schauspiel in 4 Akten von G. v. Roser.
 Montagabend 8 Uhr: Kollege Crampton.
 Dienstagabend 8 Uhr: Vasantasena.
 Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Theater).
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
 Sonntagabend 8 Uhr: Der Compagnon. Lustspiel in 4 Akten v. Ad. Röring.
 Montagabend 8 Uhr: Der Compagnon.
 Dienstagabend 8 Uhr: Liebelel. Hieraus: Litteratur.

Cirkus Busch.
 Sonntag, den 3. Januar 1904:
 2 große Gala-Vorstellungen nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 4 Uhr: 1 Kind frei.
 In beiden Vorstellungen:
 Sawades berühmte Tiger-Dressur. Die besten Clowns der Welt: Gobort Belling, Alfred Daniels, Gebr. Fratellini. — Gala-Programm.
 Nachm. 4 Uhr: Berliner Winterfreuden. Aus den Alpen. Großes Manege-Schauspiel.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.
Lehrplan für das I. Quartal 1904.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
Nationalökonomie	Geschichte und Theorie der Statistik	Schriftst. Max Granwald	Montag
Geschichte	Geschichte der Urvölker und des Altertums bis zu den Perserkriegen.	Schriftst. Dr. Rudolf Steiner	Dienstag
Soziale Gesetzgebung	Entwicklung und Stand der Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Deutschen Reich und im Ausland.	Schriftst. Simon Katzenstein	Donnerstag
Rede-Übung	Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz.	Schriftst. Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie Montag, den 11. Januar; Geschichte Dienstag, den 12. Januar; Soziale Gesetzgebung Donnerstag, den 14. Januar; Rede-Übung Freitag, den 15. Januar.
 Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
 Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.
 Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schulkollegium Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Domminerstr. 32; Krause, Müllerstr. 7a; Horsch, Engel-Ufer 15.
 Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin SW. 43, Hornstr. 29, Querg. II, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 50, zu senden.
 *) Dieses Thema ist als erste Abteilung eines aus 5 Cycles bestehenden Kursus über allgemeine „Welt- und Kulturgeschichte“ gedacht.
 Der Vorstand.

Cirkus Schumann.
 Heute Sonntag, den 3. Januar 1904, nachmittags 4 Uhr, abends 7 1/2 Uhr:
 2 große Extra-Vorstellungen.
 Nachmittags ein Kind frei, weitere Kinder zahlen halbe Preise.
 Nachmittags die reizende Kinder-Pantomime:
 Pierrots Weihnachten mit dem Bonbonregen.
 In beiden Vorstellungen nachmittags u. abends:
 Das Reueche vom Neuen, das Original.
Die offene Loop.
 Createur Mr. Ancillotti.
 Herr Jul. Seeth mit seinen 25 Löwen.
 Abends: Babel. Eine Wanderung durch acht Söhntaufende. Ausstattungsphantasie in 11 Abteilungen.

Passage-Theater.
 Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Das glänzende Januar-Programm. Enthauptung einer lebenden Dame!
 prolongiert!
Willy Prager
 Humorist.
 14 neue erstklassige Nummern.

Urania.
 Taubenstrasse 48/49.
 Um 4 Uhr:
 An den Seen Ober-Italiens.
 Um 8 Uhr:
 Der Erdball als Träger des Lebens.
Sternwarte
 Invalidenstrasse 57/62.

Bernhard Rose-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Sonntag, den 3. Januar 1904:
 nachmittags 3 Uhr:
Einer von unsere fünf!
 Poffe mit Gefang in 3 Akte. (6 Bildern).
 Abends 7 Uhr:
Der Waldtenfel.
 Poffe mit Gef. in 4 Akte v. Rannschütt.

CASTANS PANOPTICUM
 Friedrichstr. 163.
 Ein Naturwunder: Die **Herkulesbrüder**
 10 u. 11 Jahre alt, Athleten, Sänger, Balalika-Virtuoson!
Indianer-Riese Mianko Karoo.
 Die wunderbare Illusion:
 Der Weihnachtstraum d. Matrosen in den Tropen.

Metropol-Theater.
 Durchlaucht Radieschen!
 Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
 Musik von Victor Holländer.
 In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
 Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
 Wie damals im Monat Mal.
 Anfang 1/8 Uhr.
 — Rauchen überall gestattet. —
Trianon-Theater.
 Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Ullrichsplatz.
Biscotte.
 Anfang 8 Uhr.
 In Vorbereitung: **Madame X.**
Casino-Theater.
 Lothringersstr. 37. Anf. 8, Sonn. 7 1/2.
Neue Debuts.
 Mesdames Felicitas-Truppe.
Alice Maiten. Mr. Morino.
 Dazu nur noch einige Tage:
Weihnachtsglocken. Vertauschte Sohn.
 Sonntagnachm. 4 Uhr: Diebesfelle. Vertauschte Sohn.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/49.
 Sonntag, den 3. Januar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Die Rosa-Dominos
 Poffe in 3 Akten von Delacour.
Gebrüder Herrnsfeld
 Theater. Anfang 7 Uhr.
Nur noch wenige Tage
 die erfolgreiche Herrnsfeld-Poffe **Papa Noa**
 mit den Autoren in den Hauptrollen.
 erner: **Neues Künstler-Programm.**
 Hanny Luxa, Ferry a. Perry, Longonells, Bendix.
 Am Montag, den 4. Januar 1904:
Jubiläums-Vorstellung:
 Zum 100. Male:
Papa Noa.
 In Vorbereitung:
 „Nur eine Nacht“.
 2 Akte aus einer Ehe von A. und D. Herrnsfeld.
 Biletvorverkauf tägl. 11-2 Uhr.

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung
 LEIPZIGER STRASSE 12

 Täglich geöffnet 10-8.
 Heute Entree 50 Pf.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurter Straße 132.
 Nachmittags 3 Uhr, Parkett 60 Pf.:
Die Jungfrau von Orléans.
 Abends 7 1/2 Uhr: Singspiel des Oberbayerischen Bauern-Theaters.
Bruder Martin.
 Singspiel mit Gef. in 4 Akte v. Costa.
 Montag: Der G'wissenssturm.

Winter-Garten
 Neues Programm:
 Harry Rochoz Hundredresseur.
 Wood u. Bates Amerik. Excentrics.
 Lorraine's Lebende Bilder.
 Die beiden Freydos Gymnastiker.
 Cook u. Clinton Amerik. Kunstschütinnen.
 Meers u. Omo Drahtseilkünstler.
 Otto Reuter Humorist.
 Salerno Meister-Jongleur.
 Annetto Giffard Pariser Opernsänger.
Mlle. Otéro Spanische Tänzerin
 in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
 Thereses Komischer Hypnotiseur.
 „Karnavalgeister“ Wiener Ballett.
 Biograph.

Luisen-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Die Logenbrüder.
 Abends 8 Uhr:
Berliner Kinder.
 Montag: Romeo und Julia.
 Dienstag: Berliner Kinder.
 Mittwoch: Rest-Keilinger.
 Donnerstag: Der Altendubler.
 Freitag zum erstenmal: Der Weichenreiser.
 Samstag: Der Weichenreiser.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Robert Dill.
 Brunnenstrasse 16.
Klein Geld.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach der Vorstellung:
Ball.
 Montag:
Der Verschwender.

Palast-Theater
 Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
 Heute nachmittags 3 Uhr:
Grosse Elite-Extra-Vorstellung.
 Auf dieses dringendes Verlangen:
Maria Stuart.
 Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
 Bedeutende Gespieler.
 Halle Kassenpreise.
 Abends 8 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung.
Berlin, wie es weint und lacht.
 Singspiel mit Gefang in 9 Bildern von Ralisch. Musik von Comrad.
 Morgen und folgende Tage:
Berlin, wie es weint und lacht.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Residenz-Theater
 Direktion S. Lautensberg.
 Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags 3 Uhr zu über die Hälfte ermäßigten Preisen:
LUTTI.
Kleines Theater.
 Unter den Linden 44.
 Nachmittags 3 Uhr. Bei bedeutend ermäßigten Preisen:
 Liebesträume. × Familienidyll.
 Kollegen.
 Serenissimus-Zwischenspiele.
 Abends 8 Uhr:
Elektra.
 Montag: Nachtsyl.

Thalia-Theater.
 Heute nachmittags 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.
 Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
 Guido Thielscher spielt in beiden Stücken die Hektrolle.
Apollo-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Frühlingsluft
 mit dem reizenden Ballett Nützenhochzeit.
 Um 7 1/2 Uhr:
Vision nach dem Balle.
 Musik von Joachim Albrecht Prinz v. Preussen.
Neue sensationelle Specialitäten.
 6 Debuts.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
 Sonntagnachmittags 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: **Lysistrata** und neue Specialitäten.

Reichshallen Stettiner Sänger.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Graumanns Festsäle und Garten.
 Rannysstraße Nr. 27.
 Empfehle meine eleganten Festsäle zu Versammlungen und Feiern.
 Einige Sonnabende und Sonntage sind noch frei!
 Gustav Graumann.

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
 Säle, 150 bis 500 Per. 4 Vereinszimmer
 Säume, ferner saubere, und zu Versammlungen und Feiern. Der kleine Saal ist Sonntag bei freiem Orchester an Vereine zu vergeben.
Jeden Sonntag: Großer Ball. Startes Orchester. Anfang 5 Uhr. Fritz Schulz.

Palast-Theater
 Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
 Heute nachmittags 3 Uhr:
Grosse Elite-Extra-Vorstellung.
 Auf dieses dringendes Verlangen:
Maria Stuart.
 Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
 Bedeutende Gespieler.
 Halle Kassenpreise.
 Abends 8 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung.
Berlin, wie es weint und lacht.
 Singspiel mit Gefang in 9 Bildern von Ralisch. Musik von Comrad.
 Morgen und folgende Tage:
Berlin, wie es weint und lacht.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Germania-Prachtsäle
 Chausseest. 103. Arnold Scholz.
 Jeden Sonntag:

 Rauf der Familienball.
 Soiree: Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.
 Von 5 Uhr ab im weichen Saal:
Großer Ball
 bei stark besetztem Orchester.
Sanssouci.
 Kellner Thor — Stat. der Hochbahn.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Rauf jeder Soiree: Tanzkränzen.
 Jeden Dienstag: Theater-Abend.
 Dienstag, den 5. Januar: Ein ehrlicher Makler.
 Singspiel mit Gefang in 4 Akten.

Fröbels Allerlei-Theater
 Fr. Puhlmann, Schönhofstr. 148.
 Inhaber: Wilhelm Fröbel.
 Jeden Sonntag 5 Uhr:
Extra-Vorstellung der Norddeutschen Sänger
 Rauf der Vorstellung um 10 Uhr:
Großer Ball.
 Entree 30 Pf. Sperrst. 50 Pf.
Etablissement Suggenhagen
 Moritzplatz.
 Am Kaiserhof:
 Rudolf Schnaus' Künstler-Gesellschaft „Nordstern“.
 Rauf der Vorstellung:
Tanz.
 Donnerstag, 7. Jan.: Bockhies-Anstich.
 Kassenpreise. 1/2, 5 Uhr, Anfang 7, 7 1/2 Uhr.
 In den unteren Sälen um 6 Uhr:
Militär-Konzert.
Künstliche Zähne, Blumen.
 Carl Goeringer, Dentist, ic. 172B.
 N. Eichendorffstr. 21, Kaiser-Brunnentstr.
 Bei Vorzeig. d. Kassenre. Preisermäßigung.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72. Eise Alexanderstraße.
 Täglich:
Franz Sobanski.
 Mita Rosell. X. Geschwister Sanolara. The Tokiya usw.
Ein praktisches Geschenk.
 Rauf der Vorstellung: Mittwoch, Samstagabend u. Sonntag: **Tanz.**
 Liege mit einer Ladung 7535
Presskohlen
 Marke „Aba“, an der Köpplerstraße, Mariannen-Ufer. 7 7 27. 6 3 50
 Schifer Loofe.

Neues Theater.
 Schiffbauerdamm 4a-5.
Der Strom
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Central-Theater.
 Heute nachmittags 3 Uhr halbe Preise:
Der Rigeunerbaron.
 Operette in 4 Akten von J. Strauß.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Der Kastenbinder.
 Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
 Montag bis inkl. Donnerstag letzte vier Vorstellungen: Der Kastenbinder.
Belle-Alliance-Theater.
 Dir.: Arrenu. Schönsfeld (Thalia-Theat.)
 Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Der Reichste Berliner
 Große Ausstattungss-Poffe mit Gefang und Tanz in 4 Akten.
 Heute nachmittags 3 Uhr bei kleinen Preisen: Nora. Schauspiel v. Ibsen.

Der Reichste Berliner
 Große Ausstattungss-Poffe mit Gefang und Tanz in 4 Akten.
 Heute nachmittags 3 Uhr bei kleinen Preisen: Nora. Schauspiel v. Ibsen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 2. Januar 1904.

Der Industrie-Alten-Markt am Schlusse des alten Jahres. — Das Kriegsgeldspiel in Ostasien. — Englisch-asiatische Meldungen. — Wirtschaftliche Ausblicke im neuen Jahr. — Jahresbericht der Hamburger Handelskammer. — Das Hamburger Ausfuhrgeschäft im 1903. — Zur Lage der Schiffahrt. — Eine Philippinische der Hamburger Handelskammer gegen die Socialdemokratie.

Das alte Jahr ist mit einer fast allgemeinen Abflaumung des Industrie-Alten-Marktes zur Ruhe gegangen; im Gegensatz zum vorletzten Vorjahre, das mit einer frohlichen Silberhochzeit schloß. Die großen Bankinstitute haben diesmal nicht nötig, dem Kursstand der Effekten, die in ihren Tresors ruhen, zur Jahreswende künstlich nachzuhelfen, um in den Bilanzen ihre Effektenbestände möglichst günstig erscheinen zu lassen. Das Wirtschaftsjahr 1903 hat nicht nur beträchtliche Kurssteigerungen der meisten dieser Werte gebracht, sondern auch auf anderen Gebieten so gute finanzielle Resultate geliefert, daß die Banken es sich vermaßen können, lediglich eines gewissen äußerlichen Ansehens wegen weitere Kurssteigerungen zu inscenieren, um so mehr als erfahrungsgemäß der Appetit mit dem Esen kommt und sich im Gefolge der Hausfestimmung alsbald allerlei unbecomene Kredit- und Gewinnansprüche einstellen, die, wenn die Resultate hinter den Erwartungen zurückbleiben, leicht in Enttäuschungen und Anklagen gegen die Bankpolitik der großen Kreditinstitute umschlagen.

Judem aber fühlt sich die Speculation anscheinend doch mehr durch die Nachrichten über den im fernen Osten bevorstehenden Rivalitätskampf zwischen Rußland und Japan beunruhigt, als sie zugeben will. Die Furcht vor einer internationalen Verwickelung auf dem Balkan, die eine Stillung der Börse beeinflusste, ist zwar völlig geschwunden; desto gespannter aber richten sich die Blicke nach dem fernen östlichen Horizont. Auch in Bezug auf die aus Ostasien einlaufenden Meldungen ist man allerdings durchweg — und unfrei Erwähnen mit Recht — optimistischer Auffassung, sind doch die meisten dieser Nachrichten über den bevorstehenden Ausbruch eines japanisch-russischen Kampfes entweder Produkte des bekannten Reuterschen Bureau oder der asiatischen Berichterstatter der großen englischen Blätter; d. h. der Agenten der englischen Interessentpolitik, die nicht nur alle Vorgänge in Ostasien durch die englische Brille betrachten, sondern die sich auch direkt die Aufgabe stellen, die bestehende Neutralität zwischen Rußland und Japan zu schüren und letzteres zum Kampf zu treiben, da sie heute noch in Anbetracht der Ueberlegenheit der japanischen Kriegsmarine die größeren Chancen des Sieges auf Japans Seite erblicken. Das Ziel ihrer Politik ist, Japan dazu aufzufordern, für Old England die Sanktionen aus dem Feuer zu holen und ihn zur Wiederherstellung seiner früheren übermächtigen Position in Ostasien zu verhelfen: eine Arbeit, die selbst zu unternehmen, John Bull sich in Rücksicht auf Ostindien und seine Interessen im Orient gerne überhoben läßt.

Dieser zweifelhafte Wert der englisch-asiatischen Meldungen ist in den intelligenten Vorkreisen recht wohl bekannt, und ebenso kennt man die finanziellen Verlegenheiten nicht nur Rußlands, sondern auch den noch größeren Geldmangel Japans, das absolut unfähig sein dürfte, ohne wiederholte Zwangsanleihen und schwere Kriegskontributionen die Mittel zur Durchführung eines Krieges mit Rußland zu beschaffen, der voraussichtlich sich jahrelang hinziehen wird. Aber wenn die englischen Nachrichten über die Lage in Ostasien von geringem Werte sind, so sind die von Petersburg und Vladivostok in die Welt gefandten Telegramme und Korrespondenzen nicht minder unzuverlässig. Es fehlt also jede genauere Kontrolle darüber, wie die Dinge zur Zeit im östlichen Asien liegen, und so verlegt sich die Börse vorläufig aufs Abwarten, das Geschick, was sie unter den jetzigen Verhältnissen thun kann. Darüber, daß von einem Kriege, selbst dann, wenn er auf Rußland und Japan beschränkt bleiben sollte, das deutsche Wirtschaftsleben im höchsten Maße beeinflusst werden würde, ist sich wohl der Unwissende ziemlich klar. Nicht nur hat Deutschland bedeutende Handelsinteressen in Ostasien, sondern es stecken auch Riesensummen deutschen Kapitals in russischen Rentenpapieren, Eisenbahn-Obligationen und industriellen Anlagen, und von diesen Kapitalien werden im Fall eines Krieges gar manche verloren gehen, denn der ganze russische Finanzbau ruht auf ausländischem Kredit, und das russische Industriehem ist zum großen Teil von so leichter Konstruktur, daß es, wie vor ungefähr drei Jahren der Zusammenbruch der sibirischen Eisenindustrie bewiesen hat, selbst relativ schwache Stöße ins Schwanken bringen.

Vielleicht würde diese Furcht vor dem Ausloßern roter Kriegsgelut am östlichen Horizont noch weit mehr die Stimmung beeinflussen, wäre nicht eine Reihe von Momenten vorhanden, die zu beruhigen scheint, daß die im vergangenen Jahr im Wirtschaftsleben eingetretene sogenannte Erholung im neuen Jahr ihren Fortgang nehmen wird und auf finanziellen wie industriellen Gebiet wieder größere Gewinne als „Entbehrungslohn“ in die großen Taschen der im Kampf ums Dasein „Auserlesenen“ und „Besten“ fließen wird. Zu diesen Momenten gehört vornehmlich die Erneuerung des Rheinisch-westfälischen Kohlenpaktats und die Errichtung des Kohlenförderers, durch die nicht nur die Kohlenproduktion, sondern auch der Kohlenhandel zu einem Monopol gestaltet wird, das den Keilern des Syndikats erlaubt, die Preise und Abnahmeverbindungen für die von den Syndikatsmitgliedern geforderten Kohlen ganz nach ihrem Belieben zu stellen. Wird dadurch auch das Interesse der großen Konsumentenmasse und die Konkurrenzfähigkeit mancher Industriezweige auf den Auslandsmärkten geschädigt, so können doch andererseits die Aktionäre und die mit den rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerksbetrieblen verknüpfte Hoffnung auf eine Vermehrung ihrer Profite rechnen — und nur diese, nicht das wirtschaftliche Allgemeininteresse, kommt natürlich für die Börse in Betracht. Ferner zählt in diesem Sinne zu den günstigen Momenten die zunehmende Nachfrage nach Eisen- und Stahlprodukten auf dem deutschen Inlandsmarkt und die Verlängerung der meisten Syndikats- und Preisverhandlungen in der Eisenindustrie, durch die auch weiterhin eine rentable Ausnutzung dieses Marktes gesichert wird; sodann die zunehmende Beschäftigung in der Elektricitätsindustrie, die, wenn sie auch hinter den Reifensfolgen der letzten Prosperitätsjahre beträchtlich zurückbleibt, doch eine langsame Wiedergewinnung dieses wichtigen modernen Industriezweiges befindet, und schließlich die relativ günstige Lage der Textilindustrie, die sich im vergangenen Jahr mehr und mehr verbessert hat, wenigstens was die Wolle- und Halbwooll-, sowie die Leinen-, Strumpf- und Wollwaren-Branchen anbelangt, während die deutsche Seidenindustrie unter dem veränderten Bedarf Amerikas und die Baumwollindustrie unter dem Preistreiben an den New Orleans und New Yorker Baumwollbörsen zu leiden hatten. Solche Treiberkräfte werden auch im beginnenden Jahr nicht fehlen, die amerikanischen Hauptspelulanten Brown und Sulz sind bereits wieder an der Arbeit; aber, soweit sich ersehen läßt, haben die deutschen Fabrikanten schon den größten Teil ihres Baumwollbedarfes gedeckt, so daß, wie im vorigen Jahr, sie auch in diesem weit weniger durch die amerikanische Speculation getroffen werden dürfen, wie ihre englischen Konkurrenten.

Das sind recht günstige Ausblicke für das nächste Wirtschaftsjahr, die allerdings der Börse dadurch teilweise etwas versauert werden, daß das Zustandekommen des geplanten deutschen Stahlwerks-Verbandes heute fast noch ebenso fraglich ist wie vor Monaten, und daß sich zugleich, hervorgerufen durch die Konkurrenz der amerikanischen Eisenindustrie auf verschiedenen neutralen Absatzmärkten, ein zunehmender Rückgang des deutschen Eisen- und Stahlexports fühlbar macht; doch glaubt man noch immer nicht daran, daß die amerikanischen Werke im beginnenden Jahr energisch zum Export greifen werden, sondern rechnet mit einer baldigen Aenderung der Verhältnisse des amerikanischen Eisenmarktes.

Die wenigen Berichte industrieller und kaufmännischer Korporationen, die bisher zur Veröffentlichung gelangt sind, äußern sich denn auch recht beschränkt über die wirtschaftlichen Ausblicke des neuen

Jahres. So heißt es beispielsweise in dem soeben erschienenen Bericht der Hamburger Handelskammer, der deshalb auf besonderes Interesse Anspruch hat, weil keine andere Handelskammer in gleicher Weise die Handelsbeziehungen Deutschlands zum Auslande und die Schiffsahrtsverhältnisse zu beurteilen vermag:

„Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat im Berichtsjahre gegen die beiden Vorjahre eine gewisse Besserung erfahren. Aber die Erholung von den schweren Störungen der Jahre 1900 und 1901 geht doch nur langsam von statten, und das Gesamtbild kann daher, trotz verschiedener erfreulicher Einzelheiten, immer noch kein ganz befriedigendes genannt werden. Hindernd machte sich vor allem der Umstand bemerkbar, daß die in den letzten Jahren abhanden gekommene Unternehmungslust in Industrie und Handel sich erst allmählich wieder einzustellen beginnt, und das Wirtschaftsleben stand daher im großen und ganzen auch in diesem Jahre noch zu sehr unter dem Zeichen geschäftlicher Ruhe, um zu wirklich zufriedenstellenden Erfolgen führen zu können.“

Für die deutsche Industrie scheint nach Ueberwindung der Schwierigkeiten der letzten Jahre sich eine allmähliche Befundung der Verhältnisse angebahnt zu haben, an welcher Besserung allerdings u. a. die Textilindustrie in höherem Maße teilgenommen hat als die Eisenindustrie.

Besondere Belebung erfuhr die Geschäftstätigkeit im Herbst, wie die um diese Zeit erscheinende rege Transparenznahme der dem Giro- und Kreditverkehr dienenden Einrichtungen der Banken beweist. Aus dem Zusammenreffen aller dieser, die Kaufkraft der deutschen Volkswirtschaft günstig beeinflussenden Momente darf die Hoffnung geschöpft werden, daß die jetzt begonnene Befundung der Verhältnisse keine zufällige, vorübergehende Erscheinung bildet, sondern von Dauer sein und weitere Fortschritte machen wird.“

Zu weiteren wird dann die Lage des Hamburger Export- und Importgeschäftes geschildert und mit Bedauern das Bestreben Frankreichs und Portugals konstatiert, ihre Kolonien in Afrika mehr und mehr gegen den deutschen Handel abzuschließen:

„Entsprechend der Stellung der allgemeinen Lage in Deutschland ist auch speziell im hamburgischen Geschäftsleben eine, wenn auch nur beschränkte, Besserung unverkennbar eingetreten. So hat sich auch in der hiesigen Industrie wieder, allerdings nicht in allen Zweigen gleichmäßig, eine gewisse Belebung eingestellt. Diese Entwicklung wurde gestützt dadurch, daß das Ausfuhrgeschäft Hamburgs, im ganzen betrachtet, sich gleichfalls wieder zu heben begann. Allerdings haben verschiedene Umstände gerade auf diesen Zweig des hiesigen Geschäfts ungünstig eingewirkt und seine größere Ausdehnung verhindert. Beispielsweise haben sich die Hoffnungen, die an die Beendigung des Krieges in Südafrika geknüpft wurden, bislang immer noch nicht erfüllt, vielmehr liegt der dortige Handel nach wie vor sehr darnieder. Zu den Momenten, die die freie Entwicklung des deutschen Ausfuhrgeschäftes beeinträchtigen, ist ferner das in immer stärkerem Maße hervortretende Bestreben Frankreichs und Portugals hinzuzukommen, ihre Kolonien mehr und mehr gegen den Handel mit anderen Ländern abzuschließen, welche Maßnahmen eine nicht unerhebliche Gefahr für den Handel, die Industrie und die Schiffsahrt Deutschlands bedeuten. Mit Aufmerksamkeit ist die Entwicklung der gleichen Bestrebungen in England und seinen Kolonien zu verfolgen, von denen jetzt auch Südafrika, wenn auch nur in möglichem Umfange, sowie Neuseeland zu Vorzugsböden zu Gunsten des Mutterlandes geschnitten sind.“

Auch eine Besserung der Schiffsahrtsverhältnisse wird konstatiert, allerdings nur der Lage des regelmäßigen Dampfschiffsverkehrs, während die Kramp-Dampfer und Segelschiffe noch immer Mühe haben, lohnende Ladungen zu finden:

„Die Lage des Frachtmarktes ist das ganze Jahr hindurch eine sehr gedrückte gewesen. Die keine Besserung, die sich in den ersten Monaten bemerkbar machte, war nicht von Dauer. Infolge des lebhafteren Ausfuhrgeschäftes konnten sich allerdings die aussehenden Frachten etwas erholen, eingehend sind aber die Raten wieder auf dem tiefsten Stande des Vorjahres angelangt, ja noch unter denselben hinuntergegangen. Den Passagierlinien nach Amerika gewährte der lebhaftere Auswanderer- und der sich stetig mehr entwickelnde Reizenverkehr einen erfreulichen Erfolg, wie überhaupt die regelmäßigen Linien, die durch Vereinbarungen sich einen Stamm fester Kundenschaft zu sichern suchen, unter der Ungunst der Zeiten weniger leiden als die in freier Fahrt befindlichen Schiffe, denen eine derartige Macht nicht zu Gebote steht und die sich in den immer beschränkteren Fächern, die ihnen verbleiben, um so schärfere Konkurrenz machen. Für die in den letzten Jahren übermäßig vermehrten Kramp-Dampfer und für Segelschiffe ist es vielfach unmöglich, Frachten zu erlangen, die auch nur die baren Ausgaben der Reife, ohne jede Verzinsung und Abschreibung, decken. Bezeichnend ist, daß gerade von einer Vereinigung französischer Segelschiffs-Reeder, die infolge der hohen ihnen gewährten Reiselöhne am meisten zu dem Druck auf die Frachten beigetragen haben, in diesem Monat die Einladung zu einer Konferenz ausgegangen ist, um über etwaige Mittel zur Besserung der Lage der Segelschiffs-Reederei zu beraten. In der That ist nach den Angaben Sadowersänder die Lage der französischen Segelschiffs-Reederei trotz der Subventionen noch ungünstiger als die ihrer unsubventionierten Konkurrenten, weil infolge der Unterstüßungen die Sparanstrengungen im Betriebe leidet und der kaufmännische Geist gelähmt wird. Es ist zu hoffen, daß diese Erkenntnis sich weiter Bahn bricht und zur Beseitigung des ungelunden Subventionsystems führt, das noch nirgend dauernde Erfolge erzielt hat.“

Natürlich fehlen in dem Jahresbericht der Hamburger Handelskammer auch die alten konservativen „hansatischen Beschränktheiten“ und lukrosen Selbstüberschätzungen wieder nicht. So spricht z. B. die Handelskammer sich gegen die Kaufmannsgerichte aus, da von diesen „unheilvolle Wirklungen“ auf das gute Verhältnis zwischen „Prinzipalen und Angestellten zu gewärtigen sind“, verurteilt die Errichtung von Handels-Hochschulen, da nach ihrer Ansicht durch die theoretische Ausbildung der Bild für das Praktische verloren geht, und merkt sich schließlich in einer feindseligen Philippika gegen die den „socialen Frieden“ störende Thätigkeit des Vereins für Socialpolitik, die „vermittelnden Tendenzen“ des Barons Raumann und das „Liebäugeln“ mit der Socialdemokratie. Da auch in ersten Zeiten der Humor seine Berechtigung hat, mögen hier einige der niedlichen Auslassungen — zugleich als Stimulans — folgen:

„Die im September hier stattgehabte Tagung des Vereins für Socialpolitik hat sich außer mit den Ursachen des letzten wirtschaftlichen Rückganges, über welchen die Erörterungen inessentlich Neues nicht zu Tage gefördert haben, mit einer Untersuchung der Lage der Seeleute beschäftigt. Die Handelskammer hat sich von der Zusammenkunft schon deshalb ferngehalten, weil sie es unangemessen und für den socialen Frieden nachteilig hielt, daß diese Fragen, nachdem sie viele Jahre hindurch unter Vernehmungen von Vertretern aller Interessentkreise in der Technischen Kommission für Schiffsahrt, im Reichamt des Innern, im Bundesrat und schließlich im Reichstage von allen Seiten aus gründlichste durchberaten und neu geregelt waren, von einem privaten Vereine von neuem, und zwar auf Grund eines Fragebogens, der dem Arsenal des Seemanns-Verbandes entnommen zu sein schien, zur Erörterung gestellt wurden, und dadurch die durch jene Beratungen hervorgerufene Erregung, die sich nach Verabschiedung der neuen Seemanns-Ordnung eben erst einigermaßen gelegt hatte, von neuem entfacht wurde.“

„Die Vorgänge auf dem (Dresdener) Parteitag und die Auflösung der National-socialen Partei, nachdem die Reichstagswahlen ihrem Führer gezeigt hatten, daß für seine vermittelnden Tendenzen in der breiten Masse des Volkes kein Boden sei, werden hoffentlich den Anhängern der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung die Augen darüber öffnen, daß auf dem Wege immer weiterer Entgegenkommens gegen die Forderungen der Arbeiterführer der sociale Frieden nicht zu erreichen ist, daß dadurch vielmehr nur das Ansehen und die Anhängerzahl der Socialdemokratie gesteigert wird. Die bürgerlichen

Parteien und die Regierungen sollten erkennen, daß einem Gegner gegenüber, der den Kampf will, sich wackelige Theorien nicht am Platze sind, und sollten mehr denjenigen Verbänden schenken, die in ihrer Geschäftstätigkeit mit den Arbeitern in persönlicher Verührung stehen und über die Bedeutung und Behandlung der Arbeiterfragen praktische Erfahrungen gesammelt haben.“

„... Das Liebäugeln mit dem sogenannten vierten Stande, wie es heutzutage Mode geworden ist, schafft keine Zufriedenheit, sondern schwellt nur der Socialdemokratie die Segel, und das Trugbild der wirtschaftlichen und politischen Gleichheit aller Menschen fährt mit unabwiesbarer Konsequenz zur Massenherrschaft und zu einer Tyrannei, von der der socialpolitische Parteitag (gemeint ist der socialistische Parteitag in Dresden) einen Borgeischnack gegeben hat.“

Man begreift nach diesen Auslassungen die Abneigung gegen die „theoretische Bildung“ und die Handels-Hochschulen; wahrscheinlich entspringt sie bei manchem der Herren dem instinktiven Gefühl, daß es um ihre theoretische Bildung mehr als mangelhaft bestellt ist. Tat.

V. General-Versammlung des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede Deutschlands.

Letzter Verhandlungstag.

Zunächst werden einige Bestimmungen über die Aufstellung und Veröffentlichung der Abrechnungen der Filialen und der Centralverwaltung geändert. Eine längere zeitraubende Debatte führen drei Anträge Hamburg, Hannover und Nordhausen herbei, welche die Aufhebung der Agitationsbezirke bezwecken. Die Anträge werden mit großer Majorität abgelehnt, dagegen beschloffen, sämtliche Kosten der Bezirke auf die Centralkasse zu übernehmen und den Filialen 7 Proz. der Brutto-Einnahmen zur gänzlich freien Verfügung zu überlassen und nicht wie bisher 10 Proz., von denen die Hälfte zur Agitation verwendet werden sollte.

Die Generalversammlungen sollen auch in Zukunft alle drei Jahre abgehalten werden und findet die nächste 1907 vor Oftern in Breslau statt. Die mündlichen Berichte der Filialvertreter und Bezirksleiter auf den Generalversammlungen sollen fernerhin wegfallen.

Die Kompetenzen des Centralausschusses werden durch folgende Bestimmungen festgelegt: Der Ausschuss hat Befehl über den Centralvorstand zu erteilen. Den Beschlüssen einzelner Mitgliedsbezirke ist stets das Mitgliedsbuch beizufügen, ebenso alle auf den Beschlüssen Bezug habenden Schriftstücke. Die Entscheidungen des Ausschusses sind bis zur nächsten Generalversammlung endgültig.

Die gemeinsamen Bestimmungen beider Körperschaften lauten in Zukunft:

1. Mitglieder des Centralvorstandes und Centralausschusses dürfen kein zweites Amt im Verein bekleiden.
2. Die Mitglieder der Centralverwaltung haben vor allem das imehabende Amt in der Centralverwaltung wahrzunehmen und gilt eine Verhinderung durch ein anderes Amt nicht als Entschuldigung.
3. Die Wahlversammlungen zur Neu- resp. Ersatzwahl der Centralverwaltungsoberwaltungs-Mitglieder am Orte des Centralvorstandes und Ausschusses werden von den jeweiligen Vorsitzenden dieser Körperschaften einberufen und geleitet. Wahlberechtigt ist jedes anmeldeberechtigte Vereinsmitglied.
4. Mitglieder des Vorstandes oder des Ausschusses können, wenn sie ihren Pflichten gegen den Verein nicht nachkommen oder sich Unrechlichkeiten zu Schulden kommen lassen, durch Beschluß eines gemeinschaftlichen Kollegiums der nichtbeteiligten Vorstand- und Ausschussmitglieder ihres Amtes einstweilen entheben werden; der bezügliche Antrag kann auch aus der Mitte der Vereinsmitglieder herbeigeführt, muß aber von dem dritten Teile derselben unterstützt sein.
5. Ein zweimaliges aufeinanderfolgendes unentschuldigtes Fehlen in den Sitzungen zieht ohne weiteres die Absetzung des betreffenden Mitgliedes nach sich.
6. Eine Geschäftsordnung giebt sich jede Körperschaft selbst.

Zur Vertretung zeitweilig ortsbewegender oder erkrankter Mitglieder des Centralvorstandes und Ausschusses werden je drei Ersatzmitglieder gewählt. Dieselben haben dieselben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder dieser Körperschaften sobald und solange sie zur Vertretung berufen werden.

Bei Verhandlungsgegenständen, an deren Ausgang Mitglieder persönlich interessiert sind, haben sich die betreffenden Mitglieder von der Beratung und Beschlussfassung, um Parteilichkeiten zu vermeiden, fernzuhalten. Streitigkeiten hierüber entscheidet in jedem Falle die nicht beteiligte Körperschaft.

Die Kartellverträge mit den ausländischen Organisationen werden in einer Resolution, die eine dazu gewählte Kommission ausgearbeitet hat, und nach Bestätigung der ausländischen Vertreter festgelegt. Danach erhalten die ausländischen Kollegen innerhalb des deutschen Vereinsgebietes dieselbe Unterstützung wie in ihrer Heimat, da diese Sätze durchweg niedriger sind als in Deutschland. Dagegen erhalten deutsche Kollegen im Auslande auch die Sätze des Landes. Dadurch fallen die gegenseitigen Abrechnungen weg. Ein Antrag des Ausschusses: Im Falle des Beitritts der besoldeten Vereinsbeamten zur Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung thätigen Angestellten wird die Hälfte der Beiträge aus der Vereinskasse geleistet, wird angenommen. Das neue Statut tritt am 1. April in Kraft. Es folgen nunmehr die Wahlen. Als Centralort wird Hamburg mit 32 Stimmen bestimmt. Berlin erhält nur 31 Stimmen, bleibt aber Ersatzort. Der Sitz des Ausschusses wird einem Antrage desselben gemäß, nach einer dem Orte des Centralvorstandes näher gelegenen Filiale verlegt und zwar von Berlin nach Kiel. Das Gehalt des Vorsitzenden wird von 1700 auf 1800 M. erhöht, das des Hauptkassierers von 1000 auf 1100 M. Als Vorsitzender wird Bischoff-Hamburg mit 27 Stimmen gegen 13 welche bezw. ungültige Zettel gewählt. Als Hauptkassierer Lindner-Hamburg mit 37 Stimmen. Nachdem dem bisherigen Berliner Centralausschuss durch Koch-München für seine Thätigkeit die besondere Anerkennung der Generalversammlung gezollt war, wurde die Wahl der Vertreter zum nächsten Gewerkschaftscongres vorgenommen und hierzu Laube-Magdeburg und Frey-Berlin gewählt.

Der Grimmschauer Ausgesperrten wurde die lebhafteste Sympathie der Generalversammlung ausgesprochen und verpflichteten sich die Delegierten, in ihrer Heimat reger für dieselben einzutreten.

Nach den üblichen Dankesworten an das Lokalomitee usw. wurde die Generalversammlung abends 6 1/2 Uhr geschlossen.

Marktpreise von Berlin am 31. Dezember 1903

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.		Kartoffeln, neue D.-Gr.		7,00	5,00
Weizen, gul D.-Gr.	16,10	16,06	16,06	1,80	1,30
	16,02	15,98	16,06	1,50	1,10
" mittel	15,94	15,90	16,06	1,80	1,00
	12,85	12,84	16,06	1,80	1,20
" Roggen, gut	12,83	12,82	16,06	1,80	1,10
	12,81	12,80	16,06	2,20	2,00
" Roggen, gut	14,20	13,70	16,06	5,00	3,00
	13,60	13,10	16,06	2,40	1,30
" Roggen, gut	13,00	12,50	16,06	2,80	1,40
	15,50	14,80	16,06	2,80	1,20
" Roggen, gut	14,20	13,00	16,06	2,20	1,20
	12,90	11,90	16,06	1,80	0,80
" Roggen, gut	4,00	3,50	16,06	4,00	1,40
	7,00	5,00	16,06	1,40	0,80
" Roggen, gut	40,00	25,00	16,06	15,00	3,00
	50,00	20,00	16,06		
" Roggen, gut	60,00	20,00	16,06		

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

